

Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

★ Inhalt

Sinnlose Subventionen	2059	Die Schwierigkeiten bei der Oustricbank	2081
<i>Prof. Dr. Karl Brandt</i> , Handelspolitische Hilfe für die Landwirtschaft?	2061	Petroleumkämpfe in Rumänien?	2082
<i>Prof. Dr. Emil Lederer</i> , Das Allheilmittel der Lohnsenkung	2066	Die Russen im deutschen Treibstoffgeschäft	2082
<i>Dr. Alfred Marcus</i> , Stickstoff-Friede — Stickstoff-Krieg	2069	Fusion der amerikanischen Bosch-Gesellschaften	2082
Glossen		Moratoriumsabsichten der Türkei	2082
Gesunde Finanzpolitik — gesunde Außenpolitik	2073	Ein Vertrag zwischen Louis Hagen und Silverberg	2083
Tabaksteuerreform im Interesse Badens	2073	Personalialia	2083
Belieferung der Bezugsgemeinschaften — eine neue Kartell-Entscheidung	2074	Die Wirtschaft des Auslands (Österreich — Das Budget für 1931)	2084
Kartellverordnung gegen den Tapetenhandel	2075	Briefe an den Herausgeber (Kohlenpreis-Senkung und Werkstarife / Lehren der Enquête)	2085
Syndizierung der Zellstoffindustrie	2075	Bilanzen (Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft)	2086
Mangelhafte Rationalisierung im Klavierbau	2076	Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Warenmärkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Hamburg, Paris, London, New York)	2088
Mißglückter Zusammenschluß in der Maschinenindustrie	2076	Statistik (Der Reichsbank-Ausweis / Ausweise der Privatnotenbanken / Berliner Börsenkurse / Wochenzahlen zu den Marktberichten / Preußische Staatsfinanzen im September / Oktoberausweis der BIZ / Oktoberausweis der Golddiskontbank)	2094
Ein neues Kapitel Berliner Verkehrs-„politik“	2077		
Folgen der Agrarzölle	2077		
Ein Fürsprech der Brennereibesitzer	2078		
Emissionsbeschränkung der Realkredit-Institute	2079		
Ein Versicherungs-Standesgericht?	2079		
Amerikanische Bankier-Tagungen	2080		

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRLICH 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstend. 131



DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Aktienkapital 60 Millionen Reichsmark

Reserven 60 Millionen Reichsmark

Zahlreiche Niederlassungen in allen Teilen Deutschlands

*Rund 400 000 RM
tägliche Schadenszahlung*

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESSELLSCHAFT

Aktiva . . über **234 000 000 RM**



Bayerische Versicherungsbank
Aktiengesellschaft, München //

Badische Pferdeversch.-Anstalt
Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B.

Globus Versicherungs-Aktien-
Gesellschaft in Hamburg //

Hermes Kreditversichergs.-Bank
Aktiengesellschaft in Berlin //

Kraft Vers.-A.-G. des Automobil-
clubs von Deutschland in Berlin

Neue Frankfurter Allgem. Vers.-
A.-G. in Frankfurt a. M. ////

Union Allgem. Deutsche Hagel-
Versicher.-Gesellschaft in Weimar

ALLIANZ UND STUTTGARTER
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESellschaft

Gesamtversicherungssumme über **3 000 Millionen RM**

Berliner Handels-Gesellschaft

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien

G e g r ü n d e t 1 8 5 6

BERLIN W8

Behrenstraße 32-33

Telegramm-Adresse: „Handelschaft“

An- und Verkauf von Effekten
Devisengeschäfte / Umwechslung
fremder Banknoten / Annahme
von Depositengeldern / Stahl-
kammer mit Privattresor

Stadtbüro für den Berliner Geschäftsverkehr

Berlin W8, Charlottenstraße 33



Preußische Zentralgenossenschaftskasse

Berlin

— Preußenkasse —

Frankfurt a. M.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Gegründet 1895

Zentralkreditinstitut der deutschen Genossenschaften

Sinnlose Subventionen

Vor kurzem schien es, daß sich auch in der Industrie eine veränderte Einstellung zur Frage der Subventionierung privater Unternehmungen durch die öffentliche Hand geltend mache. Um so überraschender wirken die Subventionswünsche, die jetzt aus Werftkreisen an die Reichsregierung gelangt sind. Die Verwirklichung dieser Wünsche wäre wirtschaftlich sinnlos und bei der Finanzlage des Reiches nicht zu verantworten. Eine Werftsubvention muß auch deshalb abgelehnt werden, weil im Falle der Zuführung öffentlicher Mittel an diesen Industriezweig der Ansturm der anderen Subventionsinteressenten kaum abzuschlagen wäre.



Vor kurzer Zeit schien es, daß in dem Kampf gegen Subventionen jeglicher Art, der auch in diesem Blatt seit Jahren geführt wird, ein gewisser Erfolg erzielt sei. Man war nicht nur im Reichskabinett der Überzeugung, daß die Finanzen des Reiches eine Weiterführung der bisherigen Subventionspolitik nicht zuließen, sondern auch in den Kreisen der Industrie gewann die Erkenntnis immer mehr Boden, daß mit der Zuführung öffentlicher Mittel an die Privatwirtschaft nicht mehr fortgeföhrt werden dürfe. Ihren deutlichsten Ausdruck fand diese neue Einstellung der Industrie in einer Denkschrift, die der Reichsverband der Deutschen Industrie Ende Oktober an die Regierung gerichtet hat. Es unterliege keinem Zweifel, heißt es in diesem bemerkenswerten Schriftstück, daß durch die Subventionen einzelne Betriebe zum Nachteil der Gesamtheit und zu Lasten der Steuerzahler bevorzugt würden. Es könne nicht Aufgabe der öffentlichen Körperschaften sein, auf diese Weise in den Wettbewerb einzugreifen. Die Subventionen aus öffentlichen Mitteln führten dazu, die einzelnen Betriebe auf dem Weg über die Steuerzahlung zu zwingen, andere Betriebe, mit denen sie gegebenenfalls in Wettbewerb stehen, mittelbar zu unterstützen, also ihre eigenen Mittel zur Aufrechterhaltung eines mit ihnen in Wettbewerb stehenden Betriebes, der — privatwirtschaftlich gesehen — nicht mehr lebensfähig ist, zur Verfügung zu stellen. Das müsse zu schweren Mißständen für die nicht unterstützten Betriebe desselben Wirtschaftszweiges führen und zu erheblichen Nachteilen für die öffentlichen Finanzen. Bei den subventionierten Betrieben selbst müsse durch die öffentliche Unterstützung der Ansporn zur Selbsthilfe nachlassen. Der Selbsthilfegedanke werde geradezu eingeschläfert. Fehlkalkulationen und Unterbietungen auf Kosten der öffentlichen Unterstützung führten dann zu der Notwendigkeit der Fortgewährung der öffentlichen Mittel, meistens auch zu einer Erhöhung dieser Zuschüsse. Vielfach ende eine solche Politik mit der Übernahme der Privatbetriebe durch die öffentliche Hand.

Man hatte von dieser Äußerung mit Befriedigung Kenntnis genommen, da man annahm, daß nunmehr wirklich ein grundsätzlicher Wandel in der Anschauung der Industriellen eingetreten sei. Das ist aber offenbar nicht der Fall. Denn bald darauf wurde die Öffentlichkeit von der Mitteilung überrascht, daß weitgehende Pläne über eine Subventionierung der deutschen Werftindustrie ausgearbeitet worden sind, derselben Industrie, auf deren Initiative nicht zuletzt die erwähnte Denkschrift verfaßt worden ist! Freilich dachte ein Teil der Werftindustriellen bei dem Kampf gegen die Subventionen lediglich an die staatlichen Unterstützungen der Schichau-Werft, vielleicht auch der Deutschen Werke in Kiel. Die Idee einer allgemeinen Werftsubvention erschien auch ihnen so wenig aussichtsreich, daß sie wahrscheinlich nicht einmal an eine solche Möglichkeit gedacht haben.

Aber die Krise der deutschen Werftindustrie hat weitere Fortschritte gemacht. Die Aussichten, Aufträge aus dem Ausland oder Inland hereinzubekommen, sind angesichts der trostlosen Lage des Weltmarkts außerordentlich gering. So begab sich Generaldirektor Stapelfeldt, der besonders rührige Leiter der Deschimag, die von der Werftenkrise am empfindlichsten betroffen wurde, nach Berlin und entwickelte dem Reichsarbeits- und Finanzminister das Projekt einer Stützung der Werften mit staatlichen Mitteln.

Dieser Plan, der von Reichsfinanzminister Dietrich trotz der schlechten Lage der deutschen Finanzen befürwortet worden sein soll, sieht die Bereitstellung eines Kredits von 100 Millionen Reichsmark an die Werften vor. Diese sollen damit in den Stand gesetzt werden, die Finanzierung von Schiffsbauaufträgen zu übernehmen. In den ersten beiden Jahren nach Fertigstellung der Schiffe brauchen die Darlehen überhaupt nicht, in den nächsten beiden Jahren nur zu 3% verzinst zu werden. Der Reeder erhält also für die ersten fünf Jahre fast kostenlos neue Tonnage. In Kreisen der Werftindustrie hat man aber die Problematik solcher Subventionen erkannt — die angestrebte Einheitsfront der deutschen

Werftindustrie kam also nicht zustande. Besonders von einigen Hamburger Werften wird darauf hingewiesen, daß solche Kreditsubventionen nur dazu dienen würden, den immer wieder mit Hilfe staatlicher Mittel hinausgezögerten Ausleseprozeß der übersetzten deutschen Werftindustrie zu vertagen. Zweifellos werden die Nutznießer diejenigen Werftbetriebe sein, die sich sonst in irgendeiner Form verkleinern müßten. Dieser Gesichtspunkt ist unanfechtbar, weil eine künstliche Mehrbeschäftigung der Werften nicht die Ursachen der deutschen Werftenkrise, nämlich eine um 50 % zu große Kapazität, wegräumen kann. Man vertagt die Entscheidung nur auf einen späteren Zeitpunkt, ohne daß man voraussehen kann, ob die Auseinandersetzung, wenn sie später erfolgt, in eine günstigere Gesamtkonjunktur fällt.

Es ist für die neuen Subventionspläne kennzeichnend, daß die notleidenden Betriebe der Werftindustrie Forderungen nicht nur für das Jahr 1930, sondern vorsorglich auch für die folgenden Jahre angemeldet haben. Reichfinanzminister Dietrich scheint an dem Projekt festzuhalten, obwohl er sich erst kürzlich wieder (in der Rede vor dem Reichsrat) gegen jede Subventionspolitik gewendet hat. Die Werftindustriellen haben ihm anscheinend suggeriert, daß durch Hingabe von solchen Subventionen nicht nur Arbeitslosenunterstützungen gespart, sondern auch wirkliche Werte erzeugt werden. Dieser letzte Gesichtspunkt wird aber den Tatsachen in keiner Weise gerecht. Auch die deutsche Tonnage ist größer, als es beim gegenwärtigen Stand des deutschen Seeschiffsverkehrs gerechtfertigt wäre. Die Auflegung von Schiffen in deutschen Häfen zeigt dies mit aller Deutlichkeit. Jede Vermehrung der Tonnage durch Neubauten würde die Kapazität der deutschen Handelsflotte weiter über das Bedürfnis hinaus steigern. Das ist selbst dann der Fall, wenn die Werftsubventionen an die Auflage geknüpft würden, daß eine entsprechende Tonnagemenge abgewrackt wird. Die Kapazität eines modernen Dampfers ist wesentlich größer als die eines vielleicht fünfzehn bis zwanzig Jahre alten Schiffes. Auch in den nächsten Jahren ist keineswegs mit einem derartigen Aufschwung in der Schifffahrt zu rechnen, daß die mit Staatsmitteln gebauten Schiffe nutzbringend beschäftigt werden könnten. Der einzige Erfolg der von der Werftindustrie geforderten Maßnahmen wäre eine Verschlechterung der Rentabilitätsverhältnisse in der gesamten Schifffahrt; denn der zusätzliche Tonnageraum muß auf die Frachtsätze, die ohnedies von den Reedereien als unzureichend angesehen werden, drückend wirken. Von wertschaffenden wirtschaft-

lichen Arbeiten kann infolgedessen bei einem solchen Schiffsbau nicht die Rede sein.

Die Spitzenorganisation der deutschen Schifffahrtsgesellschaften, der Verband Deutscher Reeder, hat also völlig recht, wenn er in einem Pressecommuniqué gegenüber diesen Subventionsforderungen seine alte ablehnende Stellung aufrechterhält. Leider weiß man nicht, wie stark die Majorität war, die diesen Beschluß durchgesetzt hat. Bei den kleinen Reedereien herrscht nämlich durchaus eine subventionsfreundliche Stimmung, und bei den großen Gesellschaften können vielleicht lokalpatriotische Gesichtspunkte die Entscheidung im subventionsgünstigen Sinne beeinflussen. Wir denken dabei insbesondere an die Bremer Großreedereien, die sich mehr oder minder stark mit ihren besonders schwer ringenden heimischen Werften verbunden fühlen. Ferner sind die Beziehungen der Reedereien zu der Schwerindustrie, die naturgemäß ein starkes Interesse an einem gesteigerten Absatz an die Werften hat, nicht außer Acht zu lassen. Angeblich haben Vorbesprechungen in dieser Richtung bereits stattgefunden. Vorläufig sind die Reedereien noch prinzipielle Gegner des vorgelegten Subventionsplans; es scheint aber fraglich zu sein, ob auch modifizierte Subventionsprojekte, die der Verantwortlichkeit des bestellenden Reeders mehr Raum lassen, auf denselben Widerstand der Schifffahrtsgesellschaften stoßen würden.

In der Einstellung der Reedereien zur Subventionspolitik scheint sich in der letzten Zeit eine gewisse Wandlung anzubahnen. Den gegenwärtigen Vorstoß der Werften bekämpft man wohl als ein zu frühzeitiges Vorpellen, weil er andere weitergehende Pläne der Reedereien für später gefährden kann. Noch ist die Hoffnung nicht ganz aufzugeben, daß man die Schiffsbausubventionen zum Scheitern bringen kann — schon deshalb, weil irgendwelche Fonds für derartige Kredite dem Reichsfinanzminister nicht zur Verfügung stehen. Daß aber ein Gesetz zur Beschaffung solcher Subventionsfonds im Reichstag durchgebracht werden könnte, ist kaum denkbar. Sollte es der Werftindustrie dennoch gelingen, ihre Subventionswünsche zu verwirklichen, so ist ein neuer Vorstoß der Subventionsinteressenten auf der ganzen Linie zu befürchten. Nachdem sich der Reichsfinanzminister so leicht für die Unterstützung der Werftindustrie hat gewinnen lassen, wird er den Forderungen anderer Industriezweige schwerlich mehr Widerstand entgegensetzen können. Auch darum wünschen wir, daß den sinnlosen Plänen zur Vermehrung des Schiffsraums kein Erfolg beschieden sein möge.

Handelspolitische Hilfe für die Landwirtschaft?

Von Prof. Dr. Karl Brandt, Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Berlin

Die deutsche Agrarpolitik ist vorwiegend auf handelspolitischen Schutz der Inlandserzeugung gegen Auslandskonkurrenz abgestellt. Während alle Kräfte des Staates neben der Gewährung von Subventionen auf die Fernhaltung der Einflüsse des Weltmarkts konzentriert sind, wird die wenige Zeit nicht genutzt, die vielleicht noch zur Verfügung steht, um die Landwirtschaft wieder konkurrenzfähig zu machen. Wenn der verhängnisvolle Irrtum, daß man der Landwirtschaft in einem durch Schutzzölle zu schaffenden isolierten Staat die Rentabilität niedergehen kann, nicht überunden wird, müssen für den Bestand der deutschen Landwirtschaft ernste Gefahren befürchtet werden.

Wie die nationalökonomische und wirtschaftspolitische Literatur ausweist, steht in Deutschland seit etwa 50 Jahren das Thema einer jeweils „akuten Agrarkrise“ mit nur kurzen Unterbrechungen fortgesetzt zur Diskussion. Selbst in dem Zeitraum der größten Blüte der deutschen Wirtschaft von 1900 bis 1914, in dem die Reinerträge aus der Landwirtschaft ebenso wie die gesamte, in rasch und stetig steigenden Boden- und Pachtpreisen am besten zum Ausdruck kommende Entwicklung sich denkbar günstig gestalteten, ist für die Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Interessen in der Landwirtschaft die „Agrarkrise“ als Thema probandum gewählt worden.

Seit etwa 50 Jahren hat sich in immer stärkerem Maße in der gesamten Landwirtschaft, insbesondere aber bei ihren Führern, der Glaube festgesetzt, daß als hervorragendstes Mittel zur Förderung dieses Zweiges der deutschen Wirtschaft ein möglichst starker handelspolitischer Schutz gegen Auslandskonkurrenz zur Anwendung kommen müsse.

Wo steht die deutsche Landwirtschaft?

Vor dem Kriege hielt die deutsche Landwirtschaft engste Fühlung mit den konkurrierenden europäischen Nachbarländern. Alle technischen und organisatorischen Fortschritte, die man dort erzielte, wurden wachsam beobachtet und nach kritischem Wägen hier entschlossen angewendet. Auch über jeden Fortschritt in der überseeischen Agrarproduktion wachte man mit Argusaugen. Im Jahre 1914 stand die deutsche Landwirtschaft in produktions-technischer Hinsicht, an wissenschaftlicher und technischer Rüstung, ganz besonders aber hinsichtlich der Kreditversorgung und Absatzregulierung an der Spitze der Welt. Gleichwohl hatte sie auch 1914 große Rentabilitätsreserven, die gänzlich unangastet waren.

Heute steht die deutsche Landwirtschaft in einer echten Krise, deren wirkliche Gefahren von ihr noch nicht entfernt erkannt werden. Die gegenwärtige Situation rührt aus Ursachen her, die von jener Agrardepression, in der sich die meisten der übrigen Länder befinden, gänzlich abweichen. Es ist deshalb nichts verfehlter, als die Lage der deutschen Landwirtschaft in Bausch und Bogen in die Weltagrarkrise hinein zu projizieren und etwa zu folgern, mit deren Behebung müsse auch die deutsche Landwirtschaft automatisch wieder zur Blüte gelangen. Die

Beantwortung der Frage, wie man der ungemein bedenklichen Lage der deutschen Landwirtschaft abhelfen kann, setzt voraus, daß ein zutreffendes Urteil über ihre derzeitige Leistungstüchtigkeit und Konkurrenzfähigkeit gewonnen wird. Zum anderen kann man einer Prognose für die weitere Entwicklung der im Wettbewerb stehenden Länder und deren Aktivität im Wirtschaftskampf nicht entraten.

Die seit der Jahrhundertwende gradlinig aufsteigende Entwicklung der deutschen Landwirtschaft brach mit dem 1. August 1914 jäh ab. Bis zur Stabilisierung der Währung wuchs innerhalb des hermetisch abgeschlossenen Staates, in dem alle wirtschaftsbiologischen Gesetze ausgeschaltet waren, auch die Landwirtschaft ins Kranke und Ungesunde, während gleichzeitig die schwersten Eingriffe in den Produktionsapparat und direkter Verzehr der Substanz erfolgten.

Nach dem Kriege begann man, diesen Produktionsapparat wieder aufzubauen. Aber erst seit 1924, nachdem sich das Chaos der Inflation lichtete, begannen alle Maßnahmen ernsthafte Wirkungen auszulösen.

Von 1924 bis 1927 bauten sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe mit ungestümer Kraft und mit einem vom Staate durch Produktionsprogramme geförderten Optimismus die Leistungen im Pflanzenbau und in der tierischen Erzeugung rasch aus. Dieser Aufbau läßt aber gleichzeitig die von Schulden durch die Inflation fast bereinigten Grundbücher in raschem Tempo bei übersteigertem Zinsendienst mit so vielen Milliarden neuer Kredite vollaufen, daß die anfänglich vorhandene, als ungeheures Stimulans wirkende finanzielle Bewegungsfreiheit innerhalb weniger Jahre schwindet. Diese bedenkliche und überstürzte Einengung wird durch eine systemlose und allen Regeln seriöser und vorsichtiger Bankpolitik zuwiderlaufende freigebige Kreditpolitik von oben her begünstigt. Die Leistung der gesamten Landwirtschaft in dieser Zeitspanne ist rein nach Produktionsquanten betrachtet bewundernswert. Eine Landesviehzucht, die in der ganzen Welt an Einheitlichkeit des Materials nicht ihresgleichen hat, ist in unwahrscheinlich kurzer Zeit aus dezimierten Beständen wieder aufgebaut worden. Die Pferdezucht ist mit bestem Erfolg auf veränderte neue Wirtschaftsziele umgestellt worden. Die Leistungen im Ackerbau sind erstaunlich rasch gestiegen.

In der Zeitspanne von 1927 bis 1930 erweist sich aber mit deprimierender Schlüssigkeit, daß

1. die in der Expansion vorgenommenen Investitionen die Rentabilität der Betriebe nicht hergestellt haben;

2. die Belastungsfähigkeit zahlreicher Betriebe mit Zinsen überzogen ist;

3. die Anpassung der Betriebe an die neuen Preisrelationen erst jetzt erfolgen muß.

Gleichzeitig beginnt aber die einseitig gesteigerte Produktion bereits mit der Aufnahmefähigkeit des Markts bei verschiedenen Waren zu kollidieren! Es zeigen sich starke Marktstörungen, die aus einer Diskrepanz von gesteigerten Qualitätsansprüchen der Käufer und der im Vergleich zur Vorkriegszeit wenig gebesserten Ware, aus dem Zusammenprall inländischer Ware und nicht zuletzt aus veralteten Absatzmethoden herrühren.

Die wahre Ursache zu diesen Schwierigkeiten ist darin zu suchen, daß

1. die Masse der städtischen Konsumenten die von 1914 bis 1924 unterbrochene Entwicklung in der Steigerung ihrer Ansprüche und der Tendenzen ihrer Nachfrage unerwartet rasch da fortsetzt, wo sie abgebrochen war, und sie in engster Anlehnung an das vom Kriege unberührte oder nicht direkt berührte Ausland bildet;

2. zahlreiche Agrarländer der Welt, die keine Unterbrechung in ihrer Entwicklung durchzumachen hatten, gerade jene zehnjährige Spanne, in der die deutsche Landwirtschaft abgeschnitten und außer Gefecht gesetzt war, mit vervielfachter Energie ausgenutzt haben, um sich mit bahnbrechenden neuen Methoden für den kommenden Kampf um den Weltmarkt zu rüsten.

Die Senkung der Produktionskosten im Ausland

Die Entwicklung der Agrarerzeugung der heute führenden Länder der Welt ist dadurch gekennzeichnet, daß es in steigendem Maße gelingt, die Erzeugungskosten je Wareneinheit Schritt für Schritt abzubauen. Technische und betriebswirtschaftliche Fortschritte haben sich mit den Erfolgen der Tier- und Pflanzenzüchtung aufs wirksamste vereinigt, während gleichzeitig die ungeahnte Verbesserung der Transport- und Kühltechnik die Standortswanderung zu immer günstigeren natürlichen Produktionsbedingungen ermöglichte.

Man beschäftigt sich heute vorwiegend mit dem sensationellen Erfolg des *Mähdeschers*, der es in Kombination mit Traktor und Sommerweizenzüchtung auf gehaltreichem, ebenem Boden in semi-ariden Zonen gestattet, die Produktionskosten je Zentner Weizen auf 3,50—3,80 RM zu senken. Es ist unrichtig, wenn man annimmt, daß es sich hierbei um eine plötzliche Erfindung der letzten Jahre handle. Tatsächlich reichen die Anfänge dieser Technik etwa vier Jahrzehnte zurück. Lediglich die technische Verfeinerung und die breite Anwendung haben in den letzten Jahren dieses Verfahren im Weizenbau der Vereinigten Staaten, Kanadas und Argentiniens

dominierend gemacht und neue Möglichkeiten für die Sowjet-Union eröffnet.

Da aber in Deutschland glücklicherweise nicht Monokultur, sondern Polykultur getrieben wird, da andererseits die Kombination des Anbaus verschiedenartiger Pflanzen mit mehrseitiger tierischer Erzeugung den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb nicht „auf einem Bein stehen“ läßt, ist es viel wichtiger, zu beobachten, wie weit es in konkurrierenden Ländern auf anderen Gebieten gelungen ist, die *Produktionskosten zu senken*. Die wichtigsten Erzeugnisse, die einen steigenden Konsum je Kopf aufweisen und damit die größten Absatzchancen bieten, sind Milch, Eier, Geflügel, Gemüse und Obst. Daneben spielen im Vergleich zu Zerealien Rindfleisch, Kalbfleisch und Schweinefleisch, bei denen der Verzehr je Kopf bereits stagniert, eine beachtliche Rolle. In der Milch- und Eierzeugung hängen ebenso wie in der Gewinnung von Fleisch die Erzeugungskosten vorwiegend von der Futtermittelverwertung oder der Leistung des einzelnen Tieres ab. Es ist also eine Frage der Ausmerzung unfähiger Bestandteile des Produktionsapparates und eine Frage der Fütterungstechnik, wie weit es gelingt, billiger zu erzeugen. Gleichzeitig spricht der Gestehungspreis der angewendeten Futtermittel entscheidend mit. In der Kombination dieser drei Faktoren sind Länder wie Dänemark, Holland, Neuseeland und Finnland, die zusammen über rund 10 Millionen Haupt Rindvieh verfügen, unbestreitbar führend in der Welt. Sie haben die durchschnittliche Leistung je Tier, den Nutzeffekt der Futtereinheit so rasch und durchgreifend erhöht und gleichzeitig die Erzeugung wirtschaftseigener, preiswerter Futtermittel so weit gesenkt, daß an ihrer Leistung gemessen Deutschland in der Erzeugung von Milch und Molkereiprodukten, Eiern und Geflügel (deren Gesamtkonsum am Einzelhandelspreis gemessen in Deutschland auf etwa 6 Milliarden RM zu schätzen ist) heute als nicht konkurrenzfähig anzusprechen ist.

Da in diesen Ländern der Liter Milch viel billiger erzeugt wird und unter Voraussetzung gleicher Gesamtproduktion dazu viel weniger Tiere benötigt werden, ist gleichzeitig das Rind — und bis zu gewissen Grade auch das Kalbfleisch — in die Linie der Abfallprodukte zurückgedrängt. Rindfleisch wird als Nebenprodukt natürlich viel billiger erzeugt. Bei der Schweineproduktion sind im benachbarten Dänemark in einer glücklichen Koppelung von Milchwirtschaft, Ackerbau und Schweinemast die Produktionskosten im Vergleich zu Deutschland auch dann wesentlich weiter gesenkt worden, wenn man von der Ausnutzung billigen Futtergetreides, das auf dem Weltmarkt gewonnen wird, absieht. Wesentlich schnellerer Umsatz und sehr weitgehende Ausschcheidung von Verlusten durch Krankheit heranwachsender Tiere sind hierbei vorwiegend bestimmend. Nicht zuletzt ist es mit der überraschend starken Herabsetzung der Unkosten in der tierischen Erzeugung und der Steigerung der Reinerträge auch gelungen, ohne Traktor und Mähdescher die Produktionskosten von Getreide zu senken. Wird näm-

lich Getreide nicht in einseitigen Getreidefabriken, sondern innerhalb einer Fruchtwechselwirtschaft als ein Produkt unter vielen gewonnen, so senken sich bei steigender Sicherheit und Erhöhung der Hektarerträge die Produktionskosten mit steigendem Anteil der Veredelungswirtschaft im Betriebe erheblich.

Wie anders ist es zu erklären, daß bei einem Weltmarktpreis für Gerste von 3,50 RM je Zentner der dänische Bauer keineswegs aufgehört hat, Gerste für den eigenen Betrieb zu bauen, und daß das Freihandelsland Dänemark heute mit 26,3 Mill. Doppelzentner Getreide ein Achtel soviel wie das 11mal größere Deutschland erzeugt. Wenn es wahr wäre, was von allen denjenigen, die den Getreidebau als das Fundament der deutschen Landwirtschaft hinstellen, immer als Schreckgespenst an die Wand gemalt wird, daß mit sinkenden Preisen für Getreide die Getreideerzeugung aufhören würde, so hätten die Dänen es längst vorgezogen, ihren Getreideanbau von 1 Million ha zugunsten der Brache aufzugeben.

Die Entwicklung in Dänemark, Holland und Neuseeland in der *tierischen Erzeugung* greift zur Zeit auf zahlreiche andere Länder über, während sie gleichzeitig in den Ursprungsländern noch längst nicht abgeschlossen ist.

Im *Gemüse- und Obstbau* ist ebenfalls eine starke Senkung der Produktionskosten durch verbesserte Kenntnisse im Anbau, durch Hinzunahme von technischen Hilfsmitteln, wie Glashäusern, die vom Klima weitgehend unabhängig machen, und auf der anderen Seite durch Wanderung des feldmäßigen Anbaus in günstigere Klimate der Weg vom Genußmittel zum Volksnahrungsmittel mit bestem Erfolg beschritten. Der Schutz des eigenen Markts, den die hohe Verderblichkeit der Ware ursprünglich gewährte, ist durch die Transport- und Kühltechnik größtenteils illusorisch geworden. Beim Obst hat die Züchtung neuer besserer Sorten und ganz besonders der chemische Kampf gegen die Schädlinge eine Verbilligung der Erzeugung je Ernteeinheit ermöglicht. Die deutsche Landwirtschaft ist auf keinem Gebiet so rückständig wie hier.

Die Neugestaltung des Absatzes im Ausland

Zu Maßnahmen der Unkostensenkung liegen in der deutschen Landwirtschaft aus der Vorkriegszeit und auch aus neuem Antrieb zahlreiche, wenn auch schwache Ansätze vor. Ganz anders aber liegt es auf dem Gebiet der absatzmäßigen und markttechnischen Rüstung, die sich das vom Kriege wenig erschütterte Ausland in der Zwischenzeit geschmiedet hat. Die zehnjährige Abschließung hat die deutsche Landwirtschaft unglücklicherweise kurz vor Beginn der ersten Vorgefächte auf jenem Gebiet von dem so notwendigen und fruchtbaren Kontakt mit der Umwelt abgeschlossen.

Man kann fast präzise das Jahr 1917 als das Geburtsjahr der neuzeitlichen *industriemäßigen Absatzgestaltung für Agrarerzeugnisse* ansehen, die, ausgehend von den Vereinigten Staaten, heute bereits den gesamten Agrarmarkt revolutioniert hat. In den

Vereinigten Staaten ist zuerst — und zwar unter engster Zusammenarbeit von Wissenschaft, Handel und Regierung — die maschinelle Vorbereitung der Ware für den Markt, die Einstufung in gesetzlich festgelegte Güteklassen und die Normung der Verpackung eingeleitet worden. In den Vereinigten Staaten bestehen für 158 verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse Standards. Nachdem hierin bereits große Erfolge erzielt waren, ist man noch weiter vorgestoßen und hat die Erzeugung selbst standardisiert. Heute sind die wichtigsten Nahrungsmittel, wie Milch, Eier, sämtliche Gemüsearten, alle Obstarten, Fleisch und das Getreide, in einzelnen Ländern sogar schon Mehl und Brot, längst zu Standardwaren geworden. Diese maschinell hergerichteten und als Serienware erscheinenden Nahrungsmittel haben die Brücke von den entlegensten Erzeugungsgebieten zu allen Konsumzentren der Welt

Die Wirkungen auf die Märkte sind so tiefgreifend, daß sie sich in ihrer Gesamtheit noch kaum erfassen lassen. Die Risikospanne ist gesenkt, die Ware lagerfähig, beileihungsfähig und fungibel geworden. Gleichzeitig hat man durch straffe organisatorische Zusammenfassung Lieferkapazitäten aufgebaut, die den stärksten Anforderungen einer mengenmäßig konzentrierten Nachfrage gewachsen sind. Einer zusammengefaßten Nachfrage steht eine durch die Vertretbarkeit und Einheitlichkeit ihrer Erzeugnisse fast unbegrenzt lieferfähige Landwirtschaft gegenübergeschlagen.

In ihrer Qualität so fragwürdige und stets mit Mißtrauen betrachtete Waren wie Milch, Eier und auch Gemüse und Obst sind absolut risikolose, zuverlässige, hygienisch und in ihrer wirtschaftlichen Verwendbarkeit sichere Waren geworden. Das Zutrauen der Bevölkerung drückt sich in Ländern, die bereits standardisiert haben, in starker Ausweitung des Konsums aus. Diese Reserve steht der deutschen Landwirtschaft noch gänzlich offen.

Da aber im Mittelpunkt und als Ursache des ganzen Standardisierungssystems die Bezahlung des Erzeugers nach qualitativer Leistung steht, ist die Wirkung auf die Landwirtschaft noch viel größer gewesen. Mit der Bezahlung nach Qualität hat man eine Differentialrente für die Tüchtigkeit und für den Fortschritt gewährleistet. Der uniformierende Preisbann ist gebrochen. Die individuelle Leistung des einzelnen Erzeugers und seine Anpassungsfähigkeit an die Erfordernisse des Markts werden prämiert. Damit ist jedem einzelnen Mann im Heere der nationalen Landwirtschaften jener geheimnisvolle kleine Motor eingesetzt, der einen Vormarsch in Gang setzt, wie ihn keine noch so starke Ersatzhandlung von obenher je zuwege bringen kann. Diese Wirkung der Standardisierung ist auch der Schlüssel zum Verständnis des Umstands, daß die Landwirtschaftsministerien der agrarisch führenden Länder der Welt heute mit so großem Nachdruck die Aktivität ihrer mit den fähigsten, bestgeschulten Köpfen besetzten „Departments of Marketing“ in den Mittelpunkt ihrer gesamten Agrarpolitik stellen.

Und Deutschland?

Weder auf dem Gebiet der Produktionskostensenkung noch auf dem der Absatzgestaltung hat Deutschland den Vorsprung des Auslands bisher in nennenswertem Umfang eingeholt. Die nur mengenmäßige Weitung seiner Agrarproduktion am Markte vorbei und über die Aufnahmefähigkeit des Binnenlandes hinaus bringt die Preisbewegung zu immer stärkeren und krasserem Schwankungen.

Die Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die gesamte Absatz- und Vermarktungstechnik stehen weit hinter der des Auslands zurück. Dabei muß es besonders nachdenklich stimmen, daß Länder wie Lettland, Finnland und selbst Sibirien in der Qualität ihrer Erzeugnisse die deutsche Erzeugung äußerst gefährlich bedrohen, daß selbst Rußland mit standardisierter Ware (Obst) auf deutschen Märkten erfolgreich deutsche Waren niederkonkurriert, und daß Dänemark und Holland nicht mit einer Unterbietung im Preise, sondern stets mit Überbietung in höchster Qualität sich erfolgreich in den deutschen Markt hineinschieben. Für die deutsche Landwirtschaft kommt aber als besonderes Handicap hinzu, daß ihr vor dem Kriege noch vorbildlicher genossenschaftlicher Absatzapparat ebenfalls den Anschluß verpaßt hat. Das gesamte bestehende Absatzsystem von 13 000 Absatzgenossenschaften muß beschleunigt auf die organisatorische Struktur und die qualitative Leistung des Auslands gebracht werden. Der neue Einheitsverband steht noch vor dem ersten Anfang einer umfassenden Reform des von ihm repräsentierten Genossenschaftsapparats.

Die deutsche Regierung hat seit Kriegsende in einer bis in die letzten Tage fortgesetzten progressiven Steigerung alles getan, um die Landwirtschaft gegen die Einwirkungen der ausländischen Erzeugung auf dem deutschen Markt zu schützen. Da die Landwirtschaft eine Spanne von vollen zehn Jahren, in der sie aus der privatwirtschaftlichen Aufgabe ausgeschaltet und in die nationalwirtschaftliche eingespannt wurde, verloren hat, ist es recht und billig, daß man ihr zur *Wiedergewinnung ihrer Konkurrenzfähigkeit eine Schonfrist einräumt*.

Entscheidend für die Auswirkungen handelspolitischer Hilfe bleibt es aber, was seitens des Staates unternommen wird, um hinter der kostspieligen Schutzwand die Landwirtschaft wieder in den Sattel zu setzen. Die Auswirkung der Suggestion der Schutzbedürftigkeit, die stets in einer gesteigerten handelspolitischen Isolierung liegt, gibt ohnehin zu schwersten Bedenken Anlaß. Auf die Dauer kann die Landwirtschaft, soll sie nicht zu einer ständigen Belastung der gesamten Wirtschaft, sondern zu deren gesundem, breitem Fundament werden, nur dann wieder gesund, wenn sie *gezwungen* wird, alle Kräfte ans Werk zu setzen, um mit ihren Produktionskosten *an den Weltmarkt heranzukommen* und hinsichtlich der Qualität das Ausland nicht nur zu erreichen, sondern zu schlagen. Als Folge der einseitigen Schutzzollpolitik wird heute bereits in weitesten Kreisen der Wirtschaft ernstlich angezweifelt, ob die deutsche Landwirtschaft überhaupt

ohne Dauersubventionen zu halten sei, d. h. also, ob sie nicht als ständiges Defizitunternehmen von den Steuerzahlern ewig durchgeschleppt werden müsse. Es ist aber nichts so töricht, wie wenn behauptet wird, die Voraussetzungen zur Wiedererlangung der Konkurrenzfähigkeit wären in Deutschland nach Boden und Klima, nach technischer Ausrüstung oder nach irgendwelchen anderen Umständen nicht gegeben. Das Gegenteil ist wahr. Keine Landwirtschaft der Welt erfüllt so sehr alle Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bestreiten des Wettkampfs mit dem Ausland wie die deutsche, die zudem den Vorzug hat, einen Binnenmarkt mit einer Kaufkraft für Nahrungsmittel zur Verfügung zu haben, die in den vergangenen Jahren 20 Milliarden RM längst überschritten hatte. Der agrarische Zweckpessimismus hat das durchsichtige Ziel, die Notwendigkeit ewiger Leihung von bequemen Hochschutzzoll-Krücken darzutun. Der Fortschritt in der Landwirtschaft ist nicht klimabedingt, er ist eine Funktion geistiger Arbeit und des Willens zu besseren Methoden. Der Fortschritt liegt auch heute nicht einseitig in Übersee, sondern ebenso stark an den deutschen Grenzen.

Wie weit die Verknennung der Situation und die agrarpolitische Verwirrung der Köpfe in Deutschland bereits gediehen ist, geht daraus hervor, daß in den neuesten Forderungen der Landbünde mit einer erschreckenden Verknennung des wirtschaftlich Notwendigen die völlige „Absetzung“ des deutschen Agrarmarkts vom Weltmarkt als Ziel jeder Förderung der Landwirtschaft aufgestellt und die direkte Ansteuerung einer Zwangsreglementierung des Konsums gewünscht wird. Nicht eine Schonfrist als Anlaufzeit, sondern eine Dauerkonservierung wird verlangt. Dieser absurde Wirtschaftsradikalismus geriert sich heute bereits mit einer Unbefangenheit, die nur durch die stillschweigende Duldung der Hochschutzzoll-Ära möglich geworden ist.

Deutschland kann sich den Luxus einer dauernden Überhöhung der Agrarstoffpreise und seines Lebenshaltungsindex, oder was das gleiche ist: einer zu teuren und in der Güte rückständigen Produktion auf die Dauer nicht leisten, ganz besonders nicht in einer Zeit, der die Senkung der Agrarpreise in der ganzen übrigen Welt das Gepräge gibt. Die ungeheuren ungenutzten Reserven, die innerhalb der deutschen Landwirtschaft vorhanden sind und die man nur mit einer planmäßigen Produktionskostensenkungs-, Qualitätsverbesserungs- und Absatzpolitik erschließen kann, sind heute noch ungeborgene Schätze. Läßt man noch weiterhin kostbare Jahre ungenutzt verstreichen, so gewinnen sie eines Tages die Bedeutung verpaßter Gelegenheiten.

Man wird deshalb die Frage, wie man der deutschen Landwirtschaft handelspolitisch helfen kann, dahin beantworten müssen, daß

1. handelspolitische Mittel nur für kurze Dauer eine Hilfe für die Versuche zur Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit geben können,
2. die handelspolitische Hilfe zur Vermeidung unerwünschter Gewöhnung an den Schutz auf wenige

Jahre zu befristen und von Jahr zu Jahr automatisch zu senken ist.

Gelingt die Kräftigung der Landwirtschaft mit erzieherischen Mitteln nicht, so wird der Wert der Schutzwand doch illusorisch. Die bisher getroffenen handelspolitischen Maßnahmen sind zum Teil wirkungslos, zum Teil schädlich gewesen. Soweit eine Absetzung des Markts vom Weltmarkt wirklich erreicht wurde, also höhere Produktionskosten in Kauf genommen werden mußten, hat man — wie beim Zucker — innerhalb von zwei Jahren eine derartig ungesunde, rein mengenmäßige Produktionssteigerung erzielt, daß schwere Störungen am Markt auftraten. Gleiches wird bei den verschiedensten anderen Produkten ebenfalls eintreten. Andererseits setzt handelspolitische Eindämmung der Konkurrenz von Auslandsware voraus, daß Auslands- und Inlandsware miteinander vertretbar sind. Tatsächlich ist das bei einem der wichtigsten Importartikel, nämlich der Butter, nicht der Fall, weil ein annähernd ausreichendes Quantum deutscher, in der Qualität vergleichbarer Ware nicht vorhanden ist.

Die hohen Zollsätze haben sich materiell vor allem in den Preisen für Futtergetreide ausgewirkt. Deutschland führte jährlich etwa 2½ Mill. Tonnen Futtergetreide ein. Während die Veredelungswirtschaft treibenden Länder heute Futtergerste zu Preisen von 3,35—3,50 RM je Zentner kaufen, verteuert sich die gleiche Gerste beim Übergang vom Hamburger Freihafen ins Zollinland für den deutschen Bauer, der Schweine mästet oder Eier erzeugt, um 6 RM je Zentner, also um rund 180%! Diese Differenzierung wirkt sich in einer Drosselung der bäuerlichen Veredelungswirtschaft aus. (Mit jener Eisenbart-Methode der staatlichen Manipulierung der Getreidemärkte hat man auf der anderen Seite den natürlichen Abfluß der auf dem Markt nicht zu befriedigenden Preisen absetzbaren Mengen in den Tiermagen gestoppt.) Mit dem ganzen Besteck mechanischer Korrekturen dessen, was nur die Summe privatwirtschaftlich richtig geführter Maßnahmen der 5 Millionen deutscher Landwirte in Ordnung bringen kann, nehmen wir gerade demjenigen Teil der Landwirtschaft, der sich bisher in der Depression weitaus am besten gehalten hat, nämlich den bäuerlichen Betrieben, die Stoßkraft. Nur wenn es gelingt, der Masse der Bauern jene wirtschaftliche Expansivkraft zu geben, die früher zur Kolonisierung von halb Europa geführt hat, wird eine deutsche Besiedlung im Osten Aussicht auf Erfolg haben.

Psychologisch hat sich die „Nur Zoll-Politik“ noch viel schlimmer ausgewirkt. Sie hat mit ihrer bestehenden Strukturen und Funktionen konservierenden Tendenz alle gesunde Initiative des Privatunternehmers gelähmt. Wer will es der Masse der Landwirte verargen, daß sie die Anpassung an veränderte Marktverhältnisse bei Roggen, bei Zucker, bei Hafer, bei Kartoffeln für die unbestimmte Zukunft aufgespart haben, weil man ihnen immer erneut versicherte, mit dem Zollhebel und mit Manipulierung werde man die Störungen abschalten und das „zur

Rentabilität notwendige“ Preisniveau herstellen! Die deutsche Landwirtschaft braucht

1. eine unerbittlich klare Prognose pessima für die Entwicklung der Preise als Basis für eine sachlich fundierte Produktionspolitik der kommenden Jahrzehnte an Stelle der wirklichkeitsfremden Fiktion, man könne auf die Dauer mit Kunstkniffen eine isolierte Welt höherer „rentabler Preise“ schaffen;

2. die eindeutige Aufklärung, daß nur eine Anpassung der Produktionsmengen an die Aufnahmefähigkeit des Börsenmarkts den Preisdruck mindern kann, eine vervielfachte Staats- und Privataktivität zur Senkung der Produktionskosten;

3. zur Erschließung der Initiative der Tüchtigsten als großen Motor des Fortschritts

- a) die schnellste Schaffung von Reichsgüterklassen,
- b) eine staatliche Inspektion der Ware,
- c) die generelle Einführung der Qualitätsbezahlung durch alle Genossenschaften;

4. die Neuorganisation ihres Absatzapparates zu größeren leistungsfähigen Einheiten.

Auf diese Zwecke sind alle irgend verfügbaren Mittel zu konzentrieren. Auf *nutzlose Manipulierung* ist kein Pfennig mehr zu vergeuden.

Der handelspolitische Schutz ist lediglich zur Sicherung eines so beschaffenen Programms als zusätzliche Aufwendung, auf wenige Jahre befristet und bei allmählich sich senkenden Zollsätzen erforderlich.

Wären die kostbaren letzten Jahre nicht fast ungenutzt verstrichen, könnte man heute schon zu einem schrittweisen Abbau des Systems der überspannten Schutzzölle übergehen. Das Reichsmilchgesetz, auf das man zur Entlastung verweist, steht bis heute auf dem Papier. Ausführungsbestimmungen fehlen nach drei Jahren Vorbereitung immer noch.

Was man für eine Landwirtschaft, die mitten im Feuer des Weltmarkts steht, sogar unter absolutem Freihandel mit höchstem Erfolg zu tun vermag, wenn man die Situation auf dem Weltmarkt richtig erkennt, zeigt Großbritannien. Dort hat man seit 1926 im großen standardisiert und die Unkosten gesenkt. Heute schlagen die Qualitätserzeugnisse der englischen, schottischen und irischen Landwirte alle Auslandswaren mit hohen Preisaufschlägen. Belgien, Holland und Dänemark bieten ähnliche Parallelen.

Wird in Deutschland, wo die breite Masse der praktischen Landwirte endlich anfängt, ernste Zweifel in die Heilkraft der Hochschutzzölle zu setzen, die Dämmerung dieser in den Abgrund führenden Irrwege der Agrarpolitik noch so rechtzeitig einsetzen, daß nicht festzustellen sein wird, der Vorsprung des Auslands sei tödlich?

Das Tempo der Wirtschaftsrüstung und die Intensität des Trainings entscheiden über den Ausgang des Wettkampfs. Deutschland hat seit der Stabilisierung sechs volle Jahre gebraucht, um den ersten Entschluß zur Vorbereitung der Standardisierung zu fassen. Noch liegen keine brauchbaren Vorschläge für die Ausführung vor. Jahre werden vergehen, ehe die Praxis im großen reagiert.

Das Allheilmittel der Lohnsenkung

Von Prof. Dr. Emil Lederer

Lohnsenkungen haben zwar eine Verringerung der Produktionskosten zur Folge, aber noch nicht unmittelbar eine Steigerung der Produktion. Eine solche kann erst eintreten, wenn die Gewinne investiert werden und auf diese Weise die Nachfrage nach Arbeitskräften belebt wird. Auch die Senkung der Preise entsprechend den Löhnen kann den Produktionsumfang erhöhen, da nun die Kaufkraft der übrigen sozialen Schichten wächst und die Exportmöglichkeiten steigen. Während die Liquidation der Krisen früher meistens durch scharfe Preissenkungen beschleunigt wurde, erblickt man gegenwärtig das Allheilmittel in der Lohnsenkung, deren Wirkungen aber nur zu leicht durch politische Folgen vereitelt werden könnten.

Es sei versucht, die Wirkungen einer allgemeinen Lohnsenkung schrittweise auseinanderzulegen, was meines Erachtens bisher noch nicht ausreichend, d. h. unter Berücksichtigung der gegenwärtigen besonderen Umstände, geschehen ist. Ich glaube aber, daß man nicht den Mut haben sollte, eine allgemeine Lohnsenkung zu vertreten, ohne die Wirkungen derselben soweit wie möglich klaggestellt zu haben.

Zweifellos würde eine Senkung des Lohnes die Kostenrechnung innerhalb jedes einzelnen Betriebes günstiger gestalten. Eine Senkung des Lohnes um 10 % würde z. B. bei einem Lohnanteil von 40 % die Kosten um 4 % senken. Sofern eine allgemeine Lohnsenkung entsprechende Preisminderungen zur Folge hätte, würde sie sich außerdem in billigeren Materialpreisen usw. auswirken. Bei einer restlosen Umsetzung der Lohnsenkungen in Preisverbilligung der Vorprodukte würde in diesem Falle eine erheblichere Kostenminderung eintreten, allerdings nicht um 10 %, da ja ein großer Teil der Kosten aus früher aufgewendeten Löhnen und aus Zinslasten besteht.

Betrachten wir also die Wirkung des sinkenden Lohnes in den einzelnen Betrieben. Es würde sich z. B. die Kostenrechnung zunächst um 4 % günstiger stellen. In diesem Falle würde bei Gleichbleiben aller übrigen Bedingungen, insbesondere bei Gleichbleiben der Preise, eine Übertragung der Kaufkraft von den Arbeitern auf die Unternehmer stattfinden. Diese würden jetzt 4 % auf den Umsatz als zusätzlichen Gewinn erzielen können. Die Vertreter der allgemeinen Lohnsenkung behaupten nun, daß dadurch viele Betriebe überhaupt erst instand gesetzt würden, weiter zu produzieren, und daß andere Betriebe, welche die Erzeugung einstellen mußten, ihre Tätigkeit wieder aufnehmen könnten. Das würde die Gesamtwirtschaft „ankurbeln“ und bald zu einer Aufsaugung aller Arbeitslosen führen.

Die günstigen Wirkungen werden von drei Tatsachenreihen erwartet:

1. Die Verringerung der Produktionskosten führe automatisch zu einer Steigerung der Produktion;
2. die erzielten Gewinne werden produktiv angelegt und setzen sich in Nachfrage nach Arbeitskräften um;
3. sinkende Kosten ermöglichen sinkende Preise, wodurch der Absatz steigt und die Zahl der Beschäftigten wächst.

Können wir von einer allgemeinen Lohnsenkung diese Wirkungen gegenwärtig mit Sicherheit erwarten?

1. Produktionssteigerung als Folge der Gewinnerhöhung?

Wäre eine bessere Ausnutzung der bestehenden und eine Belebung stillgelegter Betriebe bei Senkung der Löhne möglich? Woher sollte aber dann die steigende Nachfrage nach diesen Produkten kommen, solange die Preise unverändert bleiben? Schon heute wäre es möglich, zu den auf dem Markte bezahlten Preisen weitaus größere Produktmassen zu liefern, als erzeugt werden, da ja bekanntermaßen infolge der geringen Ausnutzung unserer Erzeugungskapazität weitaus größere Mengen zu den Marktpreisen angeboten werden würden, wenn eine Nachfrage danach vorhanden wäre. Man kann sogar so weit gehen, daß in vielen Industrien eine größere Produktion selbst bei sinkenden Preisen vorteilhaft wäre, und wird wohl annehmen dürfen, daß die Preispolitik der Organisationen das Haupthindernis für eine solche Produktionsausdehnung in der Vergangenheit war und vielfach heute noch ist.

Da eine Lohnsenkung bei gleichbleibenden Preisen keinen neuen Absatz verspricht, so könnten in diesem Falle also auch die stillgelegten Betriebe nicht wieder in Aktion treten, d. h. es würde eine Neueinstellung von Arbeitern nicht stattfinden. Die Schaffung — oder Vergrößerung — einer Gewinnspanne allein verbürgt also noch nicht die Ausdehnung der Produktion gegenüber dem bisherigen Stande, solange die Nachfrage nicht steigt. Weshalb sollte sie aber steigen, da doch die Gesamtkaufkraft durch die Lohnsenkung nicht erhöht wird?

2. Steigen der Investitionen als Folge der Lohnsenkungen?

Wir müssen nunmehr untersuchen, welche Wirkung es hätte, wenn die Lohnsenkung zwar nicht unmittelbar zu steigender Produktion, aber zu Gewinnen und damit zu neuen Investitionen führen würde. Freilich ist anzunehmen, daß die zusätzlichen Gewinne in erheblichem Umfange lediglich eine Steigerung der Liquidität, also der flüssigen Mittel dieser Unternehmungen bewirken würden. Die ökonomische Gesamtlage mit ihren großen, noch unausgenutzten

Erzeugungskapazitäten und die Unsicherheit der politischen Entwicklung verhindern heute Investitionen in größerem Umfang. Soweit diese durch die Umstände gebotene Zurückhaltung besteht, würde die Lohnsenkung zwar den Status dieser Unternehmungen verbessern, aber im übrigen zu einer Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes führen, die ja das charakteristische Zeichen der Depressionsperiode ist. Hier würde also in der Tat Kaufkraft vernichtet werden, ohne daß sie wieder sofort und im vollen Umfange auf dem Markt erschiene. Soweit aus den nunmehr zusätzlich erzielten Gewinnen aber doch eine Ausdehnung der Produktion finanziert werden würde, würde ein Teil der Arbeitslöhne zur Herstellung solcher Produktionsmittel herangezogen werden, die ohne diese Lohnsenkung nicht produziert worden wären. In diesem Falle würde also ein Teil der bisher bezahlten Lohnsumme dazu verwendet werden, um neue Arbeitsleistungen zu bezahlen, und diese neueingestellten Arbeitskräfte würden einen Teil der Konsumgüter konsumieren, die bisher von den beschäftigten Arbeitern gekauft wurden. Allerdings würde es dabei nicht ohne erhebliche Konsumverschiebungen abgehen, deren ungünstige Wirkungen auf die Industrie in den bekannten Arbeiten von Marschak analysiert wurden. Wenn wir diese ungünstigen Wirkungen außer acht lassen, so würde das Resultat der Lohnsenkung eine Steigerung in der Kapazität der besten Unternehmungen sein, die je nach der Effizienz dieser Investitionen wiederum eine Rückwirkung auf die ungünstiger arbeitenden Betriebe haben müßte. Doch wollen wir auch diese Nachteile unberücksichtigt lassen und feststellen, daß, soweit neue Anlagen wirklich zu erwarten sind, aber eben nur soweit das der Fall ist, eine Heranziehung neuer Arbeitskräfte erfolgen würde. Wir wollen sogar annehmen, daß sich die Ersparnis an Löhnen wieder restlos in Löhne umsetzen würde, was sicher nicht der Fall ist oder wenigstens längere Zeit braucht. Es stehen also der zu erwartenden Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften erhebliche Störungen gegenüber, welche diesen Effekt vermindern.

In welchem Maßstab könnte nun eine Aufsaugung von Arbeitskräften erfolgen? Wenn wir eine Lohnsenkung von durchschnittlich 8 % annehmen, so würde die Ersparnis 8 % der Lohnsumme ausmachen. Bei gleichen Lohnsätzen für neu herangezogene Arbeitskräfte könnten theoretisch 8 % der heute in Arbeit stehenden Arbeiter mehr beschäftigt werden. Wenn wir die Störungen, zu denen insbesondere noch der zeitraubende Ablauf des Umschichtungsprozesses kommt, noch so gering veranschlagen und in Betracht ziehen, daß sich ein erheblicher Teil der dann entstehenden Überschüsse nicht in Löhne umsetzen würde, sondern zur Verbesserung des Status der Unternehmung verwendet werden müßte, so wäre eine Steigerung der Beschäftigtenzahl vielleicht um 5 %, günstigstenfalls um 6 % möglich. Das heißt aber, daß eine völlige Aufsaugung der Arbeitslosen unter Berücksichtigung der Kurzarbeit eine Lohnsenkung

von rund 30 % erfordern würde, selbst wenn wir die dadurch bewirkten, dann natürlich enormen Störungen sehr gering veranschlagen.

3. Wirkungen von Lohnsenkungen verbunden mit Preissenkungen

Man nimmt gemeinhin an, daß eine Senkung der Preise den Absatz steigern und dadurch die Möglichkeit zur Heranziehung von Arbeitslosen schaffen würde. Die Behauptung, daß sinkende Preise zu steigendem Absatz führen, ist natürlich nur unter gleichbleibenden Bedingungen richtig. Wenn die Lohnsenkung ebenso weit geht wie die Preissenkung, kann die Nachfrage nach Produkten seitens der bisher beschäftigten Arbeiterschaft nicht steigen. Ihr Reallohn bleibt in diesem Falle gleich, also auch ihre Nachfrage. Hingegen können alle übrigen Klassen mit ungemindertem Einkommen die Nachfrage steigern, und soweit würde in der Tat auf Kosten der Arbeitslöhne der Konsum der Schichten mit festem Einkommen, der Rentner, der Beamten — soweit nicht auch ihre Bezüge gemindert würden — und der Unternehmer wachsen. Diese steigende Nachfrage würde manche Betriebe rationeller arbeiten lassen als bisher. Die Kosten würden schon durch die bessere Ausnutzung des Beschäftigungsgrades sinken und bei wirklich freier Konkurrenz weitere Preissenkungen möglich machen. Die Belegung der Produktion wäre durch das Opfer der Lohnsenkung erkaufte. Während das Realeinkommen der Arbeiterschaft bestenfalls gleichbliebe, würde das der anderen Bevölkerungsschichten steigen. Würde dieser Prozeß eingeleitet, so ist es gerade die Steigerung der auf Konsum gerichteten Kaufkraft, allerdings nicht der Arbeiterschaft, sondern der übrigen Bevölkerungsschichten, die zur Belegung der Wirtschaft führen würde. Eine Feststellung, die der Meinung begegnen soll, als ob Konsumeinschränkung auf der ganzen Linie als Wirkung der Lohnsenkung folgen würde. Im Gegenteil: hier würde eine Umschichtung auf Kosten der Arbeiterschaft erfolgen. Deren Anteil am Gesamtprodukt würde selbst bei entsprechender Preissenkung zurückgehen. Blicke die Preissenkung hinter der Lohnsenkung zurück, so würde die Arbeiterschaft die Wirtschaftsbelegung mit einer absoluten, nicht mit einer relativen Einbuße an Konsumkraft bezahlen, während die Konsumkraft der übrigen Schichten mit gleichbleibenden Einkommen wachsen würde.

Neuerdings scheint die öffentliche Meinung in dem richtigen Gefühl, daß eine solche einseitige Lohnkürzung ungerecht wäre, einer allgemeinen Senkung aller festen Einkommen zuzuneigen, und es ist vom Gesichtspunkt einer politischen Vertretbarkeit der Lohnsenkung geradezu unbegreiflich, daß eine entsprechende Reduktion der festen Bezüge erst vom 1. April 1931 an in Aussicht genommen, und daß eine Herabsetzung der hohen festen Bezüge in der Privatwirtschaft bisher nur platonisch erörtert wurde. Denn offenbar brauchte die Lohnsenkung um so geringer zu sein, je weitere Kreise einen Teil ihrer Kaufkraft preisgeben.

Wir müssen nun überlegen, welche Wirkung die durchschnittliche Senkung aller festen Einkommen einschließlich der dem Verbrauch gewidmeten Teile der Unternehmereinkommen haben müßte, wenn eine entsprechende Preissenkung parallel ginge. In diesem Falle würde der Verbrauch an Konsumgütern bei entsprechend sinkenden Preisen bestenfalls gleichbleiben. Eine Neueinstellung von Arbeitskräften zur Erzeugung von Konsumgütern käme also nicht in Frage. Das ist ja auch nur natürlich, wenn unter der Devise allgemeiner Sparsamkeit jeder einzelne den Verbrauch mit seinem gesunkenen Einkommen in Einklang setzt, und die Preise höchstens soweit herabgehen, als sich diese Einkommen verminderten. Die bei der Auszahlung der Löhne, Gehälter usw. ersparten Kaufkraftmengen würden jetzt der Produktion unmittelbar und teilweise mittelbar durch Verringerung der Steuerlast zufließen, und es würden die oben erörterten Wirkungen eintreten. Wenn man der Meinung ist, daß die Verringerung des Verbrauchs notwendig ist, um den Kapitalbildungsprozeß zu beschleunigen, d. h. neue Investitionen zu ermöglichen, so ist es nicht nur unbillig, sondern auch höchst unzuweckmäßig, lediglich das Lohn-einkommen anzupacken, das ja nur wenig mehr als die Hälfte aller festen Einkommen bildet. Es sei noch hinzugefügt, daß auch eine restlose Erfassung und Minderung aller festen Einkommen die Zins- und Renten-Einkommen unberührt lassen würde, so daß die Rentnerschicht allein jedenfalls in erheblichem Umfang von dieser Verschiebung profitieren würde, eine Folge, die nur durch entsprechende steuerliche Maßnahmen ausgeglichen werden könnte.

Eine Steigerung des Produktionsumfangs bei Senkung aller Verbrauchseinkommen und aller Preise könnte dann nur durch *Erhöhung des Exports* erfolgen. Es läßt sich allerdings schwer vorausbestimmen, in welcher Größenordnung Preissenkungen auf den Export wirken können. Das hängt davon ab, wieweit die Nachfrage des Weltmarkts für deutsche Produkte elastisch ist. Steigender Export bedingt überdies eine entsprechende Steigerung der Rohstoffzufuhr, so daß sich keineswegs die Gesamtsumme der Mehrexports in Löhne umsetzt. Bekanntlich ist die Aktivierung der deutschen Handelsbilanz in erster Linie der starken Preissenkung für die Einfuhrwaren zuzuschreiben. Gerade die Preissenkung der Rohstoffe hat aber die Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts für industrielle Produkte in wichtigen Gebieten erheblich abgeschwächt. Man kann also vermuten, daß die Exportmengen kaum in dem Maße steigen würden, wie die Preise sinken. Ein Symptom hierfür ist die Tatsache, daß die Exporte im Monatsdurchschnitt Januar—September 1930 1014 Mill. RM betragen, gegenüber 1124 Mill. RM im Monatsdurchschnitt 1929; trotzdem stiegen bekanntlich die Exportüberschüsse, da sich die Einfuhr von 1121 Mill. RM im Monatsdurchschnitt 1929 auf 905 Mill. RM im Monatsdurchschnitt 1930 senkte. Die Frage, wieweit Preisermäßigungen eine Steigerung des Exports ermöglichen, ist deshalb schwierig,

weil sie für viele Produktionszweige verschieden liegt. Oft führt erst eine intensive und zeitraubende Bearbeitung des Markts zur Steigerung des Absatzes. Ferner ist anzunehmen, daß eine solche Wirtschaftspolitik von allen Ländern mit höheren Löhnen (insbesondere England, der Schweiz, Skandinavien, den Vereinigten Staaten usw.) als soziales Dumping mit entsprechenden Gegenmaßnahmen abgewehrt werden oder eine Bewegung auslösen würde, die das Lohnniveau auch in diesen Ländern zu senken sucht. In beiden Fällen würde die günstige Wirkung auf den Export kompensiert.

Soweit die Exportsteigerung nicht befriedigt, und Investitionen noch nicht möglich sind, kann also eine Lohnsenkung nur dann Erfolg haben, wenn sie den Konsum der übrigen Schichten erhöht. Man müßte den Mut haben, zu erkennen und auszusprechen: daß in diesem Fall von der Arbeiterklasse aus Solidarität, um die Aufsaugung der Arbeitslosen zu befördern, mindestens ein relativer, wahrscheinlich aber ein absoluter Rückgang ihrer Lebenshaltung gefordert wird, und daß dieses Opfer eine Konsumsteigerung der Bevölkerungsschichten mit gleichbleibenden Einkommen ermöglicht und bezweckt. Der Prozeß, der im „normalen“ Verlauf der Depression durch Preissenkungen eingeleitet wird, soll hier als Folge der Lohnsenkungen eintreten.

Wir wollen nun zu der Frage zurückkehren, weshalb nach vielen Jahren stärkster Investitionstätigkeit in der deutschen Volkswirtschaft ein so großer Teil der Arbeitskräfte nicht beschäftigt werden kann, also nach allgemeiner Auffassung ein großer Kapitalmangel herrscht. Der Grund hierfür ist der, daß in ganz großem Umfang in den letzten Jahren *Investitionen am falschen Ort* stattfanden, d. h. daß Kapazitätssteigerungen in einzelnen Betrieben finanziert wurden, die bei normaler Entwicklung des Marktes in absehbarer Zeit überhaupt nicht in Anspruch genommen werden oder nur dadurch in Arbeit kommen konnten, daß eine sehr große Anzahl der älteren Betriebe durch Stilllegung vom Markte verschwand. Es wäre eine außerordentlich dankenswerte Arbeit, zu untersuchen, in welchem Maße schon während der Inflation, ferner durch die Investition der Kartellgewinne, besonders in der Schwerindustrie und durch Subventionen, ein Produktionsumfang geschaffen wurde, der eine furchtbar schwere und auch heute noch dauernde Disproportionalitätskrise unentrinnbar machte. Nehmen wir die der Landwirtschaft zugeführten und großen Teils verlorenen Kredite hinzu, so würden wir auf Kapitalmassen kommen, deren „richtige“ Verwendung den deutschen Wirtschaftskörper so leistungsfähig gemacht hätte, daß er die heutige Weltwirtschaftskrise leidlich hätte durchhalten können. Diese Fehler sind allerdings geschehen und nicht mehr gutzumachen, und es mag heute notwendig sein, der Produktion, die sich infolge ihrer unglückseligen Organisation in einen fehlerhaften Zirkel steigender fixer Kosten bei sinkender Produktion festgerannt hat, eine Atempause zu gewähren. Es geht aber nicht an, die ganze

Entwicklung der letzten Jahre nur unter dem Aspekt der Lohnsteigerung zu betrachten. Vielmehr müßte gerade von den Führern der Wirtschaft spontan zu gegeben werden, welche vielleicht auch für den einzelnen unvermeidlichen Fehlleitungen von produktiven Kräften in den letzten zehn Jahren stattfanden, so daß heute der Appell an die Arbeiterschaft bedeutet, die Arbeiter sollten durch Lohnsenkungen die Fehler gutmachen, welche in den letzten Jahren in der Gesamtwirtschaft begangen wurden. Daß diese Fehler in einer Atmosphäre des Hochschutzzolles und einer sich von Jahr zu Jahr überbietenden protektionistischen Subventionspolitik wahrscheinlich unvermeidlich waren, hindert nicht, diesen Tatbestand freimütig einzugestehen und sich zusammzusetzen, um in der höchst bedrohlichen Lage einverständlich die heute notwendigen und unentrinnbaren Maßnahmen auf dem Gebiet der Preis-, Lohn- und insbesondere der Handelspolitik zu treffen.

Bei diesen Überlegungen ist aber noch außer acht gelassen, daß die Wirkung von Lohnsenkungen usw. einen normalen ökonomischen Prozeß voraussetzt. Politische Verwicklungen im Inland mit der dann unvermeidlichen Kapitalflucht würden die durch Lohnsenkung etwa erzielten Überschüsse sofort ins

Ausland jagen. In der Tat könnte es ja keinem Unternehmer verübelt werden, sich ein Devisenpolster zu beschaffen in der Voraussicht ernster Gefährdung der deutschen Währung, die eine Konsequenz politischer Erschütterungen sein könnte. Wir haben dann bei Lohnsenkungen ohne entsprechende parallele Preissenkungen folgenden Zirkel: man senkt die Löhne, um die Gewinne zu erhöhen und den Beschäftigungsgrad zu steigern. Da aber die Umsetzung in Erhöhung des Beschäftigungsgrades nicht rasch und nicht vollständig möglich ist, verschärft man die politische Spannung. Diese drängt zur Kapitalflucht, die Kapitalflucht bedeutet einen Devisenabfluß; dadurch wird Krediteinschränkung notwendig, die Basis des Beschäftigungsgrades wird verschmälert. In diesem politischen Zusammenhang, aus dem man aber die Lohnfrage nicht künstlich herauslösen darf, werden Lohnsenkungen ohne ausreichende Preissenkungen auch ökonomisch eine Gefahr, und ihre Wirkung wird mehr als problematisch. So ist es nicht nur moralisch bedenklich, sondern auch politisch absurd, die Lohnsenkung als wichtigste Maßnahme zu propagieren, ohne gleichzeitig die notwendigen Konsequenzen für die Preisbildung und die Handelspolitik zu ziehen.

Stickstoff-Friede — Stickstoff-Krieg

Von Dr. Alfred Marcus, Berlin

Die Verständigung in der internationalen Stickstoffindustrie hat gezeigt, daß der Chilesalpeter nicht ohne weiteres durch Luftstickstoffverbindungen vom Weltmarkt zu verdrängen ist. Der chilenische Staat hat sich mit Unterstützung von nordamerikanischer Seite hinter die Industrie gestellt. Dadurch konnte sich die Luftstickstoffindustrie nicht in dem erhofften Umfang ausdehnen. Die Überproduktion einerseits, wachsende Unlust und Kritik auf Seiten der Verbraucherschaft andererseits führten zu Verhältnissen, die — durch den Wettbewerb der Düngemittel untereinander verstärkt — dem „Stickstoffpakt“ keine lange Dauer sichern können.

Die Bedeutung des Chilesalpeters

Die Lage in der internationalen Stickstoffwirtschaft ist nicht nur für die großen Chemiekonzerne, sondern auch für die *chilenische Republik* zum Gegenstand erster Sorge geworden. Chile ist ein Staat, für den der Abbau der natürlichen Bodenschätze an Salpeter und der Export der hieraus gewonnenen Erzeugnisse jahrzehntelang eine der Haupteinnahmequellen gebildet hat. Vor einigen Jahren kannte man in Chile noch keine Einkommensteuer, da die Einnahmen aus der Exportabgabe für Salpeter zur Deckung der Ausgaben ausreichten.

Es stehen also auf dem Gebiet der Stickstoffindustrie zwei völlig verschieden geartete Gebilde: *Konzerne* und *Staat*, miteinander in heftigem Wettbewerb. Die Unmittelbarkeit dieser Konkurrenz wird auch nicht dadurch gemildert, daß der chilenische Staat — wie dies bis vor kurzem der Fall war — die Chilesalpetergewinnung und den Absatz des Materials nicht durch eigene Hand kontrollierte, sondern vielmehr durch die in Chile angesiedelten

privaten Gesellschaften mit den für ihn notwendigen finanziellen Erträgen aus dem Salpetergeschäft versorgt wurde. Ein Staat von einiger politischer und wirtschaftlicher Macht, wie ihn Chile immerhin darstellt, hat jedoch im allgemeinen größere Möglichkeiten für ein Aushalten unwirtschaftlicher Marktbedingungen als selbst der stärkste Konzern. Hätte sich der chilenische Staat nicht derart, wie es im Lauf des letzten Jahres geschah, hinter die Salpeterproduktion seines Landes gestellt, so wäre der Chilesalpeter tatsächlich den Weg gegangen, den ihm die europäischen Luftstickstoff-Industriellen vorausgesagt hatten; er wäre als Wettbewerber mit nennenswerter Macht vom Markt verschwunden. Das Krisenjahr 1926/27, in dem Produktion und Absatz von Chilesalpeter auf einen katastrophal niedrigen Stand herabsanken, hätte unter rein privatwirtschaftlichen Voraussetzungen von der Industrie kaum überwunden werden können. Da griff der *Staat* ein; er hat mit mehr oder minder sanftem Zwange die Organisation der Chilesalpeter-Industrie auf eine völlig neue Basis

gestellt, die ihm einen viel direkteren und weitergehenden Einfluß auf die Leitung der Geschäfte einräumte, wobei aber gleichzeitig der nordamerikanische Einfluß erheblich verstärkt wurde.

In der Chilesalpeter-Industrie arbeitete bis vor wenigen Jahren verhältnismäßig wenig nordamerikanisches Kapital. Die meisten Salpeterunternehmen waren vielmehr mit englischem, deutschem, spanischem, jugoslawischem und auch etwas chilenischem Kapital finanziert. Die Amerikaner verbrauchten zwar stets große Mengen von Chilesalpeter, bevor ihnen aus Europa Luftstickstoff-Verbindungen in ungeahnten Quantitäten zur Verfügung standen, aber sie haben bis zum Eingreifen von Guggenheim Brothers keine nennenswerten Interessen in Chile gehabt. Es ist nun merkwürdig, daß das amerikanische Interesse an der Chilesalpeter-Industrie parallel mit der Möglichkeit wuchs, aus Europa Luftstickstoff-Verbindungen zu beziehen. Wahrscheinlich haben dabei Gesichtspunkte eine Rolle gespielt, die nicht rein wirtschaftlich zu begründen sind, Gesichtspunkte, die etwa folgenden Ausblick eröffnen: Wenn die Versorgung der nordamerikanischen Landwirtschaft mit Stickstoffdünger mehr und mehr von Europa abhängig wird, so gibt man damit den europäischen Industrien, insbesondere der deutschen, einen starken Einfluß auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse Amerikas in die Hand. Dieser Einfluß ist beim Kali bereits vorhanden. Wird er jetzt auch beim Stickstoff entscheidend, so wird die amerikanische Landwirtschaft auf Gedeih und Verderb von dem Lieferungswillen der Europäer abhängig. Dieser Wille wird selbstverständlich in „normalen“ Zeiten stets vorhanden sein. Aber wie gestalten sich die Dinge, wenn die europäische Luftstickstoff-Industrie einmal ein Interesse daran haben sollte, die amerikanische Landwirtschaft auszuhungern?

Zwei Antworten gab es auf diese Frage: Die eine bestand in dem Aufbau einer eigenen Luftstickstoff-Industrie großen Stils in den Vereinigten Staaten, die andere in einer weitgehenden Einflußnahme Amerikas auf die Salpeterindustrie von Chile.

Ansätze zu der Entwicklung einer Stickstoffindustrie sind in den Vereinigten Staaten gewiß vorhanden. Die Regierung selbst hat ein Werk in Muscle Shoals fertiggestellt, dessen Leistungsfähigkeit — auch am amerikanischen Verbrauch gemessen — recht beträchtlich ist. Aber dieses Werk ist niemals in Betrieb gewesen. Seine Anlagen sind nur wenige Monate hindurch versuchsweise gelaufen. Sie haben sich technisch bewährt und können jeden Tag in Betrieb genommen werden. Warum liegen sie still? Warum ist überhaupt in den Vereinigten Staaten eine Luftstickstoff-Produktion nennenswerten Umfangs bisher nicht entstanden, wenn man davon absieht, daß neuerdings die Royal Dutch Shell im Begriff steht, unter Ausnutzung von Naturgasen in Kalifornien eine Anlage zu betreiben?

Man hat in Amerika erkannt, daß die Entwicklung einer Luftstickstoff-Industrie *technisch* ohne Schwierigkeiten möglich sein werde. Aber die *Rentabilität*

einer solchen Industrie würde wahrscheinlich nur unter der Bedingung gesichert sein, daß wesentlich höhere Stickstoffzölle eingeführt würden. Bisher unterlagen einem Zoll nur Ammonsulfat (11,27 Rpf je Kilogramm N umgerechnet) und Harnstoff: beide Materialien sind jedoch im neuen Tarif auf die Freiliste gesetzt worden. Geschützt wurde also durch den Zoll nur jenes Material, das in verhältnismäßig großen Quantitäten als Nebenprodukt bei den Kokereien entfällt, der schwefelsaure Ammoniak. Die amerikanische Produktion dieses Stoffes belief sich im Jahr 1929 auf 165 000 t N und steht an erster Stelle der Welt; es folgt Deutschland mit 111 000 t. Aber Deutschland hat schon vor dem Kriege 108 000 t Nebenprodukt-Ammonsulfat gewonnen, und damals produzierten die Vereinigten Staaten nur 36 000 t. Diese Industrie ist also groß gezogen worden mit Hilfe des Zolles, der jetzt außer Kraft trat. Dieser Zoll war die einzige Konzession der amerikanischen Zollpolitik an die Entwicklung einer eigenen Stickstoffindustrie, und diese Konzession erfolgte nicht an Chemie-Konzerne, sondern an die Montan-Konzerne: der chemischen Industrie hat man mit Rücksicht auf die Landwirtschaft mit Zöllen nicht geholfen. Ende 1929 gab es in den Vereinigten Staaten elf Stickstoffanlagen, von denen aber nur sieben in Betrieb waren; die Werke von Peoria (Ammonsulfat), Niagara (Ammonsulfat) und Muscle Shoals (Kalkstickstoff) lagen still, und die Fabrik von Hopewell befand sich noch in Bau. Anscheinend sind die Gesteungskosten bei diesen Werken zu hoch, um ohne Zollschutz eine bedeutende Stickstoffindustrie entstehen zu lassen.

Aus diesem Grund haben die Amerikaner in den letzten Jahren einen anderen Weg eingeschlagen: sie sind in die Chilesalpeter-Industrie eingedrungen. Heute kann man bereits sagen, daß die chilenische Salpeterindustrie zwar von der chilenischen Regierung kontrolliert wird, daß diese Kontrolle aber nur durch die Hilfe des amerikanischen Kapitals der Guggenheim-Gruppe möglich ist. Chile wird nach menschlichem Ermessen niemals Veranlassung dazu haben, den Vereinigten Staaten die Lieferung von Salpeter zu versagen, und für die Amerikaner bedeutet die Tatsache, daß sie nicht nur zu den wichtigsten Kunden, sondern auch zu den wichtigsten Produzenten der Chilesalpeter-Industrie gehören, eine starke und auch politisch wertvolle Position innerhalb dieses Landes.

So ist es zu erklären, daß die Industrie der Luftstickstoff-Verbindungen seit 1929 im Chilesalpeter einen starken Gegner gefunden hat. Wenn man noch vor wenigen Jahren angenommen hat, der Chilesalpeter werde aus dem Wettbewerb ausscheiden, so zeigt sich für 1929 eine Chilesalpeter-Produktion mit einem Stickstoffinhalt von rund 500 000 t bei einer Weltproduktion von rund 2 100 000 t an Stickstoffverbindungen überhaupt. Es entfällt also beinahe der vierte Teil der Weltproduktion auf den Chilesalpeter, und dieses Viertel ist gerade die Spitze, über die heute die Stickstoffproduktion der Welt den Bedarf überschreitet. Nach langwierigen, schwierigen Kämpfen

und Verhandlungen hat sich nunmehr die Luftstickstoff-Industrie mit der Existenz dieser „Produktionsspitze“ abgefunden; das Eingreifen der chilenischen Regierung und der Amerikaner an dieser (vom Produzentenstandpunkt aus gesehen) schwächsten Stelle der internationalen Stickstoffwirtschaft hat sie zu einem Frontwechsel veranlaßt, der für die nächsten Jahre und Jahrzehnte von entscheidender Bedeutung sein muß. Die Konstruktion des Pariser Pakts¹⁾ ist derart lose, daß tatsächlich nur von einem *Waffenstillstand* gesprochen werden kann, der vielleicht die ihm ursprünglich zgedachte Frist von einem Jahr nicht einmal erleben wird.

Die Schwächen der Luftstickstoffindustrie

Es bleibt die Frage, warum es der Luftstickstoff-Industrie nicht gelungen ist, mit dem Chilesalpeter „fertig zu werden“. Man hat sich besonders in Deutschland an die Allmacht der chemischen Industrie auf allen Gebieten, in denen sie einmal mit synthetischen Produkten Naturprodukte verdrängen konnte, gewöhnt. Man war deshalb bis in die jüngste Zeit der Ansicht, daß sich die Dinge auch in der Stickstoff-Produktion unbedingt nach dem Willen der chemischen Industrie entwickeln müßten. Ein solcher Optimismus ist jedoch nur bei jenen chemischen Produktionen berechtigt, die — im wesentlichen auf einem einzigen Patent basierend — durch dieses Patent auch in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung stark bestimmt werden. Wo jedoch ein allgemein zugängliches Rohmaterial nach Methoden verarbeitet wird, die nicht lediglich durch ein entscheidendes Grundpatent zur Anwendung gelangen können — und das ist der Fall in der Stickstoffindustrie —, sind die Voraussetzungen für eine Herrschaft der Industrie nicht gegeben. Hätte man das alte Haber-Bosch-Verfahren in der Stellung erhalten können, die ihm zunächst technisch und patentrechtlich zuzukommen schien, so hätte sich vielleicht der Traum der Luftstickstoff-Industrie von der Alleinherrschaft auf ihrem Markt verwirklichen lassen, wobei man die Gewinnung von Nebenprodukt-Ammonsulfat gern in Kauf genommen hätte. Nun wurden aber nicht nur die Haber-Bosch-Patente während des Krieges in mehreren Ländern beschlagnahmt, sondern außerdem wurden zahlreiche andere Verfahren zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft ausgearbeitet, die grundsätzlich dem Haber-Bosch-Verfahren gleichwertig sind; und da überall auf der Welt das Ausgangsmaterial, die atmosphärische Luft, vorhanden ist, wurde eine ganze Anzahl von Stickstoff-Gewinnungsanlagen auf Grund dieser Verfahren entwickelt, ganz abgesehen davon, daß aus politischen Motiven auch solche Staaten neue Anlagen bauten, für die ein unmittelbares Bedürfnis nach eigenen Fabrikationsstätten nicht bestand.

Wenn die Vereinigten Staaten nach Möglichkeit von der Stickstoffversorgung durch europäische Länder unabhängig sein wollen, so spricht hierbei nicht nur die Furcht vor einer Bedrohung der Leistungs-

fähigkeit ihrer Landwirtschaft mit, sondern auch ein militärpolitischer Gesichtspunkt: die Versorgung der Sprengstoff- und Rüstungsindustrie. Das Werk in Muscle Shoals ist lediglich deshalb von der Regierung gebaut worden, es wird nach Feststellung seiner Unrentabilität unter den gegenwärtigen Preisverhältnissen nur deshalb in dauernder Betriebsbereitschaft gehalten, weil es mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von 40 000 t N eine Salpeterreserve für die Herstellung des Sprengstoffbedarfs der amerikanischen Rüstungsindustrie darstellt. Ähnlich denken zahlreiche europäische Staaten, die allerdings nicht kapitalkräftig genug sind, um sich den Luxus leisten zu können, ein Werk von ähnlichen Dimensionen für unabsehbare Zeit stilliegen zu lassen. Diese Länder, die heute neben Deutschland, England, Frankreich und Italien eine eigene Luftstickstoff-Industrie aufbauen, müssen deshalb ihre Fabriken schon in Friedenszeiten zu einer möglichst großen Rentabilität kommen lassen, d. h. sie müssen die Einfuhr von Stickstoff mit hohen Zöllen belasten. Auch dies ist eine Erscheinung, mit der man noch vor wenigen Jahren kaum gerechnet hatte. Addiert man die Produktion in Ländern wie Polen, Holland, Belgien, Tschechoslowakei, Spanien — und in Zukunft wohl auch bald noch Finnland, Schweden, Brasilien usw. (d. h. in Ländern, die sehr gut ohne eine eigene Stickstoffproduktion auskommen könnten, da sie leicht von benachbarten Stickstoffproduzenten beliefert werden könnten und weder besonders günstige Bedingungen für die Produktion noch einen großen Bedarf an Stickstoff haben) — so wird man wahrscheinlich schon in wenigen Jahren auf eine Produktion von mehreren 100 000 t N kommen.

Wo diese Produktion untergebracht werden soll, ist völlig zweifelhaft. Man hat sich in Europa lange Zeit damit getröstet, daß die tropischen und subtropischen Länder schlimmstenfalls alle Überschüsse der europäischen Produktion aufnehmen könnten. Aber dieser Trost scheint sich bereits heute als trügerisch zu erweisen. Wenigstens gegenwärtig besteht eine starke Überproduktion an Erzeugnissen, deren Anbau man noch vor kurzer Zeit als Stickstoffverbraucher von wachsender Bedeutung betrachten zu können geglaubt hat. Es ist z. B. kaum anzunehmen, daß die Besitzer von Baumwollplantagen die Verwendung stickstoffhaltiger Düngemittel forcieren werden, wenn sie dadurch ein unerwünschtes Mehr an Baumwollprodukten hervorrufen und damit den Erlös für ihr Endprodukt schmälern. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei Kautschuk und zahlreichen anderen Kulturen. Da die Überproduktion aus der Weltwirtschaft wahrscheinlich nur langsam verschwinden wird, so dürfte auch das, was wir mit einem etwas starken Ausdruck als „Furcht vor allzu günstigen Produktionsverhältnissen“ bezeichnen wollen, beim Bezug von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln noch auf Jahre hinaus erkennbar sein. Die Frage ist, wie weit die internationale Stickstoffindustrie diese Überlegung in der Praxis ihrer künftigen Politik berücksichtigen will.

¹⁾ Vgl. MdW, 6. Jahrg. 1930, Nr. 33, S. 1548 ff.

Luftstickstoff gegen Luftstickstoff

Im Lauf der Verhandlungen unter den Luftstickstoff-Industrien Europas hat sich gezeigt, daß die Gegensätze innerhalb dieser Industrien nach zwei Schnitlinien verlaufen. Die eine Linie findet einen territorialen Ausdruck insofern, als sie zwischen dem deutsch-englisch-norwegischen Block einerseits und den west-, süd- und osteuropäischen „Außenseitern“ andererseits zu ziehen ist. Dieser Trennungsstrich ist jetzt notdürftig verwischt worden. Die andere Linie aber, die viel tiefer geht, ist eine qualitative, die zum Ausdruck kommt in dem *Wettbewerb der einzelnen Düngemittel untereinander*. Man muß dabei unterscheiden zwischen der Konkurrenz unter den stickstoffhaltigen und den Kali- und Phosphor-betonten Düngemitteln, und jenem Wettbewerb, den sich die stickstoffhaltigen Düngemittel untereinander machen, wobei wir vom Chilesalpeter zunächst ganz absehen.

Zweifellos kann der Landwirt bei der Düngung einer der drei großen Pflanzennährkomponenten (Kali, Stickstoff, Phosphor) den Vorzug geben, allerdings nur in gewissen Grenzen, die ihm durch die Zahlungsbedingungen und die Propaganda gesetzt werden. Wir sehen z. B. in Amerika, wo das Mischdüngerprinzip viel älter ist als in Europa, daß gewisse „Moden“ den Anteil der einzelnen Komponenten an der Zusammensetzung der wichtigsten Mischdüngersorten beeinflusst haben. Was in einem ziemlich großen Umfang in Amerika seit Jahren der Fall ist, war zugleich in anderen Ländern zu beobachten. Die Propaganda der einzelnen Düngemittel hatte häufig beträchtliche Schwankungen im Absatz zur Folge. Der Kampf, den der Chilesalpeter auf propagandistischem Weg gegen die „synthetischen“ Stickstoffdünger geführt hat, ist noch in frischer Erinnerung. Ein solcher propagandistischer Kampf ist durchaus nicht nur zwischen solchen Düngersorten möglich, deren chemische Struktur ungefähr gleichartig ist. Die Wissenschaft von der Düngewirkung der Stoffe, die wir dem Boden zuführen, ist zwar stets sehr intensiv betrieben worden. Aber ihre Resultate sind keineswegs so fixiert, daß nicht immer noch Grenzverwischungen möglich wären. Für die Praxis ist außerdem entscheidend, daß der Landwirt diese Resultate kennt und anerkennt: Und das ist wiederum eine Frage der Propaganda.

Derartige Gesichtspunkte müssen wir seit einiger Zeit auch im engsten Kreis der Luftstickstoffdünger gelten lassen. Die Propaganda für den *schwefelsauren Ammoniak* hat glänzend gewirkt, zumal dieses Düngemittel unter den Stickstoffdüngern das billigste ist. Schon jetzt zeigt sich aber eine gewisse Reaktion. Bestimmte europäische Gebiete, die am längsten von dieser Propaganda bearbeitet worden sind, scheinen an einen Sättigungspunkt gelangt zu sein, dessen Überwindung durch die Lage der Landwirtschaft zwar besonders erschwert wird, der aber vielleicht auch eingetreten wäre, wenn die Konjunktur nicht eine solche Verschlechterung erfahren hätte. Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, ob die theoretischen Bedenken gegen eine allzu starke oder allzu

lange Verwendung des Ammoniaksulfats auf bestimmten Böden berechtigt sind oder nicht. Der Streit der Meinungen hierüber ist noch keineswegs abgeschlossen und wird wohl auch sobald nicht abgeschlossen werden können. Tatsache ist nur, daß die Luftstickstoff-Industrie zusammen mit der Montanindustrie das größte Interesse daran hat, den Absatz dieses Düngemittels zu forcieren, und daß andererseits physiologisch bedingte Wirkungen eingetreten sind, die den Landwirt bei der Verwendung dieses Salzes weit vorsichtiger gemacht haben, als dies vor Jahren der Fall war. Diese Erscheinung wurde zu einem guten Teil auch dadurch hervorgerufen, daß die Stickstoffindustrie die von ihr produzierten Qualitäten immer mehr variiert hat. Die Erkenntnis, daß Boden durchaus nicht gleich Boden ist, daß neben den chemischen und physiologischen Eigenschaften auch die klimatischen Verhältnisse eine wichtige Rolle spielen, ist aus wohl erwogenen Gründen von der Düngemittelindustrie jahrelang fast ganz ignoriert worden. Solange die Böden auf die chemischen Reizungen durch die einzelnen Kunstdüngersorten noch frisch reagierten, konnte diese Politik Erfolg haben. Heute ist das in Europa bereits anders geworden — infolgedessen macht man ähnliche Versuche in den Tropen. Die Erfahrungen der Engländer auf diesem Gebiet sind allerdings für eine Fortsetzung der bisher in der Düngemittelindustrie befolgten Prinzipien keineswegs günstig. Stickstoffhaltige Düngemittel, die in tropischen und subtropischen Ländern bestimmten Böden gut bekamen, haben in Ländern der englischen Interessenssphäre mit anderem Klima ausgesprochen schädlich gewirkt. Hier tritt also die Konkurrenz der einzelnen Düngemittel untereinander in dem Sinne in Erscheinung, daß die Variierung der dem Boden angebotenen künstlichen Nährmittel gesteigert werden muß, was wiederum mit wirtschaftlichen Auswirkungen wichtigster Art gleichbedeutend ist. Der Produktionsapparat wird kompliziert, die Lagerhaltung muß sich auf verhältnismäßig viele Sorten erstrecken, und daraus ergibt sich eine Erhöhung der finanziellen Belastungen und eine Verteuerung des Absatzapparats.

Insofern befindet sich aber die gesamte Düngemittelindustrie in einem krisenhaften Übergangszustand. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Stellung der *englischen Luftstickstoff-Industrie*. Diese ist in ihrem gegenwärtigen Umfang sozusagen „zwischen den Erkenntnissen“ entstanden. Sie hat noch nicht — wie die deutsche — die großen Reserven anzusammeln vermocht, die sich aus der Zeit der rücksichtslosen Massenproduktion mit geringer Gliederung des Produkts erzielen ließen. Sie ist aber noch auf die *Möglichkeit* dieses Verfahrens eingestellt und stößt dabei bereits heute, in einem verhältnismäßig jungen Stadium ihrer Entwicklung, auf große Schwierigkeiten. Die englische Stickstoffindustrie war geneigt, sich mit der deutschen zu verständigen, da sie für einen Konkurrenzkampf nicht die erforderliche Sicherheit der Produktions- und Absatzpolitik aufzubringen vermochte. Die deutsche

Stickstoffindustrie sucht bereits heute im oben ange deuteten Sinn weniger schematisch zu produzieren und zu verkaufen als in den ersten Jahren des großen mengenmäßigen Stickstoff-„booms“. Es tauchen immer neue Sorten auf, alte Sorten verschwinden. Die Nitrophoska-Sorten, von denen man zunächst nur zwei herausgebracht hatte, wurden vermehrt. Man wollte einen Universaldünger schaffen, auf den man große Hoffnungen gesetzt hatte, man mußte aber auch diesen „Universaldünger“ variieren. Ähnlich liegen die Dinge in anderen Ländern.

Die Verhältnisse werden also mit der Zeit sehr stark aufgelockert, und das erschwert selbstverständlich die Dirigierung des Marktes unter so einheitlichen

Produzentengesichtspunkten, wie man sie in der Luftstickstoff-Industrie noch vor vier bis fünf Jahren erwartet hatte. Die Luftstickstoff-Industrie, wie die gesamte Düngemittelindustrie überhaupt, wird sich in den nächsten Jahren entscheiden müssen, ob sie das alte Prinzip der Überschwemmung aller Märkte mit uniformen Massenprodukten aufgeben will oder nicht. Sie wird zu einer Entscheidung im positiven Sinne gezwungen werden durch die territoriale Konkurrenz innerhalb ihres engsten Kreises, durch die Konkurrenz des Chilesalpeters und durch den Wettbewerb von Kali und Phosphor. Sie wird erkennen müssen, daß es Monopole auf dem Gebiet der Düngemittelindustrie nicht mehr geben kann.

Glossen

Gesunde Finanzpolitik — gesunde Außenpolitik

Mit diesem Motto führte der Reichskanzler die Gesetzentwürfe für die Ordnung des Reichshaushalts im Jahre 1931 und die damit zusammenhängenden finanzpolitischen Maßnahmen vor dem Reichsrat ein. Der Reichsfinanz- und der Reichsarbeitsminister ergänzten seine Ausführungen. Der materielle Inhalt der Kanzler- und Ministerreden war dünn; er ging kaum über das hinaus, was über das Regierungsprogramm bereits bekannt ist. Um so stärker wurden die allgemeinen politischen Gesichtspunkte betont, die eine Annahme der Regierungsvorschläge für notwendig erscheinen lassen. In der Tat ließe sich allein unter diesen Gesichtspunkten die Zustimmung zu den vorgelegten Gesetzentwürfen rechtfertigen. Eine sachliche Einzelkritik behalten wir uns vor; sie wird sich namentlich auf den neuen *Reichsetat für 1931* zu erstrecken haben. Handelte es sich diesmal aber nur um die Aufstellung eines Reichshaushalts, so wäre das Problem nicht gar so groß. Es geht um mehr als um den Reichsetat, und da haben die Regierungsvorschläge bisher keine Lösung gefunden. Zum Kapitel der *Arbeitslosenversicherung* hat der Reichsarbeitsminister ausgeführt, er rechne mit keiner Steigerung der Arbeitslosenzahl, und er hat weiter betont, daß infolge der Neuordnung der Gesetzgebung die vom Reich betreuten Zweige der Arbeitslosenfürsorge, also die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge, ausreichend finanziert seien. Freilich mußte er zugeben: „Eine Gefahr besteht aber für die gemeindlich unterstützten Erwerbslosen.“ Dieser Gefahr setzt die Reichsregierung keinerlei Mittel entgegen; sie kürzt vielmehr die Steuerüberweisungen an *Länder und Gemeinden*, die mit zur Versorgung dieser Arbeitslosen dienen, um mehr als 400 Mill. RM. Dabei steht es schon heute mit einiger Sicherheit fest, daß die deutschen Gemeinden zum Teil schon im Laufe dieses Winters infolge ihrer Finanzlage außerstande sein werden, die Last der Wohlfahrtsaufwendungen zu tragen, die man ihnen vor sieben Jahren durch die Reichsgesetzgebung auferlegt hat. Für die verhältnismäßig optimistische Beurteilung der Zukunft des deutschen Arbeitsmarktes hat aber der Reichsarbeitsminister keine Argumente, sondern nur seinen guten Glauben anführen können. Er sieht deutlich die Gefahr, die dem Arbeitsmarkt aus dem

Wohnungsbauprogramm droht. Zur Abhilfe faßt er Verhandlungen mit den Hypothekenbanken ins Auge, die zweitstellige Hypothekarkredite gewähren sollen; wir glauben nicht, daß auf diesem Wege nennenswerte Erfolge erzielt werden können. Es ist zu befürchten, daß die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr nicht geringer sein wird als in diesem, und daß die politische Unsicherheit länger anhält, als die Reichsregierung meint. Was soll geschehen, wenn die deutschen Gemeinden die Arbeitslosen unversorgt lassen müssen? Wird Dr. Brüning dann auf die Umsatzsteuererhöhung zurückgreifen, die er vor dem Reichsrat als letzte Reserve bezeichnete? Wir glauben, daß diese in ihren Auswirkungen sehr fragwürdige Reserve nicht angetastet zu werden braucht, wenn die Besteuerung des Massenluxuskonsums noch rechtzeitig schärfer angezogen wird. Nach der Auffassung des Reichskanzlers ist es „vermessen“, eine erhöhte Besteuerung des Massenluxuskonsums zu empfehlen. Argumente hat Dr. Brüning für diese Ansicht nicht vorgebracht. Seine Vorschläge lassen nach wie vor die Anforderungen unerfüllt, die man an ein Sanierungsprogramm für die *gesamten öffentlichen Finanzen* stellen muß. In ihren Auswirkungen drohen sie eher zu einer Steigerung als zu einer Minderung der Arbeitslosigkeit zu führen. Begründete Hoffnungen auf eine Verbesserung des deutschen Auslandskredits können an ihre Durchführung nicht geknüpft werden, solange die drohende Gefahr kommunaler Finanzkatastrophen nicht gebannt wird.

Tabaksteuerreform im Interesse Badens

Die Interessen des Landes Baden werden von dem gegenwärtigen Reichsfinanzminister trefflich gewahrt; das Musterländle kann auf seinen Sohn Dietrich stolz sein. Badischer Weinbau verhindert die Wiedereinführung einer Weinststeuer, badische Schnapsbrennerei steht der erhöhten Besteuerung des Trinkbranntweins im Wege, von den Interessen des badischen Tabakbaus ist auch die Durchführung der Tabaksteuererhöhung bestimmt, die jetzt bekanntgeworden ist. Wie muß eine Lösung des Tabaksteuerproblems im „badischen“ Sinne aussehen? Sie muß das Schwerk Gewicht der Tabaksteuer möglichst auf die Seite der Rohstoffbesteuerung verlegen, der Auslandstabak ist

mit dem denkbar höchsten Zollsatz zu belasten, jede Besteuerung inländischen Rohstoffes hat zu unterbleiben. Dabei müssen selbstverständlich die fiskalischen Interessen des Reichs zu kurz kommen und ebenso zwangsläufig die Verbraucher mit einer Steuer belastet werden, die weit schwerer wiegt, als dem fiskalischen Ertrag angemessen wäre. Der bisherige Tabakzoll betrug 80 RM je dz und brachte einen Jahresertrag von etwa 90 Mill. RM. Nach dem Vorschlag des Reichsfinanzministers soll er auf das Fünffache, auf 400 RM je dz, erhöht werden. Die Mehrbelastung des Verbrauchs stellt sich also auf rund 360 Mill. RM jährlich. Gleichzeitig soll die Materialsteuer für Zigarettentabak um 3 RM je kg, also um mehr als den Betrag der Zollerhöhung, ermäßigt und die Banderolensteuer bei der Zigarette von 33 % auf 38 % erhöht werden. Die Senkung der Materialsteuer und die Erhöhung der Banderolensteuer gleichen sich annähernd aus, so daß sich insgesamt eine gleichmäßige Mehrbelastung der Tabakgewichtseinheit in allen Tabakprodukten ergibt. Bezeichnenderweise steht der Mehrbelastung der Verbraucher von 360 Mill. RM nach der eigenen Schätzung des Reichsfinanzministers ein optimaler Mehrertrag für den Fiskus von nur 240 Mill. RM gegenüber. Das Mißverhältnis zwischen Verbrauchsbelastung und fiskalischem Ertrag ist also eklatant. Davon abgesehen, soll hier ein Systemwandel vollzogen werden, der von einschneidender grundsätzlicher Bedeutung ist. Das bisherige Tabaksteuersystem war darauf angelegt, die Verteilung des Konsums auf die verschiedenen Tabakerzeugnisse möglichst aufrechtzuerhalten. Die jetzt beabsichtigte Änderung ist geeignet, der Zigarette plötzlich einen ungeheuren Vorsprung zu geben. Man darf annehmen, daß — in runden Zahlen gerechnet — das Kilogramm Zigarettentabak jetzt eine Steuermehrbelastung um etwa 10 %, das Kilogramm Zigarrentabak eine Mehrbelastung um etwa 70 %, das Kilogramm Rauchtobak dagegen eine Mehrbelastung um mehr als 100 % erfährt. Das Ergebnis wird natürlich eine Verbrauchsumschichtung sein; das arbeitsintensive Tabakgewerbe wird zugunsten der kapitalintensiven Zigarettenindustrie in seinem Absatz zurückgedrängt werden, der Tabakkonsum als solcher (nach Gewicht berechnet) wird zurückgehen — aber der badische Tabakbauer wird gute Preise erzielen. Diese vom Reichsfinanzminister vorgeschlagene Tabaksteuerreform entspricht in ihren Grundgedanken fast genau den Vorschlägen, die seinerzeit der Syndikus des Verbandes der deutschen Zigarettenindustrie an dieser Stelle entwickelt hat (vgl. Nr. 26, S. 1216). Die Kritik, die wir damals an dessen Vorschlägen übten, und das Steuerprogramm, das wir im Anschluß daran entwickelten, halten wir den Plänen des Reichsfinanzministers gegenüber, die eine politisch recht interessante Interessenkoalition zwischen den badischen Tabakbauern und dem Zigarettentrust herzustellen suchen, in vollem Umfang aufrecht. Die differenzierte Tabaksteuererhöhung, die wir in Nr. 43 ausführlicher dargelegt haben (vgl. S. 1988), ist fiskalisch wirkungsvoller und für den Verbrauch erträglicher als die Vorschläge des Reichsfinanzministers. Freilich werden die Interessen der badischen Tabakbauern dabei nicht so ausgiebig gewahrt und die Wünsche der Zigarettenindustrie nicht so berücksichtigt wie in dem Steuerprogramm Dietrichs.

Belieferung der Bezugsgemeinschaften — eine neue Kartell-Entscheidung

Man schreibt uns: „In dem Kampf, den der Handel mit Hilfe der organisierten Industrie gegen Bezugsgemeinschaften führt, hatte das Kartellgericht im Frühjahr dieses Jahres eine Stellung eingenommen, die im Magazin der Wirtschaft als unverständlich und abwegig bezeichnet wurde (vgl. Nr. 17, S. 785). Es handelte sich damals darum, daß der Norddeutsche Zementverband einer Reihe von Bezugsgemeinschaften den sogenannten Händlerrabatt vorenthielt. Das Kartellgericht lehnte es zunächst ab, die Rabattdifferenzierung unter den Begriff der sperrähnlichen (und damit genehmigungsbedürftigen) Maßnahmen zu subsumieren, und es sprach weiter aus, daß die Genossenschaften, wenigstens soweit sie nur ihre eigenen Mitglieder beliefern und nicht von dem Streben nach Kapitalgewinn geleitet sind, dem Handel nicht gleichzustellen seien; da sie mit dem Handel gar nicht konkurrierten, könnten sie auch nicht als gesperrt betrachtet werden. In einer soeben veröffentlichten Entscheidung vom 3. Oktober hat das Kartellgericht im Gegensatz hierzu einer Einkaufsgenossenschaft von Installateuren in Mannheim Anspruch auf genau die gleichen Rabatte, wie sie der Handel erhält, zugebilligt. Zwar wird die theoretische Stellungnahme nicht aufgegeben, aber die tatsächliche auffallend wohlwollende Prüfung des Sachverhalts zeigt, daß in der Praxis doch wohl ein Umschwung der Rechtsprechung zu verzeichnen ist. Der Vauelfa-Leitungsdrahtverband, in dem alle bedeutenden deutschen Hersteller zusammengeschlossen sind, gewährt seinen Abnehmern: Händlern, Installateuren, Behörden, Elektrizitätswerken usw., jeweils verschieden abgestufte Rabatte. Unter dem Druck des Handels, aber zugestandenermaßen ohne jedes eigene Interesse, wollte der Verband der Mannheimer Einkaufsgenossenschaft nicht mehr den Händlerrabatt gewähren, den sie bisher erhalten hatte und der ihr für anderen Installationsbedarf sowohl von einzelnen Lieferfirmen wie Kartellen auch eingeräumt wird. Das Kartellgericht gelangt auf Grund eingehender Feststellung über die Lagerhaltung, die Kapitalinvestition, die Kreditgebarung, den Abnehmerkreis und die Verkaufs- und Preispolitik der Genossenschaft zu dem Ergebnis, daß hier ein dem Handel gleichwertiger Geschäftsbetrieb vorliege. Zwar klammert sich das Urteil formell an die Feststellung, es würden auch etwa 12 % Nichtmitglieder beliefert; es muß aber gleichzeitig zugeben, daß diese Belieferung fremder Abnehmer erst im Laufe des Prozesses satzungsmäßig sanktioniert ist. Offenbar ist also diese Tatsache nicht der entscheidende Grund; vielmehr scheint das Kartellgericht zu der Einsicht gelangt zu sein, daß im Verhältnis zur Industrie Genossenschaften ebenso wie der Handel Organe der Absatzvermittlung sind und Anspruch auf gleiche Behandlung haben. Im Gegensatz zum Zementverbands-Gutachten wird hier auch die Höhe der Differenzierung für ausreichend erachtet, weil gerade in dem Händlerrabatt der alleinige Verdienst der Genossenschaft aus dem Leitungsdrahtgeschäft liege, der Gewinn aus anderen Geschäften aber nicht etwa zum Ausgleich herangezogen werden dürfe. Im Gegensatz zu dem Vorbescheid versagt das Kartellgericht seine Genehmigung zu der in der beabsichtigten Rabattdifferen-

zierung liegenden sperrähnlichen Maßnahme wegen der mit ihr verbundenen unbilligen wirtschaftlichen Beschränkung der Genossenschaft, für die dann das Leitungsdrahtgeschäft zwangsläufig zu einem Verlustgeschäft werden würde. Die Genossenschaft darf auch nach seiner Auffassung nicht auf den Bezug aus dem Ausland verwiesen werden (alle bedeutenden inländischen Hersteller gehören ja dem Verband an), und ebensowenig ist ihr die Aufgabe dieses für Installationsgeschäfte unerlässlichen Artikels zuzumuten. Hoffentlich hat das Kartellgericht mit dieser Entscheidung, auch wenn ihre Begründung nur auf den Einzelfall abgestellt ist und prinzipielle Leitsätze nicht enthält, allen Versuchen der Diffamierung von Bezugsgemeinschaften endgültig einen Riegel vorgeschoben.“

Kartellverordnung gegen den Tapetenhandel

Seitdem das Wirtschaftsministerium mit der Kartellverordnung verschärfte Machtmittel in der Hand hat, konnte es auch ohne ihre förmliche Anwendung einige Erfolge erzielen. Nun hat sich die Regierung zum erstenmal nicht damit begnügt, durch Verhandlung mit den beteiligten Gruppen einen Preisabbau oder eine Milderung des Kartellzwangs zu erreichen, sondern sie schritt zu einer Verfügung auf Grund der Verordnung und hob die Preisabreden eines Kartells auf — des Hauptvereins Deutscher Tapetenhändler. Der Tapetenhandel kann wohl nicht gerade als ein Schlüsselgewerbe von besonders großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung betrachtet werden, und der Hauptverein umfaßt noch nicht einmal den gesamten Tapetenhandel; überdies entfällt von der (freilich sehr hohen) Spanne zwischen dem Fabrik- und dem Verbraucherpreis der weitaus größere Teil nicht auf den Handel, sondern auf die Handwerksmeister, gegen deren ebenfalls kartellmäßig gebundene Klebelöhne man nicht vorzugehen wagte. Schließlich ist auch noch auf Grund der besonderen Sachlage im Tapetenhandel zu befürchten, daß der Verbraucher keinen wesentlichen Nutzen von der Aufhebung der Kartellbindungen hat, sondern nur die Zwischenhand zwischen ihm und dem Händler: der Tapezierer und Anstreicher, der Architekt und Hausbesitzer, kurz alle diejenigen, die dem Tapetenhandel die Kundschaft zuführen und dafür eine Provision empfangen wie Agenten. 95 % des Umsatzes sollen bei den Mitgliedern des Hauptvereins derartigen Provisionen unterliegen, und sie werden nun einsetzenden Konkurrenzkampf voraussichtlich erhöht — teilweise auf Kosten preiswerter Bedienung des Verbrauchers. Man kann also kaum sagen, daß das Reichswirtschaftsministerium für ein erstes Vorgehen auf Grund der Kartellverordnung ein restlos geeignetes Gebiet ausgesucht habe. Andererseits ist zu bedenken, daß doch die Vereinbarungen außerhalb und innerhalb des Hauptvereins die entscheidende Stütze für die Handelsspanne darstellen, obwohl nicht die ganze Spanne zwischen Fabrik- und Verbraucherpreis auf den Handel entfällt und der Verein nicht den ganzen Handel kontrolliert. Der Handel weiß zwar die hohe Handelsspanne zu begründen, und man darf ihm schon glauben, daß sie bei der gegenwärtigen Struktur des Tapetenvertriebs für die Existenz der einzelnen Händler nötig ist. Aber diese Struktur ist anscheinend unter dem Einfluß des Kartells unwirtschaftlich geworden. Da der

organisierte Tapetenhandel auf jeden Wettbewerb in Preis und Qualität der Ware verzichtete — nichts Geringeres war der Inhalt der Vereinbarungen —, verschob sich der Konkurrenzkampf auf andere Gebiete. Man legte sich eine große Auswahl von Mustern zu, machte übermäßigen Aufwand an Ladenmiete und -ausstattung, zog einen unverhältnismäßig großen Vertreterapparat heran, der mit kostspieligen Musterkarten versorgt werden mußte, und gab schließlich jedem Kundenbringer hohe Provisionen. Dies alles konnte man sich erlauben, da man die Preise gemeinsam festsetzte und all diese Unkosten einkalkulieren konnte. Im Ergebnis bedeutete das System zwar keine besondere Bereicherung für den einzelnen Händler, aber eine unnötige Steigerung der Preise. Ähnliche Unwirtschaftlichkeiten sind allerdings auch von den Kartellen anderer Gewerbe häufig hervorgerufen worden. Daß die Regierung in einem Fall durchgriff, der gesamtwirtschaftlich nicht gerade zu den wichtigsten gehört, geschah hoffentlich mit Absicht. Das „Principiis obsta!“ wird an einem solchen Fall besonders deutlich. Deshalb wird man wohl die Auswirkungen dieses ministeriellen Strebens nach einer Wiederherstellung gesunder Wirtschaftsgrundsätze bald auch in wichtigeren Zweigen der deutschen Wirtschaft sehen können.

Syndizierung der Zellstoffindustrie

Als wir vor drei Wochen über die vorläufige Vereinbarung einer Produktionseinschränkung in der europäischen Zellstoffindustrie berichteten (vgl. Nr. 42, S. 1955), warfen wir die Frage auf, ob der jetzt eingeschlagene Weg zu einer schärferen internationalen Kartellierung oder wieder zu einer Auflösung der Vereinbarung führen werde. Auch die beteiligten Industriellen sind offenbar der Meinung, daß es nur den einen oder anderen Weg gibt, denn sie sind bereits dabei, die Kartellorganisation fester zu gestalten. Jedenfalls gilt das für Deutschland, das zwar dem Produktionsumfang nach unter den beteiligten Ländern erst an zweiter Stelle steht, aber bei den Kartellverhandlungen wohl mehr Initiative entfaltet als die größere schwedische Industrie. So ist es ein Symptom auch für die internationalen Bestrebungen, daß gerade jetzt — noch vor der endgültigen Ratifizierung der europäischen Vereinbarung — die deutschen Zellstoffherzeuger ihr bisheriges Preiskartell nicht nur in ein Quotenkartell, sondern in ein Syndikat mit zentralem Verkauf umwandeln wollen. Erst vor zweieinhalb Jahren ist es zu einer festen Kartellierung für den Hauptteil der Zelluloseproduktion gekommen; damals wurde die *Sulfit-Zellstoff GmbH* gegründet. Allerdings bestand eine gewisse unverbindliche Fühlungnahme auch über die Preispolitik und eine Verkaufsstatistik schon seit Jahren im Rahmen des Vereins deutscher Zellstoff-Fabrikanten; die Kriegswirtschaft hatte ebenfalls in dieser Richtung gewirkt und zur Einführung von Richtpreisen geführt. Aber erst bei der Gründung der besonderen Kartellorganisation kam es zu bindender Festsetzung von Preisen und Rabatten. Solange die gute Konjunktur und — in den letzten Monaten — die langfristigen Abschlüsse im wesentlichen volle Beschäftigung sicherten, brauchte das Kartell keine andere Funktion zu übernehmen. Nun drohte aber eine starke Überproduktion, und wenn sie eingetreten wäre, hätte sie wohl

auch den Fortbestand des noch jungen Kartells in Frage gestellt. In der benachbarten Papierindustrie sah man das Beispiel vor sich. Es mag sein, daß diese Aussicht mit dazu beigetragen hat, die europäischen Verhandlungen in Gang zu bringen. Durch eine gewisse Bindung der nächsten und wichtigsten Konkurrenten schuf man sich die Basis für eine Erzeugungsregelung in Deutschland — die einzige Möglichkeit, dem Kartell Bestand zu verleihen. Nun geht man zugleich auch einen Schritt weiter zur Einführung des *gemeinsamen Verkaufs*, der nicht nur die Einhaltung der Kartellbestimmungen sichert, sondern vor allem auch die Neigung, wieder einmal auseinanderzugehen, stark vermindern muß, weil er den Vertriebsapparat des einzelnen Unternehmens weitgehend zerstört. Das Produkt ist für eine solche Organisation gut geeignet, weil es nur in verhältnismäßig wenigen und nicht schwer einzustufenden Qualitäten auf den Markt kommt, und vor allem deshalb, weil es an eine nicht allzu große Zahl weiterverarbeitender Betriebe verkauft wird. Ein sehr großer Teil des Geschäfts entfällt ferner auf Jahresabschlüsse. Eine wesentliche Konkurrenz ist nicht vorhanden. Zwar gibt es neben dem Sulfat auch den Sulfat- und Natron-Zellstoff, aber praktisch ohne wesentlichen Wettbewerb. Mit Zellstoff zusammen werden in veränderlichem Mengenverhältnis noch andere Faserstoffe verarbeitet, Holzschliff auf der einen und Textilstoffe, wie Lumpen und Linters, auf der anderen Seite. Aber auch das schränkt die Kartellmacht nicht wesentlich ein, denn die Qualitäts- und Preisdifferenzen sind sehr erheblich. So kann man nur hoffen, daß das eigene Interesse an einer möglichst großen Erzeugung die Kartellmitglieder davon abhält, eine rücksichtslose Preispolitik zu treiben.

Mangelhafte Rationalisierung im Klavierbau

Die deutsche Klavierindustrie ist in einer wenig beneidenswerten Lage; die Nachfrage nach ihren Fabrikaten geht ständig zurück. Zwar ist das Bedürfnis nach Musik in Deutschland sicherlich nicht kleiner als vor dem Krieg. Aber es wird durch Radio, Grammophon, durch Mundharmonika und Gitarre stärker befriedigt als durch die großen Tasteninstrumente: Klavier, Flügel und Harmonium, auf denen sich in den letzten Jahrzehnten die Musikpflege hauptsächlich betätigte. Für die langdauernde und teure Ausbildung im Klavierspiel reichen heute weder die Einkommen der wichtigsten Käuferschicht, des Mittelstandes, noch die Zeit der sporthungrigen Jugend aus. Infolgedessen ist der Absatz dieser Industrie rapide gesunken; die Produktion blieb im Jahre 1929 mengenmäßig um schätzungsweise 60 % hinter dem Absatz von 1915 zurück, und im Laufe des Jahres 1930 hat sich die Lage noch weiter verschlechtert (vgl. Nr. 34, S. 1601, und Nr. 37, S. 1731). Man sollte annehmen, daß dieser Druck zu scharfen Rationalisierungsmaßnahmen in technischer und organisatorischer Hinsicht gezwungen hätte. Das ist aber, wie in der neuesten Veröffentlichung des *Enquête-Ausschusses* über „Die Industrie der Großmusikinstrumente“ (I. Unterausschuß, 5. Arbeitsgruppe) ausführlich dargelegt wird, bisher keineswegs der Fall gewesen, obwohl vor allem auf dem Gebiet der *Typisierung und Normung* erfolgreiche

Maßnahmen ohne allzu großen Kapitalaufwand und ohne übergroße Investitionen leicht durchzuführen wären. Eine „Klavierfabrik“ ist eher einer Montagewerkstätte als einer eigentlichen Fabrik vergleichbar. Ihre „Rohstoffe“ sind größtenteils komplizierte Bestandteile, Pianomechaniken und Klaviaturen, die von den „Bestandteilmfabriken“ fertig bezogen werden. Die Zahl der einzelnen Fabrikate ist nun außerordentlich groß. Nur in seltenen Ausnahmefällen lassen sich jedoch die verschiedenen Bestandteile miteinander austauschen: Im allgemeinen sind die Teile des einen Fabrikats für kein anderes Instrument zu verwenden. Die starke Zersplitterung der Fertigfabriken hat also eine ebenso starke Produktionszersplitterung in den Bestandteilmfabriken zur Voraussetzung und zur Folge. Hier Wandel zu schaffen, wäre eine dankbare Aufgabe. Gewiß hängt ein Hauptwert der verschiedenen Marken, die *individuelle Klangfarbe*, weitgehend von der Konstruktion einzelner Bestandteile ab; aber eine Reduzierung der großen Typenzahl wäre zweifellos leicht durchzuführen. Dies Problem ist nicht neu; die Sachverständigen haben es vor dem Enquête-Ausschuß ausführlich erörtert; die amerikanische Konkurrenz führt den Exporteuren täglich die Vorteile einer Bestandteil-Typisierung vor Augen. Aber der Lösung des Problems steht ein wichtiges Hemmnis entgegen: Die Klavierindustrie ist „furchtbar eigenbrötlerisch“, wie ein Sachverständiger es ausdrückte. Typisierungsversuche sind immer wieder unternommen worden, aber stets am — aktiven und passiven — Widerstand der einzelnen Firmen gescheitert. Einen der wenigen Auswege aus dem doppelten Druck vergrößerter Kapazität und sinkenden Bedarfs hat die Industrie damit verschmäht. Wir fürchten, daß sich die Lage nicht wesentlich bessern wird, wenn nicht in dieser Hinsicht bald energische Maßnahmen ergriffen werden.

Mißglückter Zusammenschluß in der Maschinenindustrie

Die Bankfirma Ephraim Meyer & Sohn in Hannover hat seit ihrem vor einer Reihe von Jahren erfolgten Besitzwechsel in industriellen Transaktionen eine unglückliche Hand. Wir erinnern an die Ende 1927 durchgeführte Verbindung der Lüdenscheider Metallwerke AG mit den Vereinigten Elektrotechnischen Fabriken Busch-Jäger. Damals hatte es den Anschein, als würden die Lüdenscheider Metallwerke förmlich gezwungen, die Majorität von Busch zum Kurse von 113 % zu übernehmen, während der Börsenkurs der Busch-Aktien gleichzeitig nur 94¼ % betrug. Ähnlich ist die Bankfirma Mitte 1928 mit den von ihr kontrollierten Maschinenfabriken, der *Lindener Eisen- und Stahlwerke AG*, Hannover, und der *Braunschweigischen Maschinenbauanstalt*, verfahren. Die Firma Ephraim Meyer & Sohn hat damals aus dem Besitz des Zuckerkonzerns Rabbethge die Aktienmajorität der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt übernommen und offenbar mit erheblichem Zwischengewinn an die von der selben Bankfirma beherrschte Lindener Eisen- und Stahlwerke AG verkauft. Anschließend wurde die Braunschweigische Maschinenbauanstalt gegen den Willen der übrigen Verwaltungsmitglieder dazu veranlaßt, 500 000 RM Aktien der Lindener Eisenwerke zu über-

nehmen. Schon damals war Kritik daran zu üben, wie sich die Bankfirma Meyer über die Meinung ihrer Kollegen innerhalb der Verwaltung der Industriegesellschaften hinwegsetzte. Jetzt zeigt sich deutlich, daß jene Geschäfte nicht auf einem industriell zweckmäßigen Plan beruhten. Die Lindener Eisen- und Stahlwerke AG muß ihr Kapital im Verhältnis von 2:1 zusammenlegen; gleichzeitig hat man sich entschlossen, den Aktienaustausch wieder rückgängig zu machen. Die Braunschweigische Maschinenbauanstalt gibt also 500 000 RM Lindener Aktien zurück und umgekehrt die Lindener Eisen- und Stahlwerke 500 000 RM Braunschweigische Maschinenbau-Aktien, während die dann noch bei Linden verbleibenden Braunschweiger Maschinen-Aktien anscheinend anderweitig verkauft werden sollen. Völlig unbekannt ist noch, wie die finanzielle Auseinandersetzung erfolgt, das heißt ob nur Aktie gegen Aktie zurückgetauscht wird oder ob auch Ausgleichszahlungen bewerkstelligt werden müssen. Immerhin ist bereits bekannt, daß sich die Braunschweigische Maschinenbauanstalt unter der Herrschaft der Hannoverschen Gruppe ungünstig entwickelt hat. Während vorher kleine Ausschüttungen erfolgten, ist jetzt ein Verlust von etwa 75 000 RM zu erwarten. Die freien Aktionäre der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt haben also Anlaß zu prüfen, wieweit die Hannoversche Gruppe bei ihren Aktientransaktionen und sonstigen geschäftlichen Maßnahmen die Pflichten, die ihr die Stellung in der Verwaltung auferlegte, innegehalten hat.

Ein neues Kapitel Berliner Verkehrs„politik“

Als wir an dieser Stelle die Jahresbilanz der *Berliner Verkehrs AG (BVG)* für 1929 besprachen, mußten wir darauf hinweisen, daß der *Gewinn ausweis des Unternehmens rein fiktiv sei* (Nr. 52, S. 1505). Er wurde dadurch ermöglicht, daß die Abrechnung der für den Untergrundbahnbau aufgenommenen Anleihen zwischen der Nord-Süd-Bahn AG, der Tochtergesellschaft der BVG, die ihre Bauten ausführt, und der BVG selbst nicht rechtzeitig durchgeführt, der Anleihendienst also bei der Nord-Süd-Bahn auf Baukonto (als Bauzinsen) aktiviert wurde, statt zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung der BVG selbst verrechnet zu werden. Die Direktion der BVG wußte auf diesen Vorwurf nichts zu erwidern; sie wiederholt offenbar unbekümmert in ihrer Semestralbilanz zum 30. Juni 1930 den Fehler und weist 7 Mill. RM Reingewinn aus, die schwerlich vorhanden sein könnten, wenn wirklich der volle Zinsendienst zu Lasten der BVG verrechnet wäre. Sie vertritt die Auffassung, daß ein namhafter Teil der Schnellbahnbaukosten nicht zu Lasten der BVG verrechnet, sondern von der Stadt selbst übernommen werden sollte, und hat wohl aus diesem Grunde die Berücksichtigung des vollen Zinsendienstes nicht für erforderlich gehalten. Wäre die Finanzlage der Stadt Berlin nicht so ungünstig, so müßte man in der Tat diesen Ausweg begrüßen. So wie die Dinge liegen, erscheint es uns aber richtiger, die BVG mit den Anleihekosten zu belasten; die Ergebnisse dieses Jahres dürften bewiesen haben, daß die BVG tatsächlich bei Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Tarifs und sparsamer Wirtschaftsführung in der Lage ist, sogar die unsinnigen Unter-

grundbahnbauten der letzten Jahre aus den Gewinnen von Straßenbahn und Autobus zu verzinsen und zu amortisieren. Eine Entlastung der BVG von diesen Verpflichtungen würde auch keineswegs zu einer Tarifsenkung führen, sondern dem Unternehmen womöglich Veranlassung geben, die unrationelle Verkehrspolitik weiter zu betreiben, die für die Zeit bis zum Ende vorigen Jahres charakteristisch ist. Dieser Verkehrspolitik war in der Person von Dr. *Majerczik*, dem Verkehrsdirektor der BVG, ein Gegner entstanden. Minutiöse Durcharbeitung des Berliner Verkehrssystems, sorgfältige Kritik des Beschaffungsprogramms und die Durchführung jeder möglichen Einschränkung schufen die Voraussetzungen für die Minderung der Personalkosten, die kürzlich durchgeführt wurde, und für eine Einschränkung der Sachausgaben. Als Dr. *Majerczik* im Sommer zu einer Tarifreform schreiten wollte, um dem Verkehrsrückgang zu begegnen, stieß er aber auf den Widerstand des Aufsichtsratsvorsitzenden *Reuter*, der seinerseits Gegenprojekte ausarbeitete, deren Dilettantismus verblüffend war. Das Ergebnis war ein Kompromiß, für den *Majerczik* die Verantwortung aufgebürdet wurde, mit dem aber doch erreicht wurde, was beabsichtigt war: Minderung eines fiktiven „Umsteigeverkehrs“, Zurückdrängung des mit hohen Betriebskosten belasteten Autobusverkehrs und eine namhafte Erhöhung der Einnahme je Fahrgast. Als Folge der damaligen Auseinandersetzungen blieb ein tiefes Zerwürfnis zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und *Majerczik* bestehen; die Diskussion über die Tarifreform hatte dazu geführt, daß dieser die Empörung, die die Berliner Verkehrspolitik bei jedem sachlichen Beurteiler hervorrufen muß, zum Ausdruck brachte und vor allem kein Hehl daraus machte, daß er ihr Kernstück, die neuen Berliner Schnellbahnbauten, für einen verhängnisvollen Fehlgriff hielt. Die Folge davon war, daß *Majerczik* schon im September dem Aufsichtsratsvorsitzenden erklärte, er gedenke, bei Ablauf seines Vertrages Mitte nächsten Jahres aus dem Vorstand der BVG auszuschcheiden. In jedem vernünftig geleiteten Unternehmen bemüht man sich, Direktoren, die mehr Geld verdient als gekostet haben, zu halten; nicht so bei der BVG. Der Aufsichtsratsvorsitzende war froh, den Nörgler, der die unglaublichen Fehlgriffe der städtischen Verkehrspolitik erkannt hatte und imstande war, den Wust von Korruption und Demagogie, der zu ihnen geführt hatte, zu durchschauen, endlich los zu sein, und sann darauf, nach außen hin dem Ausscheiden von *Majerczik* den Anstrich der Unfreiwilligkeit zu geben. Man beschloß, den Posten des Verkehrsdirektors bei der BVG einzuziehen. Es wird in Zukunft bei diesem Unternehmen keinen Direktor mehr geben, der den Ausbau des Berliner Verkehrsnetzes unter verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet und Tarifpolitik und Verkehrsnetz aufeinander abstimmt.

Folgen der Agrarzölle

Man schreibt uns: „Nach den letzten Verordnungen von Ende Oktober ist nicht eine einzige einfuhrsfähige landwirtschaftliche Ware mehr verblieben. Die Roggenstützung hat die aus den Zollerträgen abgezweigten 104 Mill. RM so in Anspruch genommen, daß nach den großen Ausschüttungen vom letzten Sommer für Ausfuhr-

prämien nichts mehr verfügbar ist. Man hätte unter diesen Umständen annehmen können, daß Minister Schiele eine bescheidene Lücke im Zolltarif, die eine Art örtlich begrenzten Einfuhrschein-Ersatzes darstellt, mit Erleichterung begrüßen würde. Die Öffentlichkeit ist erst in den letzten Tagen auf sie aufmerksam geworden; eine kleine Anzahl geschickter Firmen hat sie freilich seit langem schon — mit früher durchaus normalen und erst nach der letzten Weizen Zoll-Erhöhung beträchtlich gestiegenen Verdiensten — auszunutzen verstanden. Nach der Lager- und Zollordnung von 1906 hat nämlich eine Reihe von Lagerhäusern in Königsberg (und, was jetzt nicht mehr in Frage kommt, auch in Danzig) das Recht, als sogenannte Gemischte Transitlager zu arbeiten. Die Bedeutung dieser gemischten Transitlager liegt darin, daß für sie, im Gegensatz sogar zu den Freihafenlagern, ein Identitätsnachweis nicht gefordert wird. Man kann also auf ihnen schlechte, den Mindestanforderungen des Zolles genügende Inlandsware Tonne für Tonne gegen beste Auslandsware tauschen, ohne diese verzollen zu müssen. Auf die Frage, ob das einen Verlust an Zoll für das Reich darstellt, soll hier nicht eingegangen werden, da diese gemischten Transitlager nach einer Blüte von wenigen Tagen aufgehoben worden sind. Die Erörterungen um sie und die gleichzeitige Einstellung der Einfuhrscheinergabe für die letzten noch einfuhrscheinfähig verbliebenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben aber blitzartig die Lage beleuchtet, in die sich Minister Schiele hereinmanövriert hat: er ist gegen seinen Willen in das alte französische Schutzzollsystem hineingekommen. Der Unterschied zwischen dem französischen und dem deutschen landwirtschaftlichen Schutzzoll in den Jahrzehnten vor dem Krieg lag darin, daß sich Méline, der Vater der französischen, landwirtschaftlichen Schutzpolitik, bewußt darauf beschränkte, durch einen hohen Zoll die Einfuhr fremden Getreides möglichst fernzuhalten. Die Preisbildung im Land dagegen sollte sich frei entwickeln, da bei einer guten Ernte der Landwirt mit niedrigeren Preisen zufrieden sein müsse als bei einer schlechten; wurde diese gar zu klein, der Preis überhoch, so blieb noch immer die gelegentlich sogar benutzte Möglichkeit, die Zölle vorübergehend zu verringern oder außer Kraft zu setzen. In Deutschland ging man von anderen Grundsätzen aus: Zwar mag bei der Einführung der Einfuhrscheine unter Caprivi hie und da die Überzeugung vorhanden gewesen sein, daß es sich um ein technisches Mittel handle, den Austausch zwischen Ost und West zu erleichtern. Aber die Führer des damaligen Bundes der Landwirte erkannten rasch genug, daß hier eine Möglichkeit, vielleicht die einzige, gegeben sei, die landwirtschaftlichen Schutzzölle ‚effektiv‘ zu machen. Diese Bedeutung des Einfuhrscheins ist je länger desto mehr in den Vordergrund getreten, und man kann sagen, sie ist in der Nachkriegszeit fast seine einzige gewesen. Deswegen muß die Sperre für Einfuhrscheine, die das vorjährige Haushaltsgesetz aussprach, den Befürwortern der angemessenen Preise ein schwerer Schlag gewesen sein. Oft genug ist ja auch der Versuch gemacht worden, neue Mittel für die Prämierung der Ausfuhr frei zu machen — infolge der schlechten Lage unserer Reichsfinanzen erfreulicherweise ohne Erfolg. So hat man sich allmählich vom deutschen Zustand auf den (früheren)

französischen zurückentwickelt, der noch immer die größere Logik für sich in Anspruch nehmen darf, obgleich er selbst im Land seiner Entstehung jetzt zugunsten der deutschen Erfindungen verlassen worden ist. Vollständig erreicht hat man ihn erst in der letzten Woche — hoffentlich auf recht lange Zeit.“

Ein Fürsprecher der Brennereibesitzer

Herr O. F. hat nach acht Wochen entdeckt, daß unser Aufsatz über die Reform des Branntweinmonopols in Nr. 36 eine Replik verdiene („Deutsche Tageszeitung“ Nr. 517 vom 2. November). Er hat es uns schwer gemacht, ihm zu antworten, denn wir sind in Polemiken, die sich durch ungehörigen Ton als das Produkt von Wutausbrüchen darstellen, nicht geübt. Wir müssen darauf verzichten, mit der guten Kinderstube des Herrn O. F. in Wettbewerb zu treten, und wollen uns bemühen — wenn das auch nicht leicht ist —, aus den Trompetentönen seines Geschimpfes Takt und Melodie einer gegensätzlichen Grundauffassung zu deuten. O. F. erhebt gegen uns zunächst den Vorwurf, wir hätten zu dem Bericht des Enquête-Ausschusses zu einer Zeit Stellung genommen, als er sich noch in Vorbereitung befand. Dieser Vorwurf ist unbegründet; der Bericht hat uns in einem vollständigen, ordnungsmäßig broschierten und in keiner Hinsicht ein Vorbereitungsstadium andeutenden Exemplar vorgelegen, das auf normalem Weg in unsere Hände gelangt ist. Wir haben die Kenntnis des Enquête-Berichts auch nicht einem Mitglied des landwirtschaftlichen Unterausschusses der Enquête oder dessen Sekretariat verdankt. O. F. unterstellt uns weiter, wir hätten dargelegt, „daß eine Reform . . . nur im Sinne oder gar nach den Wünschen der Linkskreise von dem Enquête-Ausschuß gefordert wird“. O. F. liest — um es gelinde auszudrücken — ungenau. Wir haben ausdrücklich festgestellt (Nr. 36, S. 1660), daß der Ausschuß aus dem Ergebnis seiner Erhebungen keine Folgerungen gezogen habe und das offenbar der Öffentlichkeit und der Reichsregierung überlasse. Ein weiterer Vorwurf: wir hätten von einer falschen Absatzpolitik des Branntweinmonopols gesprochen, die Überfüllung seiner Lager aber nicht auf die Minderung des Trinkbranntweinabsatzes zurückgeführt. Kann O. F. dartun, wie der (im übrigen mindestens zum Teil voraussehbare) Rückgang des Trinkbranntweinabsatzes um insgesamt etwa 500 000 hl die Ansammlung eines Bestandes von 1,6 Mill. hl erklären soll? Hätten die Vorräte bei Beginn dieses Kampagnejahres nur 1,5 Mill. hl betragen, so wären sie immer noch viel zu groß gewesen; die Minderung des Trinkbranntweinabsatzes ist also für die Lageranhäufung fast bedeutungslos; diese ist auf die falsche Politik des Branntweinmonopols zurückzuführen, die unter dem Druck der landwirtschaftlichen Interessenten betrieben wurde. Wenn wir von der Spiritusbeimischung nicht sprachen, so geschah das, weil wir — was O. F. bekannt sein mußte — von den Maßnahmen der Zwangswirtschaft nichts halten und der Auffassung sind, daß sie besser unterbleiben würden. Jeden Rest von Besinnung verliert O. F. bei der Erörterung der von uns angeregten Neuverteilung der landwirtschaftlichen Brennrechte. Den Lesern der „Deutschen Tageszeitung“ wird von

O. F. auseinandergesetzt, daß die Bodenbeschaffenheit der Brennereigüter eine Funktion ihrer Brennerei sei. Daß sich in der Provinz Sachsen Brennereigüter befinden, deren Boden die Fruchtfolge Zuckerrüben—Weizen erlaubt, ist seiner Auffassung nach darauf zurückzuführen, daß sich dort Brennereien befinden; bei denjenigen Rübenwirtschaften, die über keine Brennereien verfügen, ist nämlich ein Wunder geschehen. Daß Güter mit Boden ausgestattet sind, der zu über 50 % der Ackerfläche klee-fähig ist (dies ist in den ersten vier Bonitätsklassen des Enquête-Berichts der Fall, von denen wir behaupteten, daß sie auch ohne Brennerei bestehen könnten), ist ebenfalls nur der Brennerei zu danken. Zu Fehlleistungen dieser Art ist man wohl erst imstande, wenn man jahrzehntelang die „Agrarpolitik“ des Landbundes vertreten hat. Schließlich verfälscht O. F. auch noch den Enquête-Bericht. Der Bericht vergleicht an zwei Stellen (S. 82 und S. 83) die Kartoffelerträge der Brennereigüter mit denen der übrigen Landwirtschaft. Der ersten Gegenüberstellung schickt er diesen Kommentar voraus:

„Für den Durchschnitt der Jahre 1924—1927 ergeben sich... außer einem etwas stärkeren Kartoffelanbau der Brennereigüter keine nennenswerten Unterschiede, weder im Intensitätsgrade des gesamten Anbauverhältnisses, noch im Nutzviehbestand, noch in der Milchleistung und in den Kartoffelerträgen.“

Verglichen werden dabei Hackfruchtwirtschaften mit über 200 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche mit Brennereigütern; der Ausschuß betont, daß es sich um Wirtschaften gleicher Ertragswertklasse handelt. O. F. kann diesen Vergleich nicht brauchen. Er verwendet den zweiten, bei dem der Kartoffelertrag der Brennereigüter dem Durchschnittsertrag der Provinzen gegenübergestellt wird. Der Enquête-Ausschuß hat diesem Vergleich ausdrücklich die Bemerkung hinzugefügt, daß ihm keine Beweiskraft hinsichtlich der besonderen Leistungen der Brennereigüter zukäme, „da im Osten der Hektarertrag der Großbetriebe an sich schon über dem Durchschnitt liegt“. Gleichwohl gibt O. F. diesen Vergleich wieder und verzichtet auf ein Zitat der vorangehenden, seiner Polemik nicht dienlichen Gegenüberstellung. Der Inhalt seiner Polemik steht auf demselben Niveau wie ihr Ton. Es muß traurig um die Sache der Brennereibesitzer bestellt sein, wenn sie solcher Fürsprecher bedarf.

Emissionsbeschränkung der Realkredit-Institute

Anfang Oktober war in einer vom Reichswirtschaftsministerium einberufenen Konferenz, an der

neben den privaten Bodenkredit-Instituten die öffentlichen Realkredit-Anstalten und die kommunalen Giro-Organisationen teilnahmen, beschlossen worden, trotz der ungünstigen Wendung auf dem Kapitalmarkt zunächst einen Monat lang an dem 7 %igen Emissionstyp festzuhalten. Die Hoffnung, daß sich die Stockung im Absatz als vorübergehend erweisen werde, hat sich nicht erfüllt, und so ist man Anfang November wiederum zusammengetreten, um zu der Frage der Nominalverzinsung erneut Stellung zu nehmen. 7 %ige Werte sind bei einem Kursstand von jetzt etwa 91 % nur zu einem Auszahlungskurs unterzubringen, da die Realverzinsung sich auf 8 % oder darüber erhöht. Unter normalen Umständen würde bei dieser Sachlage zweifellos eine Rückkehr zum 8 %igen

Typ erfolgen. Heute sind die Verhältnisse aber anders. Die seit Jahresbeginn gesunkene Zinskurve ist zweifellos nur durch die politische Vertrauenserschütterung wieder nach oben umgebogen worden. Man möchte nicht durch Wiederaufnahme 8 %iger Emissionen den Eindruck erwecken, als sei es mit dem Rückgang der Zinssätze bis auf weiteres überhaupt vorbei. Das waren schon die Erwägungen, von denen man sich bei dem Anfang Oktober gefaßten Beschluß hat leiten lassen. Inzwischen hat sich die Lage kaum geändert. Die Durchschnittsrendite der festverzinslichen Werte ist am 1. November noch genau so hoch gewesen wie am 1. Oktober. Man hat sich infolgedessen schließlich auf eine Verlängerung des Abkommens von Anfang Oktober geeinigt; die Vereinbarung soll sich sogar diesmal nicht nur auf einen, sondern auf *zwei Monate* erstrecken. Da 7 %ige Emissionen, wenn man nicht den jetzigen Kurs noch weiter unterschreiten will, zur Zeit keine Aussicht auf größeren Absatz haben, bedeutet der Beschluß praktisch die Einlegung einer *Emissionspause* bis zu einer stärkeren Entspannung des Kapitalmarkts. Diese freiwillige Zurückhaltung der Realkredit-Institute ist wohl weniger darauf zurückzuführen, daß sie den Wunsch hatten, zum Gelingen der Preisabbau-Aktion beizutragen. Ausschlaggebend ist vielmehr, daß ohnehin der *Beleihungsspielraum nicht mehr sehr groß ist* und infolgedessen eine „*Streckung*“ der Beleihungstätigkeit, die dem Kurs der alten Emissionen zugute kommt, kein nennenswertes Opfer erfordert. Die Landwirtschaft ist in weiten Gebieten bereits höchverschuldet. Ebenso ist beim *Hausbesitz* die durch die Inflation freigewordene Beleihungsgrenze unter Berücksichtigung der verringerten Rentabilität wieder besetzt worden. Bei der Beleihung von Neubauten aber legen sich die Hypothekenbanken infolge der unsicheren Entwicklung des Wohnungsmarkts die größte Zurückhaltung auf, so daß tatsächlich der Beleihungsspielraum allgemein eingengt ist. Die Emissionssperre, die jetzt eintritt, ist natürlich keine unbedingte und allgemeine, und es ist anzunehmen, daß es für besonders geeignete Objekte trotz des erwähnten Beschlusses nicht an Hypothekarkredit fehlen wird.

Ein Versicherungs- Standesgericht?

In einem Vortrag über die Lage der deutschen Privatversicherung hat der Generaldirektor des

Allianz-Konzerns, Dr. Kurt Schmitt, einen beachtenswerten Vorschlag gemacht. Schmitt regte an, beim Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung eine *Versicherungskammer* zu bilden, deren Leitung der Präsident des Aufsichtsamts übernehmen soll. Der Präsident soll berechtigt sein, alle Fälle, in denen Zweifel an dem korrekten kaufmännischen Verhalten einer Versicherungsgesellschaft bestehen und die ihm durch Beschwerde der Versicherungsnehmer oder auf andere Weise bekannt werden, dieser Kammer zur Entscheidung vorzulegen. Die Kammer, die aus einem Mitglied des Reichsaufsichtsamtes und geeigneten, vom Aufsichtsamt ernannten sachverständigen Beisitzern zu bilden wäre, würde dann eine mit Gründen versehene Entscheidung darüber fällen, ob das Vorstandsmitglied einer Versicherungsgesellschaft durch sein Verhalten gegen seine Berufspflichten verstoßen hat oder nicht. Andere Befugnisse soll die Kammer nicht besitzen. Dr. Schmitt

nimmt an, daß sich die dem Spruch unterworfenen Versicherer ohnehin gezwungen fühlen würden, der Entscheidung der Versicherungskammer im Interesse ihres Ansehens und in ihrem eigenen Geschäftsinteresse Rechnung zu tragen. Die Feststellungen der Versicherungskammer würden im übrigen für das Versicherungsamt eine Grundlage bieten, auf der es gegen die betreffenden Gesellschaften einschreiten könne. Es soll also ein Standesehrengericht geschaffen werden zur Erzielung allgemeiner Normen über die Geschäftsgebarung, ohne Einschränkung des ordentlichen Rechtsweges. Wenn die maßgebende Persönlichkeit des größten deutschen Versicherungskonzerns zu einem so präzisierten Vorschlag gelangt, darf man ohne weiteres annehmen, daß *Anlaß zur Selbstkontrolle und Selbstbereinigung in der Versicherung besteht*. In den Kreisen der über den Dingen des Tages stehenden Versicherungsfachleute besteht Klarheit darüber, wie sehr die immer wieder zu beobachtende illoyale Behandlung von Versicherungsnehmern in Schadensfällen der Entwicklung der Versicherung schadet. Es soll Versicherungsgesellschaften gegeben haben, bei denen die von dem Versicherten als Schikane empfundene Behandlung von Schadensfällen an der Tagesordnung gewesen ist, bei denen es in solchen Schadensfällen nur allzu häufig zu Prozessen kam (die aber der Versicherte in vielen Fällen nicht durchführen konnte) oder aber zu Vergleichen, die zu unvorteilhaften Bedingungen einzugehen der Versicherungsnehmer schließlich genötigt war, um überhaupt in absehbarer Zeit zu einem greifbaren Schadensersatz zu kommen. Gewisse Versicherungszweige sind bei Eintritt von Schadensfällen geradezu berüchtigt wegen der Schwierigkeiten, die sich für den Versicherten ergaben. So wenig Anlaß zu Verallgemeinerungen besteht, so ist es doch natürlich, daß eine auch nur geringe Zahl von Fällen illoyaler Behandlung sehr rasch eine große Publizität gewinnen kann und dadurch dem Gedeihen des Versicherungswesens überaus schädlich wird. Gegen die schwarzen Schafe in den eigenen Reihen vorzugehen und sie auszusondern, ist ein guter Gedanke.

Amerikanische Bankier-Tagungen

Man schreibt uns: „Über die Herbstkonferenzen der beiden führenden amerikanischen Bank-Organisationen liegt nunmehr das Verhandlungsmaterial vor. Die *American Bankers Association (ABA)*, die Anfang Oktober in Atlanta tagte, hat im Gegensatz zu den vorjährigen Veranstaltungen darauf verzichtet, zu den gegenwärtigen Weltwirtschaftsproblemen Stellung zu nehmen, aber auch das Ergebnis der Besprechung interner Fragen muß als ziemlich dürftig angesprochen werden. Die Hauptdiskussion bewegte sich um die Frage der jüngsten *organisatorischen Entwicklung des amerikanischen Bankwesens*. Bekanntlich stand in den letzten Jahren der Kampf zwischen dem Unit-(Einheitsbank-)System und dem Branch-(Filial- und Gruppen-)System im Vordergrund des Interesses. Nichts beweist die ungewöhnliche Umschichtung im amerikanischen Bankwesen eindrucksvoller als die Tatsache, daß sich die ABA gezwungen sah, den früher eingenommenen Standpunkt der Ablehnung der Filialbanken jetzt völlig zu revidieren. Die ABA hatte sich derart auf diese Ablehnung festge-

legt, daß es einer besonders diplomatisch gefaßten Resolution bedurfte, um die grundlegende Abkehr von der früheren Auffassung nicht allzu schroff in die Erscheinung treten zu lassen. Es wurde zwar darauf hingewiesen, daß das Unit-Bankensystem immer noch am besten der Struktur des einheimischen Bankwesens entspreche, daß jedoch die Entwicklung der letzten Jahre zwangsläufig auf die Entfaltung des Gruppenbankwesens hingearbeitet hätte. Vor drei Jahren gab es in den Vereinigten Staaten noch etwa 27 000 selbständige (Unit-)Banken. In der Zwischenzeit ist diese Zahl trotz der erfolgten Neugründungen um mindestens 7—8000 zurückgegangen. Die Entwicklung steht im Zeichen der Bildung immer zahlreicherer und an Umfang und Wirkungskreis zunehmender Gruppen kleiner Bankfirmen unter der Führung von Holdinggesellschaften. Der frühere Gouverneur des Federal Reserve Board meinte vor einigen Monaten, daß sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte etwa 50 Gruppen dieser Art herauskristallieren würden. Der ABA blieb nichts anderes übrig, als diese Umstellung, deren Tragweite sie offenbar nicht rechtzeitig erkannt hatte, zu bestätigen. Die Bestätigung dürfte die Wirkung haben, daß sich die Gruppenbankbildung eher noch verstärken wird, und daß sich die Gesetzgebung der Einzelstaaten, die sich, abgesehen vom pazifischen Westen, immer als Hemmschuh erwiesen hatte, nunmehr stärker und schneller auf diese Verhältnisse einstellen wird. Bemerkenswert waren die starken Worte, die auf der Tagung über die zunehmende steuerliche Belastung der amerikanischen Wirtschaft und insbesondere der Banken fielen. Die Steuerlast wird jetzt bei rasch sinkenden Gewinnen immer mehr als drückender Unkostenfaktor empfunden. Aber auch hier wurde lediglich festgestellt, dagegen kein positiver Abänderungsvorschlag gemacht. In der Frage der Einführung einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung zeigte die Konferenz einen ablehnenden Standpunkt. „Denn Menschen für das Nichtstun eine Unterstützung zahlen, bedeutet nichts anderes als eine Steigerung der Depression, es verlängert sie und verhindert den Fortschritt, indem es eine zerstörende geistige Atmosphäre schafft.“ Die Konferenz glaubt, daß die schließliche Lösung des Problems in einem System der Privatversicherung gefunden werden kann. — Über die Konferenz der *Investment Bankers Association (IBA)* ist deshalb nicht viel zu sagen, weil sich diese Veranstaltung fast ausschließlich hinter geschlossenen Türen vollzog. Hier wurde zweifellos viel stärker auf die schwebenden Tagesfragen eingegangen als bei der ABA. Der Investment Banker steht in vieler Hinsicht unmittelbarer im Mittelpunkt der Geld- und Kapitalmarktprobleme als der gewöhnliche Bankier. Er hat die bedeutende Aufgabe der Verteilung neugeschaffener Effekten, und er ist es, der die Kreditspannungen am stärksten zu fühlen bekommt. Die IBA strebt schon seit längerer Zeit die Ausgestaltung der Statistik des Effektenmarkts an. Besonderes Gewicht wird auf die Verbesserung der Brokers' Loans-Statistik gelegt, die in der vorliegenden Form keinen Aufschluß über das Verhältnis zwischen Aktien und Obligationen gibt. Die Konferenz hat die Trennung dieser beiden Gruppen angeregt. Überhaupt ist man sich in den Kreisen der IBA anscheinend darüber klar geworden, daß sich die tatsächliche Bedeutung der Brokers' Loans für

die Beurteilung der Marktliquidität mit der Zeit wesentlich verringert hat. Wenn die Brokers' Loans mit etwa 3 Milliarden \$ heute niedriger sind als zu irgendeinem Zeitpunkt in den letzten drei Jahren, so darf man darin nur bedingt einen Fortschritt in der Liquidation auf dem Effektenmarkt erblicken. Viel wichtiger sind die Zahlen, die über die Effektdarlehen (loans against securities) veröffentlicht zu werden pflegen, und diese stehen mit fast 8,5 Milliarden um nahezu $\frac{3}{4}$ Milliarden höher als vor Jahresfrist. Auf diese Zusammenhänge ist die Konferenz sicherlich sehr gründlich eingegangen, und es ist bedauerlich, daß die amerikanische Öffentlichkeit darüber so wenig erfährt. Im Verlauf der Konferenz kam es zu einer gewissen Sensation, als sich der Gouverneur Black von der Federal Reserve Bank von Atlanta von seinem vorbereiteten Manuskript löste und in einer ungemein temperamentvollen Rede die Überschuldung der amerikanischen Wirtschaft brandmarkte. Er hielt eine Rückkehr der Vereinigten Staaten zu einfacheren Lebensformen für unbedingt notwendig. „Wir haben in einer Automobil-, Külschrank- und Radio-Ära gelebt. Wenn wir die Schulden, mit denen die Wirtschaft und der einzelne in übermäßiger Weise belastet sind, zurückzahlen wollen, können wir nicht weiter in dieser Atmosphäre leben.“ Es ist selten, daß derartige Töne in den Vereinigten Staaten angeschlagen werden. Ihr Hinausdringen in die Öffentlichkeit konnte nicht verhindert werden, und sie haben entsprechend sensationell gewirkt. Im übrigen hat auch die IBA die steuerliche Überlastung der Wirtschaft als nahezu konfiskatorisch geißelt.“

Die Schwierigkeiten bei der Oustric-Bank

Aus Paris wird uns geschrieben: „Die Banque Oustric & Cie., deren Werte an der Pariser

Börse zur Verhütung einer Panik gestrichen und für deren Liquidation von Amts wegen Zwangskurse festgesetzt werden mußten, ist das Opfer eines seit Jahren mit ungewöhnlicher Erbitterung und mit nicht immer fairen Mitteln geführten Konkurrenzkampfes geworden. Oustric, eine noch junge, sehr aktive Geschäftsbank, ist in den Jahren der Inflation groß geworden. Sie hat es in überraschend kurzer Zeit verstanden, mehrere französische und ausländische Gesellschaften, darunter die bekannten Autowerke von Peugeot, unter ihre Kontrolle zu bringen. Dadurch hat sie sich die Eifersucht der älteren Pariser Privatbanken zugezogen. Der heftige Kampf, zu dem es bereits vor zwei Jahren zwischen ihr und Lazard-Frères um Peugeot und Citroën gekommen war, hat damals zu ihren Gunsten geendet; aber es war ein Pyrrhussieg gewesen. Oustric hatte in der Folge nahezu die Gesamtheit der Pariser Großbanken gegen sich, die einen regelrechten Boykott über die von der Gruppe kontrollierten Werte verhängt und bereits seit Monaten durch systematische Verweigerung von Reportgeldern für die Verlängerung der schwebenden Engagements einen starken Druck auf die Kurse ausgeübt haben. Unzweifelhaft richtig ist allerdings, daß diese Kurse zum Teil künstlich in die Höhe getrieben waren, so daß die meisten der Oustric nahestehenden Gesellschaften als stark überwertet ange-

sehen werden mußten. Bereits mehrere Tage vor der Ultimo-Liquidation hat das Syndikat der Kulisse die Oustric-Bank offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß es sich angesichts der starken Kursverluste, die die von ihm kontrollierten Werte erlitten hatten, und angesichts der systematischen Kreditsperre durch die Großbanken außerstande sehe, die Reports sicherzustellen. Oustric hat sich daraufhin beschwerdeführend an das Finanzministerium gewandt und dieses zu einer Intervention veranlaßt. Im Einvernehmen mit der Bank von Frankreich hat das Finanzministerium die vorübergehende Suspendierung der Oustric-Werte von der Terminnotiz und ihre Liquidation über den Weg des Kassamarkts angeordnet. In den Börsenkreisen haben diese Maßnahmen, die vor allem zum Schutz der durch die Abwicklung der Oustric-Engagements gefährdeten Kulissenfirmen getroffen worden waren, scharfe Kritik ausgelöst, zumal da der Börsenvorstand am 30. Oktober soweit gegangen war, bereits regulär zustande gekommene Notierungen und Abschlüsse nachträglich zu annullieren. Bei den zum Oustric-Konzern gehörigen Unternehmungen stellt sich die Situation gegenwärtig folgendermaßen dar:

Gesellschaften	Aktienkapital in Mill.	Letzter Börsenwert in Mill. Fr	Liquidationskurs vom 30. Sept.	Liquidationskurs vom 31. Okt.
Huanchanca	1,6 £	368	144	100
Paris-Foncier	45 Fr	73	210	150
Holfra	240 „	102	126	80
Extension	25 „	412	2140	1200

Bei den wichtigsten von Oustric kontrollierten Gesellschaften, deren Majorität sich teilweise in seinem direkten, teils im Besitz seiner Bank oder Holdingfirmen befindet, ergibt der Vergleich der Aktienkapitalien und der letzten Börsenwerte folgende Gegenüberstellung:

Gesellschaften	Aktienkapital	Letzter Börsenwert
Peugeot	65 Mill. Fr	32,1 Mill. Fr
Chaussures Ehrlich	55 „ „	385 „ „
Blanchisseries Tahon . . .	250 „ „	250,5 „ „

Darüber hinaus hat Oustric große Interessen bei der Lebensversicherungsgesellschaft Union-Vie sowie bei einer Reihe von Schuhfabriken, die er in einem Trust vereinigt hat. Das erste Opfer der Schwierigkeiten ist die Oustric nahestehende *Banque Adam* geworden, eine seit 150 Jahren bestehende Provinzbank mit dem Sitz in Boulogne s/M und mit etwa 120 Filialen in der Provinz. Sie ist dem durch die Panik ausgelösten Ansturm der Depositenkunden nicht gewachsen gewesen und war am Montag gezwungen, ihre Schalter zu schließen. Auch der *Crédit du Rhône* in Lyon hat infolge großer Depositenabhebungen zu dieser Maßnahme gegriffen. Oustric hat in den letzten Tagen vergeblich versucht, einen Teil seiner Beteiligungen und Interessen zu verkaufen. Er hat dafür keinen Käufer zu finden vermocht. Am Mittwoch hat sich die Bank außerstande erklärt, ihren Verpflichtungen aus der Liquidation nachzukommen. Sechs Kulissenfirmen sollen davon bereits in Mitleidenschaft gezogen sein.“

Petroleumkämpfe in Rumänien?

Vor kaum vier Monaten haben die rumänischen Tochtergesellschaften der amerikanischen Erdölkonzerne mit den freien Erdölproduzenten Rumäniens ein Abkommen über eine Drosselung der Erzeugung geschlossen. (Wir berichteten darüber in Heft 29, S. 1370, und in Heft 30, S. 1413.) Unter dem Vorwand, die Rentabilität der rumänischen Erdölindustrie zu heben, gelang es den Amerikanern, die Produktion ihres wichtigsten Konkurrenten in Europa zu beschränken. Schon jetzt ist aber das Abkommen — zum Jahresende — gekündigt worden. Den Grund für den Zerfall des Pakts muß man in der zunehmenden *Außen-seiterkonkurrenz* suchen, die besonders auf dem Inlandsmarkt eine große Aktivität entfaltet hat. Gleichzeitig waren aber auch unter den großen Gesellschaften Mißhelligkeiten entstanden: Die Steaua Romana beklagte sich über die Festsetzung der einzelnen Quoten, die angeblich zu ihren Ungunsten vorgenommen wurde. Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, läßt sich noch nicht übersehen. Die Anglo-Amerikanischen Konzerne haben zunächst das größte Interesse daran, daß der rumänische Export von Raffinerieprodukten nicht forciert wird; sie versuchen infolgedessen reger zu einem Kontingentsabkommen mit den Rumänen für das Auslandsgeschäft zu gelangen, zumal sich die Konkurrenz des rumänischen Benzins infolge der weiter gesunkenen Seefrachten auf sämtlichen Märkten fühlbar macht. Es haben auch schon Besprechungen hierüber in Paris stattgefunden, doch ist man noch nicht zu einer Einigung gelangt. Neben diesen Bestrebungen laufen die Vorschläge der Astra Romana (Royal Dutch und der Romana-Americana [Standard Oil Co.]), die *Bohrungen* einzustellen. Das Zustandekommen einer solchen Bohrkonvention muß aber gegenwärtig recht skeptisch beurteilt werden, da die Opposition der kleinen und mittleren Gesellschaften gegen diesen Plan außerordentlich groß ist. Man darf gespannt sein, ob es der Geschicklichkeit der beiden Weltkonzerne gelingt, schärfere Preiskämpfe auf dem rumänischen Markt und eine weitere Ausfuhrsteigerung zu verhindern.

Die Russen im deutschen Treibstoffgeschäft

Nach der Auflösung der deutschen Treibstoffkonvention hatte man erwartet, daß die *Russen* das deutsche Geschäft forcieren würden. An Möglichkeiten dazu hätte es ihnen nicht gefehlt. Bisher ist jedoch von einer verstärkten Konkurrenz russischer Ware nichts zu verspüren. Die Russen haben zwar den Lieferungsvertrag mit dem Benzolverband erneuert, im Tankstellengeschäft entfalteteten sie aber keine größere Aktivität, sondern paßten ihre Bedingungen genau der Politik der großen Konzerne an, die bekanntlich ein Gentleman Agreement eingegangen sind. Dennoch kann sich die Lage rasch ändern, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, haben die Russen bereits Vorbereitungen getroffen, um ihren Anteil am deutschen Benzingeschäft wesentlich zu erhöhen. Durch eine geschickte Politik haben sie sich durch Zusammengehen mit einem Großhändler in Hamburg einen *Umschlagplatz und Lagermöglichkeiten* gesichert. Andererseits sind gewisse Verbindungen zwischen den Russen und den Großkonzernen über den Benzolverband festzustellen. Daß dabei ein „Kuhhandel der Prozentsätze“ herauskommen wird, ist selbstverständlich. Die Sowjet-Regierung verlangt angeblich eine Steigerung ihres Anteils an der Versorgung des deutschen Marktes von 15 auf 25 %: eine nicht unbescheidene Forderung. Ihre Taktik dürfte weitgehend von dem Ausgang der Verhandlungen zwischen den Großkonzernen und der Uniti, der Vereinigung der freien Benzin Händler, abhängen. Sollte eine Verständigung zwischen den beiden Gruppen nicht möglich sein — es geht um erhöhte Rabatte und um Abnahmeverpflichtungen —, so würden sich die freien Händler gewiß nicht scheuen, auf russisches Benzin zurückzugreifen. Angesichts der bekannten Devisenknappheit würden die Russen eine solche Entwicklung außerordentlich begrüßen.

Fusion der amerikanischen Bosch-Gesellschaften

Erst vor drei Wochen war anlässlich der Errichtung einer Fabrik in England die Rede davon, daß die Robert Bosch AG in Stuttgart ihre durch den Krieg und die Inflation stark erschütterte Stellung auf dem Weltmarkt in den letzten Jahren wieder beträchtlich stärken konnte. Nun hat die Gesellschaft abermals einen wichtigen Erfolg zu verzeichnen, und zwar in den Vereinigten Staaten, die früher neben Deutschland wohl das wichtigste Absatzgebiet waren und es vielleicht wieder werden müßten, wenn man die Entwicklung der amerikanischen Automobilindustrie in Betracht zieht. Im Zusammenhang mit der Freigabe des beschlagnahmten Eigentums schilderten wir im Frühjahr das Schicksal der amerikanischen Interessen von Bosch (vgl. Nr. 12, S. 571); allem Anschein nach habe das deutsche Unternehmen wieder ein maßgebendes finanzielles Interesse an dem verlorenen Besitz nehmen können. Wieweit auch mit den jetzt bekannt gewordenen Transaktionen finanzielle Interessen der deutschen Gesellschaft verknüpft sind, ist nicht recht klar. Die offizielle Mitteilung stellt in den Mittelpunkt die Fusion der nach dem Krieg errichteten Bosch-Vertretung und der im Krieg verlorenen früheren Bosch-Gesellschaft sowie die damit zusammenhängende Revision der Abmachungen über den Gebrauch des Namens Bosch als Warenzeichen. Die beiden amerikanischen Gesellschaften werden vom Beginn des kommenden Jahres an ihr Geschäft in der älteren und größeren von ihnen vereinigen. Diese wird ihr Kapital erhöhen — um wieviel ist noch nicht bekannt — und ihren Namen in „United American Bosch Corporation“ ändern. Der Sitz bleibt Springfield (Massachusetts) wie bisher und schon vor dem Krieg; in New York, wo die jüngere Firma ihr Domizil hatte, wird eine Niederlassung errichtet, ebenso in Chicago und San Francisco. Das vereinigte Unternehmen wird weiter fabrizieren, aber auch deutsche Erzeugnisse in den Vereinigten Staaten und Kanada vertreiben, wogegen die deutsche Firma ihren Vertriebsapparat außerhalb dieser Gebiete auch der amerikanischen Gesellschaft zur Verfügung stellt. Auch in Amerika bleibt der Name „Bosch“ den deutschen Fabrikaten vorbehalten, während die amerikanischen überall das Zeichen „American Bosch“ führen. Daß Patent- und Erfahrungsaustausch sowie sonstige technische und kaufmännische Zusammenarbeit vereinbart wurde, ist fast selbstverständlich, ebenso der Eintritt aller leitenden Persönlichkeiten, die nach dem Krieg von Bosch hinübergeschickt wurden, zu dem Einheitsunternehmen. Man fragt sich, wie es dem deutschen Unternehmen gelingen konnte, seinen Einfluß in USA wieder in solchem Umfang zurückzugewinnen. Offenbar ist es technisch mit seiner alten Erfahrung und der intensiven Arbeit der letzten Jahre doch weiter vorangekommen als die seinerzeitigen Übernehmer des amerikanischen Werks; außerdem mag diesen bei dem allmählichen Durchbruch der Objektivität in der Rechtsprechung ohne Ansehen der Nation die Durchführung der verschiedenen Prozesse um den seinerzeitigen Verkauf nicht erwünscht erschienen sein. Die Einbuße, die das deutsche Unternehmen durch den Krieg erlitten hat, ist jetzt zwar nicht völlig, aber doch zum großen Teil wieder wettgemacht.

Moratoriumsabsichten der Türkei

Im letzten Frühjahr hatte der Pariser Rat der türkischen Vorkriegsschulden der Regierung in Angora die Erlaubnis erteilt, bis zum Herbst monatlich nur ein Drittel der fälligen Zinsraten zu transferieren. Er wollte damit der Türkei, die sich in einer akuten Währungskrise befand, eine Atempause geben. Es zeigt sich jetzt, daß dieses Entgegenkommen, mit dem der Rat anscheinend einem offenen Konflikt ausweichen wollte, nicht recht am Platze war. Nachdem sich die Devisenlage mit dem Einsetzen der Exportsaison wesentlich gebessert hat, verlangte der Rat der Vorkriegsschulden wieder volle Erfüllung. Eine offizielle Antwort aus Angora ist darauf bisher noch nicht eingelaufen, aber verschiedene Nachrichten lassen erkennen, daß die Türkei das Pariser Abkommen von 1928

nicht mehr innehalten will. Sie beruft sich darauf, daß die Erfüllung ihre Kräfte übersteige. Diese Behauptung ist allerdings schwerlich richtig. Der Bericht des deutschen Sachverständigen Müller und der des Franzosen Rist haben dargelegt, daß die Schwierigkeiten der Türkei im wesentlichen auf eine *verfehlte Wirtschaftspolitik* zurückgehen, daß der Dienst der Vorkriegsanleihen nicht dafür verantwortlich gemacht werden kann. Der Grundfehler ist zunächst der Mangel einer modernen *Notenbank*, welche die Währungsschwankungen und den Zahlungsmittelbedarf ausgleichen könnte. Zu ihrer Schaffung hätte die Türkei schon längst Gelegenheit gehabt, wenn sie den Vorschlägen der ausländischen Sachverständigen gefolgt wäre. Statt dessen bemühte sie sich jahrelang, inländisches Kapital für diese Gründung heranzuziehen, was bei der Kapitalarmut des Landes äußerst schwer ist. In zweiter Linie leidet die Türkei an einer geradezu unsinnigen Verteilung der *Staatsausgaben*. Für militärische Zwecke wurden in den letzten Jahren 46—48 % der gesamten Budgetmittel verwandt! Damit nicht genug, hat sich die Regierung bemüht, aus laufenden Einnahmen den Ausbau eines großen *Bahnnetzes* zu finanzieren, eines Netzes, das zum überwiegenden Teil einstweilen noch erhebliche Betriebszuschüsse erfordert. So ist das Land heute mit schwebenden Auslandsverpflichtungen von etwa 350—400 Mill. RM belastet, die in den nächsten Jahren abzudecken sind. Demgegenüber fällt der Zinsdienst für die Vorkriegsanleihen kaum ins Gewicht. Er würde jährlich etwa 57 Mill. RM betragen, d. h. knapp 8 % der Budgeteinnahmen. Das Finanzgutachten von Rist hat angeregt, daß die Türkei von ihren Vor- und Nachkriegsgläubigern für eine auf etwa zwei Jahre zu bemessende Übergangszeit entlastet werden solle. In der Tat wird man es den Inhabern der Altanleihen nicht verdenken können, wenn sie sich dagegen wehren, als einzige die Kosten der verfehlten Politik der Türkei zu tragen. Sollte sich die Türkei zu einem Teilmoratorium für ihre sämtlichen Staatsschulden entschließen, so wäre Deutschland davon in erheblichem Maße betroffen. Deutsche Firmen haben in erheblichem Umfang die zum Ausbau der Bahnen erforderlichen kurzfristigen Kredite eingeräumt. Dabei hat das *Reich* z. T. die Ausfallbürgschaft übernommen (Berger-Vertrag). Nach dem Fall Lena Goldfields ereignet es sich also binnen kurzem zum zweitenmal, daß eine Inanspruchnahme der Reichsgarantien zu befürchten ist. Hier zeigt sich deutlich die Problematik dieser staatlichen Exportförderungsaktion.

Ein Vertrag zwischen Louis Hagen und Silverberg

Zwischen Dr. Paul Silverberg und dem Kölner Bankhaus A. Levy ist ein Vertrag zustande gekommen, nach dem bei einem Ausscheiden des Seniorchefs dieser Firma, des Geheimrats Dr. Louis Hagen, als Mandatar der Hagenschen Erben Dr. Silverberg fungiert. Es steht Dr. Silverberg frei, dann auch Kommanditär der Firma zu werden. Geheimrat Hagen, der keine direkten männlichen Nachkommen hat und jetzt im 75. Lebensjahr steht, hat bereits vor Jahren für die Fortführung seines Bankhauses eine gewisse Vorsorge getroffen. Er ging eine Interessengemeinschaft mit der Firma Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, ein, die auch darin zum Ausdruck kam, daß zwei persönlich haftende Gesellschafter von Oppenheim als Teilhaber in die Firma A. Levy und umgekehrt Geheimrat Hagen als Gesellschafter in die Firma Sal. Oppenheimer jun. eintraten. Diese Interessengemeinschaft soll auch durch den Vertrag mit Dr. Silverberg in keiner Weise beeinträchtigt oder gar aufgehoben werden. Seine besondere Note erhält das neue Abkommen dadurch, daß nicht einem Bankier, sondern einem Industriellen der Weg zu einer wichtigen Position im deutschen Bankwesen geöffnet wird. Bedenkt man, daß es sich zudem um einen Industriellen handelt, der in der westdeutschen Schwerindustrie eine führende Stellung innehat und dem man konstruktive industriepolitische Ideen nachsagt, so wird die Bedeutung des Vertrages zwischen Geheimrat Hagen und Dr. Silverberg klar.

Personalia

Zum Vorsitzenden des Berliner Gesamt-Börsenvorstands wurde einstimmig Dr. jur. *Eduard Mosler*, Vorstandsmitglied der DD-Bank, gewählt. Dr. Mosler, der an die Stelle des unlängst verstorbenen Bankiers Richard Pohl tritt, ist u. a. Vorsitzender der Berliner Stempel-Vereinigung und führt auch den Vorsitz im Reichsverband der Bankleitungen sowie im Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit. Dem Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiersgewerbes E. V. gehört Dr. Mosler ebenfalls als Ausschußmitglied an.

Mit Ablauf des Jahres scheidet *Baron Erich von Goldschmidt-Rothschild* als Teilhaber aus dem Berliner Bankhaus von Goldschmidt-Rothschild & Co. aus, um sich ins Privatleben zurückzuziehen. Sein Firmenanteil wird von seinem Bruder übernommen.

Der stellvertretende Präsident des Aufsichtsrats der Bayerischen Vereinsbank, Geheimer Justizrat *Philipp Grimm*, ist am 28. Oktober gestorben. Geheimerat Grimm war seit 1919 auch Präsident des Aufsichtsrats der Bayerischen Handels-Bank, Bodenkredit-Anstalt.

Der Generaldirektor der Gothaer Lebensversicherungsbank a. G., Geh. Regierungsrat Dr. *Karl Samwer*, wird am 1. Januar 1931 in den Ruhestand treten.

Der Mitinhaber der Hamburger Bankfirma I. Magnus & Co., *Martin Philippi*, seit über 25 Jahren Mitglied des Hamburger Börsen-Vorstands, ist im Alter von 67 Jahren gestorben.

Nach Durchführung der finanziellen Rekonstruktion bei der Nationalen Automobil-Gesellschaft AG scheidet Generaldirektor Kommerzienrat *Heinz Junk* mit Ablauf des Jahres aus dem Vorstand aus.

Da vereinzelt noch Zuschriften, Bestellungen und Geldbeträge, die für das Magazin der Wirtschaft bestimmt sind, an die Firma Verlag Wirtschaft und Geschäft GmbH oder zu Händen des früheren Herausgebers Leopold Schwarzschild gesandt werden, legen wir Wert auf die Feststellung, daß das Magazin der Wirtschaft seit dem 1. Januar d. J. weder mit der Verlag Wirtschaft und Geschäft GmbH, noch mit dem früheren Herausgeber Leopold Schwarzschild in irgendwelcher Verbindung steht. Wir bitten dringend, für das Magazin der Wirtschaft bestimmte Sendungen nicht an den früheren Herausgeber oder den früheren Verlag zu richten, sondern nur an die Redaktion oder den neuen Verlag (Magazin der Wirtschaft Verlagsgesellschaft mbH).

Redaktion und Verlag des
MAGAZINS DER WIRTSCHAFT
BERLIN W 62, KURFÜRSTENSTR. 131

Kurz nach Vollendung seines 45. Lebensjahres verstarb das Vorstandsmitglied der Henkel & Cie. AG und der Henkel & Cie. GmbH, Dr. *Walter Weber*.

Das Vorstandsmitglied der Niederrheinischen Bergwerks-AG, Bergassessor *Walter Etzold*, starb am 30. Oktober im Alter von 48 Jahren.

Das Vorstandsmitglied der Bayerischen Stickstoffwerke, Baurat *Karl Janisch*, vollendete am 6. November sein 60. Lebensjahr.

Der rheinische Seidenindustrielle *Rudolf Oetker*, Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Vereinigte Seidenwebereien AG, ist am 31. Oktober gestorben.

Im Zusammenhang mit den bei der Berliner Verkehrs AG beschlossenen Veränderungen im Vorstand scheidet der Leiter der Verkehrs-Abteilung, Direktor Dr. *Wilhelm Majerczik*, aus dem Unternehmen aus (vgl. auch S. 2077).

Nach 50jähriger Tätigkeit ist Direktor *Georg Schwarz* aus dem Vorstand der Metallgesellschaft AG ausgeschieden; seine Zuwahl in den Aufsichtsrat soll in der nächsten Generalversammlung beantragt werden.

Am 2. November verstarb das Aufsichtsratsmitglied der Berliner Paketfahrt-Speditions- und Lagerhaus (vormals Bartz & Co.) AG, Handelsgerichtsrat a. D. *Max Fiedler*. Der Verstorbene war vier Jahrzehnte hindurch Vorstandsmitglied des Unternehmens.

Die Wirtschaft des Auslands

Österreich

Das Budget für 1931

Man schreibt uns aus *Wien*: „Der österreichische Staatsvoranschlag für das Jahr 1931 bereitet der Wirtschaft wieder eine große Enttäuschung. Seit mehr als einem Jahr werden Steuerermäßigungen versprochen, immer wieder wird auf die internationale Investitionsanleihe verwiesen. Die Anleihe ist längst eingegangen, aber die Steuerermäßigungen lassen nicht nur weiter auf sich warten, sondern die Steuern wurden inzwischen sogar erhöht. Es handelt sich dabei zwar nur um einzelne vorübergehende Zwecksteuern, aber auch sonst läßt der Voranschlag keinen Raum für eine spätere Entlastung der Wirtschaft. Im Gegenteil, die Ausgaben wurden durchweg, zum Teil sogar beträchtlich, höher veranschlagt. Der Finanzminister hat zwar im Hinblick auf die Wahlen das Kunststück fertiggebracht, den Etat auszubalancieren, ohne neue Steuern in Anspruch zu nehmen; aber er mußte dabei die Wirtschaftskrise übersehen, die voraussichtlich den Ertrag der Steuern und Monopole wesentlich verringern wird. Er hat einfach die Steuerergiebigkeit in demselben Maße wie vor der Konjunkturkrise, ja sogar noch höher eingeschätzt. Die Hauptzahlen des Voranschlags sind folgende:

(Mill. S)	Rechnungs- abschluss 1929	Voranschlag 1930	Voranschlag 1931
Einnahmen	2010,0	1975,3	2166,0
Ausgaben	1843,1	1939,9	2130,3
Investitionen	147,2	189,9	171,6
(+) Überschuß			
(-) Defizit	+ 19,7	- 154,6	- 133,9

Die Einnahmen werden um rund 191 Mill. S höher eingesetzt als im Vorjahr. Von dem Zuwachs entfallen rund 100 Mill. S auf die von der Regierung Schober zugunsten des landwirtschaftlichen Notopfers und der Zuckerindustrie erhöhten Zucker- und Biersteuern. Weitere 50 Mill. S Mehreinnahmen erwartet der Finanzminister durch die Revision des Zolltarifs. Im letzten Sommer wurde eine große Zahl der Agrar- und Industriezölle erhöht. Ein Teil davon — es sind allerdings gerade die wenigst ergiebigen Zölle —, die nicht in Handelsverträgen gebunden sind, wurden bereits in Kraft gesetzt. Der kommende Nationalrat soll noch eine Generalrevision des Zolltarifs vornehmen, d. h. er soll alle bisher unberücksichtigten Zollwünsche erfüllen. Daß diese Zollerhöhungen in dem nun auch vom Finanzminister geforderten Maße bald ihren Niederschlag in den Handelsverträgen finden können, ist kaum anzunehmen. Ebenso wenig darf man erwarten, daß die ungebundenen Zölle den Ausfall der Zolleinnahmen, der sich aus dem ständigen Rückgang der Einfuhr ergibt, nicht nur wettmachen, sondern sogar noch um 50 Mill. S übertreffen werden. Im übrigen hat der Finanzminister, indem er über die Zollmehreinnahmen

verfügte, wichtige Parteianträge, die im alten Nationalrat gestellt wurden, einfach zu seinen Gunsten entschieden. Die Vertreter der Landwirtschaft verlangten nämlich, daß die Zollmehreinnahmen zur Förderung der Landwirtschaft verwendet würden. Ein Antrag der Sozialdemokraten verlangte jedoch, daß mit den Mehreinnahmen die Altersversicherung außer Kraft gesetzt und die Industriebeiträge zur Arbeitslosenversicherung herabgesetzt würden. Da für den Antrag der Sozialdemokraten auch die Vertreter der Industrie sprachen, hatte er sogar Aussicht, beschlossen zu werden.

Es ist aber auch fraglich, ob die übrigen *Steuer-einnahmen* die erhöhten Ansätze erreichen werden. Schon die vorläufigen Ergebnisse des Staatshaushalts im ersten Halbjahr 1930 haben gezeigt, daß die Staatseinnahmen infolge der Wirtschaftskrise gegen den Voranschlag zurückblieben; das gilt sowohl von den Steuern wie von den Monopolen.

Die gesamten öffentlichen Abgaben werden nun für 1931 mit 1018,3 gegen 865,7 Mill. S im Vorjahr eingesetzt, die Monopoleinnahmen (Tabak, Salz, Lotto) mit 465 (gegen 451) Mill. S, also noch höher als im Vorjahr, ebenso die Einnahmen der Bundesbetriebe (Post, Telegraphen usw.) mit 319,3 (gegen 313,4) Mill. S. Die regelmäßigen Ausgaben wurden um 190 Mill. S erhöht; dieser Zuwachs war hauptsächlich durch das landwirtschaftliche *Notopfer* bedingt, das insgesamt 96 Mill. S beträgt (wovon jedoch ein Teil bereits dieses Jahr zur Auszahlung kommt und etwa 67 Mill. S im nächsten Jahr), ferner durch die um 17 Mill. S erhöhte Subvention an die Zuckerindustrie und die Rübenbauern (Österreich gehört nun glücklich auch zu den Ländern, bei denen Zollschutz und Subventionen höher sind als der Preis des Zuckers). Der Etat des Landwirtschaftsministeriums ist dadurch von 46 auf 122 Mill. S gestiegen. Eine bedeutende Erhöhung erfährt gleichzeitig infolge der steigenden Arbeitslosigkeit der *Sozialetat* (von 322,3 auf 356 Mill. S), während die Einnahmen nur mit 177,5 (gegen 169,7) Mill. S eingesetzt werden konnten. Mit den erhöhten Steueransätzen hat auch der Anteil der

Unpünktliche Lieferung

des „Magazins der Wirtschaft“ bitten wir zunächst dem zuständigen Postamt zu melden, weil dadurch jede Unregelmäßigkeit am schnellsten aufgeklärt wird. Erst wenn die Beschwerde bei der Postanstalt ohne Erfolg geblieben ist, bitten wir, den Verlag, Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131, zu verständigen.

Bundesländer an den gemeinsamen Einnahmen von 222 auf 226 Mill. zugenommen. Das *Ministerium des Innern* erfordert 114,1 (gegen 104,9) Mill. S, *Justiz* 61 (gegen 55), *Handel und Verkehr* 85 (gegen 75), *Heerwesen*, das sich seit einigen Jahren einer besonderen Fürsorge erfreut, 110 (gegen 105), *Unterricht und Kultus* 98 (gegen 98) Mill. S.

Die Ausgaben für die *Staatsschuld* sind im Zusammenhang mit dem Dienst für die neue Investitionsanleihe von 200,5 auf 219 Mill. S gestiegen; demgegenüber erhöhte sich jedoch auch der Zinsendienst der Monopole, Bundesbetriebe und Eisenbahnen für die zu Investitionszwecken weitergegebenen Teile der Völkerbund- und der Investitionsanleihe von 94 auf 105 Mill. S. Monopole und Bundesbetriebe erfordern zusammen 554 (gegen 538,5) Mill. S. Wie man sieht, verzeichnen alle Ressorts erhöhte Ausgaben, und zwar vorwiegend erhöhte Sachausgaben; die *Personalausgaben* sind hauptsächlich infolge der systematischen Vorrückungen der Angestellten nur von 775 auf 793 Mill. S gewachsen. Der *Finanzminister* hat auch gespart, aber nur bei den Investitionen, was die Wirtschaft, in der sich der Krisendruck immer mehr verstärkt, um so empfindlicher trifft. Die gesamten *Investitionsausgaben* betragen nur 172 gegen 190 Mill. S im Vorjahr. Die Investitionen hätten selbst in diesem Maße nicht aufrechterhalten werden können, wenn nicht die erste Tranche der internationalen Bundesanleihe eingegangen wäre; von ihr werden 136 Mill. S im Jahre 1931 verwendet. Mit dem Erlös der Bundesanleihe dürfen nur die wertvermehrenden Anschaffungen der Eisenbahnen und der Post- und Telegraphenverwaltung bestritten werden. Für den übrigen, wesentlich geringeren Teil müssen die Staatskassen aufkommen. Von den Investitionsausgaben entfallen 76 (gegen 93) Mill. S auf die Eisenbahnen, 62 (gegen 63) auf die Bundesbetriebe, 10 (gegen 7) auf die Monopole und 24 (gegen 28) Mill. S auf die Hoheitsverwaltung. Zu dem Voranschlag äußert sich der Finanzminister recht optimistisch. Die rasch fortschreitenden Ausgabenerhöhungen sind aber das Gegenteil dessen, was man der Wirtschaft versprochen hat. Der Optimismus des Finanzministers ist um so weniger verständlich, als die Lage der Wirtschaft gegenwärtig keinen günstigen Ausblick erlaubt. Dem Skeptiker muß sich immer stärker die Frage aufdrängen: Sind diese vermehrten Ausgaben auch wirklich gedeckt?"

Briefe an den Herausgeber

Kohlenpreis-Senkung und Werkstarife

Potsdam-Sanssouci, 3. November 1930

In der Glosse „Kohlenpreis-Senkung und Werkstarife“ in Nr. 44 Ihrer Zeitschrift üben Sie berechtigte Kritik an der Empfehlung des Reichswirtschaftsministers, die Senkung der Kohlenpreise zum Anlaß eines Abbaus auch der Werkstarife zu nehmen. Wie wenig diese Forderung in den tatsächlichen Verhältnissen begründet ist, wird indessen erst völlig klar, wenn zahlenmäßig erwogen wird, wie verschwindend gering der Anteil ist, der innerhalb der gesamten Selbstkosten der Gas- und Stromversorgung auf die Kohle entfällt.

Zur Erzeugung einer Kilowattstunde elektrischen Stroms sind — reichlich gerechnet — 0,8 kg Kohle erforderlich, das sind ganze 2 Pfennig bei einem Kohlenpreis von 25 RM je Tonne. Eine Senkung der Kohlenpreise um 6 % wirkt sich also in den Erzeugungskosten für eine Kilowattstunde in dem mikroskopischen Betrag von 0,12 Rpf aus. Nicht viel anders liegt es bei der Gaserzeugung. Bei einer Ausbeute von 350 cbm Gas aus 1000 kg Kohle betragen hier die Kohlekosten je cbm Gas zwar rund 7 Pfennig, so daß sich eine 6 %ige Ermäßigung der Kohlenpreise hier in einer Minderung der Selbstkosten um 0,42 Pfennig je cbm auszuwirken scheint. Diese Rechnung erfährt aber eine be-



Staub- Bekämpfung schon im Orient

Wir zeigen Ihnen heute kein Bild aus unseren deutschen Fabriken. Diese Anlage steht vielmehr fern im Orient; denn unser Kampf gegen den Tabakstaub beginnt schon im Heimatland der HausNeuerburg-Zigaretten. — In den Ausfuhrhäfen des kostbaren Macedonentabaks: Cavalla, Saloniki und Piräus, haben wir unseren Manipulationshäusern neuerdings ganz moderne Entstaubungs-Anlagen gegeben, die den Tabakstaub entfernen, bevor die Fermentation der Blätter beginnt. Gerade von dieser Vorsorge — bei dem wichtigen Gärungs-Prozeß des Tabaks — erhoffen wir eine noch nie dagewesene Steigerung der Qualität unserer Zigaretten. Jetzt sind erstmalig die so behandelten Ballen in unseren Fabriken verarbeitet worden. Handelt es sich zunächst auch nur um Teilmengen, so wird Ihnen eine Rauchprobe doch schon bestätigen, was die gründliche Entstaubung des Tabaks für Ihre Zigarette bedeutet.



OVERSTOLZ

5 PF.

RAVENKLAU

6 PF.

staubfrei

— schmecken

niemals bitter!

Sie können unsere Angaben nachprüfen: Wenn Sie durch eine HAUS NEUERBURG-Zigarette blasen - ehe sie brennt -, so werden Sie keine Spur von Staub bemerken.

№ 6

trächtliche Korrektur, sobald veranschlagt wird, daß die Senkung der Kohlenpreise auch eine entsprechende Senkung der Preise für Koks und die anderen Nebenprodukte aus der Gasgewinnung zur Folge haben wird. Diese Kürzung der Rückeinnahmen aus Nebenprodukten wird bei der großen Rolle, welche die Rückeinnahmen innerhalb der Selbstkosten spielen, die oben mit 0,42 Pfennig errechnete Minderung der Selbstkosten zu einem guten Teil (schätzungsweise zu zwei Drittel) wieder wettmachen.

Wie unter diesen Umständen den deutschen Gemeinden zugemutet werden kann, die Senkung der Kohlenpreise zum Anlaß zu nehmen für eine Herabsetzung ihrer Werkstarife, ist schwer verständlich. Diese Forderung läuft geradezu auf eine Irreführung der öffentlichen Meinung heraus.

Oberbürgermeister Rauscher

Lehren der Enquête

Dortmund, 1. November 1930

Ihren Ausführungen über die Arbeiten des Enquête-Ausschusses in Nr. 40 und 41 kann ich in vielen Punkten beipflichten, im allgemeinen aber muß ich doch sagen, daß das Ergebnis der Enquête wohl kaum die entstandenen Kosten rechtfertigt. Vom Standpunkt der Wirtschaftswissenschaft gesehen ist es zweifelsohne interessant und nutzbringend gewesen, einmal einen Querschnitt durch die hauptsächlichsten deutschen Wirtschaftszweige zu legen, und für manche zukünftige Doktorarbeit mag in dem aufgesammelten Material allerlei Interessantes enthalten sein. Für die praktische Wirtschaft jedoch können aus solchen Arbeiten keine greifbaren Vorteile erwachsen. Die Wirtschaft hat nur Arbeiten und Unkosten gehabt, ohne irgendeine Hilfe oder auch nur neue Impulse erhalten zu haben.

Zumindest trifft das auf die deutsche Elektrizitätswirtschaft zu, die ja von einer Gruppe des Enquête-Aus-

schusses sehr eingehend untersucht wurde. Das Resultat ist in einem umfangreichen Bericht niedergelegt, so daß es der Fachmann gut übersehen und beurteilen kann. Für die Elektrizitätswirtschaft selbst hat diese Arbeit so gut wie keinen Zweck gehabt. Was der Enquête-Ausschuß festgestellt hat, war der Elektrizitätswirtschaft durch die regelmäßige Arbeit ihrer wirtschaftlichen Organisationen längst bekannt.

Wenn man schon seitens des Staates Geld für derartige Arbeiten ausgeben will, könnte ich mir nur Vorteile davon versprechen, falls eine unparteiische, übergeordnete Stelle geschaffen würde, die nicht nur einmal auf Beschluß des Parlaments oder eines Ministeriums in Form einer Enquête Unterlagen sammelt, sondern regelmäßig Jahr für Jahr von den einzelnen Organisationen der Wirtschaft genaue Mitteilungen über die wichtigsten wirtschaftlichen und statistischen Ergebnisse erhält. Dafür könnte unter Umständen sogar ein gesetzmäßiger Zwang in Kauf genommen werden, damit die Zusammenstellungen der betreffenden Zentralstelle auch wirklich lückenlos und wahrheitsgemäß erfolgen. In den Vereinigten Staaten gibt es eine ähnliche behördliche Stelle in Washington, ein Standard-Büro, das laufend über jeden Zweig der Wirtschaft, seine Struktur, seine Entwicklung, seine Fortschritte, seine Konjunktur und finanziellen Ergebnisse unterrichtet ist.

Werden diese Zusammenstellungen in geeigneter Form der Öffentlichkeit und vor allem auch der interessierten Wirtschaft zugänglich gemacht, so kann man durch das Studium dieser Sammelarbeiten Fehler erkennen und in Zukunft vermeiden, Verbesserungen einführen, Methoden kopieren, die sich an anderen Stellen bewährt haben, und so allmählich der Gesamtwirtschaft dienen. Eine einmalige Enquête-Übersicht ist dazu nicht hinreichend geeignet.

Dr. M. Krone, Generaldirektor
der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG

Bilanzen

Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft

Überwindung eines schweren Depressionsjahrs —
Wieder 12 % Dividende

Sowohl in der deutschen wie in der internationalen Assekuranz spielt die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft seit Jahrzehnten eine führende Rolle. In ihrem neuen Geschäftsbericht kann sie mit einem gewissen Stolz darauf hinweisen, daß sie in den fünfzig Jahren ihrer Existenz den schwersten Belastungsproben standgehalten hat: der Riesenkatastrophe von St. Francisco, den Einwirkungen des Weltkriegs auf Auslandsgeschäft und Auslandsvermögen, den Verlusten infolge der Inflation. Der Bericht teilt mit, daß die Entwicklung der Gesellschaft aufwärts gegangen ist und daß sich das Institut heute im Versicherungswesen wieder eine Stellung errungen hat, wie es sie selbst vor dem Weltkrieg kaum je besessen hat.

Das fünfzigste Jahr war allerdings eine Periode besonders schwerer Belastung. In der deutschen Sachversicherung stieg zwar die Prämie von 1928 auf 1929 von 1 767,70 auf 1 809,06 Mill. RM; aber an Stelle des noch im Jahre 1928 erzielten Überschusses von 1,12 Mill. RM aus den Sachprämien ergab sich 1929 ein Verlust von 11,27 Mill. RM; 0,07 % betrug der Prämienüberschuß im Jahre 1928, 0,59 % betrug der Verlust für 1929. Demgegenüber wurden in den Vorkriegsjahren (1911 bis 1913) folgende Prämien eingenommen: 1108, 1249 und 1337 Millionen, und aus diesen Prämien konnten 43,3, 56,0 und 63,1 Millionen (3,9, 4,5 und 4,7 %) Überschüsse erzielt werden. Hier zeigen sich die ungünstigen Verhältnisse, unter denen gleichermaßen Direktversicherer und Rückversicherer zu leiden haben.

Daß die Gesellschaft in den letzten Jahren jeweils 12 % Dividende bezahlt hat, war wohl in der Hauptsache nur durch das Anwachsen des Kapitalertrags möglich. Einem Überschuß des Versicherungsgeschäfts, der (von 1927/28 bis 1929/30) von 1,9 auf 1,6 und 1,1 Mill. RM sank, stand ein Kapitalertrag gegenüber, der sich nach Abzug von bei den Versicherungssparten schon verrechneten 4,7, 6,3 und 8,2 Millionen RM auf 3,2, 4,2 und 4,9 Mill. RM stellte. Der Geschäftsbericht stellt mit erfreulicher Offenheit fest, daß die ausgewiesenen Gewinne mehr der vorsichtigen Reservenpolitik als dem Verlauf des Geschäftsjahrs zu verdanken sind, was offenbar heißt, daß die Jubiläumsdividende von wieder 12 % unter Heranziehung älterer, stiller Reserven ermöglicht worden ist. Zugleich versucht die Gesellschaft diese Politik zu rechtfertigen, und zwar dadurch, daß der bereits abgelaufene größte Teil der Versicherungsperiode 1930 (für 1929/30 werden die Versicherungsergebnisse lediglich aus dem Kalenderjahr 1929 und nur die sonstigen Ergebnisse und Ausgaben bis zum Bilanztag des 30. Juni 1930 verrechnet) befriedigend gewesen sei (man weiß das besonders aus der Brandschadenstatistik), daß die Freigabe des amerikanischen Vermögens mit einem Teilbetrag von 4 Mill. RM die liquiden Mittel und freien Reserven stärkte und daß schließlich die gegenwärtige Reinigungskrise zu einer Gesundung des direkten Geschäfts und der Rückversicherung führen werde. Dieser Optimismus ist angesichts der gegenwärtigen Lage sehr bemerkenswert.

Die einzelnen Zahlen über die Geschäftsentwicklung zeigen, daß aus der Lebensbranche 730 000 RM (gegen 510 000 Reichsmark im Vorjahr) als Überschuß zur Verfügung standen, aus Unfall, Haftpflicht und Autokasko ohne

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	30. 6. 26	30. 6. 27	30. 6. 28	30. 6. 29	30. 6. 30
Einnahmen					
Gewinnvortrag	0,304	0,312	0,351	0,482	0,112
Lebensversicherung	78,053	112,817	131,648	178,317	215,786
davon Überträge aus d. Vorjahr	31,752	46,293	66,434	95,088	114,355
Prämieinnahme abzüglich Ristorni	43,452	61,480	59,759	76,079	91,090
Vergütung der Retrozessionäre f. Rückkäufe	0,915	1,627	0,814	0,990	2,222
Vermögenserträge	1,935	3,318	4,641	6,260	8,159
Unfall-, Haftpflicht- und Autokaskoversicherung	39,550	45,038	52,959	67,466	81,142
davon Überträge aus d. Vorjahr	11,412	15,086	17,709	22,019	33,357
Prämieinnahme abzüglich Ristorni	28,114	29,915	35,204	45,369	47,695
Vermögenserträge	0,024	0,056	0,046	0,077	0,089
Sachversicherung					
a) Transportversicherung	25,574	29,210	36,845	32,739	32,449
davon Überträge a. d. Vorj.	4,759	5,591	5,775	8,899	13,668
Prämieinnahme abzüglich Ristorni	20,815	23,618	31,070	23,839	18,781
b) Sonstige Sachversicherung	89,429	93,007	97,049	99,108	115,951
davon Überträge a. d. Vorj.	22,431	25,029	25,701	25,866	32,855
Prämieinnahme abzüglich Ristorni	66,998	67,978	97,049	73,242	83,096
1. Feuerversicherung	45,866	45,574	45,049	42,554	51,240
2. Hagelversicherung	7,493	7,895	9,352	11,801	9,800
3. Sonst. Versicherungszweige	13,639	16,509	16,948	18,887	22,056
Allgemeines Geschäft	2,368	3,035	3,545	4,185	4,879
davon Vermögenserträge	1,964	2,486	3,252	4,185	4,879
Kursgewinne	0,404	0,549	0,114	—	—
Ausgaben					
Lebensversicherung	76,455	111,263	130,600	177,811	215,060
davon Retrozessionsprämien	11,802	13,837	15,561	16,349	22,258
Zahlungen aus Versicherungsfällen für eigene Rechnung	3,837	5,354	7,085	11,094	12,078
Rückkäufe	1,914	2,537	3,932	5,441	4,378
Reserven für schwebende Versicherungsfälle für eigene Rechnung	1,117	1,467	1,540	1,627	1,776
Verwaltungskosten einschl. Provisionen abzüglich der Anteile der Retrozessionäre	13,560	14,181	17,105	22,234	22,475
Prämienreserven einschl. Prämienüberträge für eigene Rechnung	44,425	73,886	85,376	121,066	152,096
Unfall-, Haftpflicht- und Autokaskoversicherung	40,675	44,228	52,384	66,813	79,540
davon Retrozessionsprämien	1,722	1,606	1,844	0,609	0,851
Zahlungen aus Versicherungsfällen für eigene Rechnung	11,505	12,466	13,605	18,522	22,142
Rückkäufe f. eig. Rechn.	0,002	0,006	0,005	0,019	0,042
Reserven für schwebende Versicherungsfälle für eigene Rechnung	5,924	7,571	9,961	15,024	20,246
Verwaltungskosten einschl. Provisionen abzüglich der Anteile der Retrozessionäre	12,524	12,441	14,919	17,871	18,658
Prämienreserven und -überträge	9,000	10,159	12,052	14,768	17,622
Sachversicherung					
a) Transportversicherung	24,516	29,532	38,465	35,614	32,565
davon Retrozessionsprämien	10,236	11,564	13,835	6,980	2,681
Zahlungen aus Versicherungsfällen für eigene Rechnung	5,595	8,340	11,357	12,813	13,646
Reserven f. schwebende Versicherungsfälle f. eigene Rechnung	3,492	3,683	6,061	7,199	8,777
Verwaltungskosten einschl. Provisionen abzüglich der Anteile der Retrozessionäre	3,417	3,854	4,355	5,949	4,137
Prämienüberträge für eigene Rechnung	1,776	2,092	2,857	2,674	3,324
b) Sonstige Sachversicherung	89,446	93,825	95,161	97,776	117,106
davon Retrozessionsprämien	10,381	8,944	11,723	9,783	15,748
Zahlungen aus Versicherungsfällen für eigene Rechnung	33,432	37,278	35,307	32,543	43,288
Reserven f. schwebende Versicherungsfälle f. eigene Rechnung	6,818	8,001	6,557	10,106	9,721
Verwaltungskosten einschl. Provisionen abzüglich der Anteile der Retrozessionäre	21,065	21,901	22,274	23,727	24,549
Prämienüberträge für eigene Rechnung	17,749	17,700	19,298	21,618	23,799
Allgemeines Geschäft	2,774	2,865	3,494	3,929	3,740
davon Steuern	0,599	0,497	0,873	0,862	0,835
Verwaltungskosten	2,175	2,367	2,621	2,972	2,815
Kursverluste	—	—	—	0,095	0,092
Gewinn	1,412	1,706	2,095	2,351	2,309
Dividende in %					
Stammaktien	8	10	12	1) 12	12
Vorzugsaktien	6	6	6	6	6

Spezialisierung 1,6 Mill. RM (gegen 650 000 RM), wobei aber die Haftpflicht-Versicherung Verluste brachte. Daß Feuer- und sonstige Sachversicherung einen Verlust von 1,15 Mill. RM (gegenüber einem Gewinn von 1,33 Mill. RM im Vorjahr) zeigten, ist hauptsächlich auf die ungewöhnlich hohen Verluste in der Hagelversicherung — 3,44 Millionen RM — zurückzuführen, von denen nur 0,5 Mill. aus einer Spezialreserve gedeckt werden konnten. Die Transportversicherung hat sich durch Umstellung und Geschäftseinschränkung gebessert; bei einer Verminderung der Bruttoprämie um 5 Mill. RM ergab sich ein Verlust von 115 000 RM (gegenüber Verlusten von 880 000 RM für 1928/29 und 1,62 Mill. RM für 1927/28). Im Gesamtgeschäft wuchs die Prämieinnahme (von 218,5 auf 240,6 Millionen) großenteils dank der Expansionen, die durch die Favag-Katastrophe möglich geworden waren. Die Hauptwirkung dieser Transaktion wird aber erst im laufenden Geschäftsjahr in Erscheinung treten. Prämienreserven, Prämienüberträge und Schadensreserven stiegen von 194,1 auf 237,4 Mill. RM an. Im einzelnen hat sich die Bruttoprämie in der Lebensversicherung von 59,7 auf 91,1, in der Unfall-, Haftpflicht- und Autokaskoversicherung von 44,8 auf 47,7, in der Transportversicherung von 16,9 auf 18,8, in der Feuer-, Hagel- und sonstigen Sachversicherung von 63,5 auf 83,1 erhöht. Die starke Entwicklung der Lebensrückversicherung fällt hierbei besonders auf; sie ist eine Folge der verstärkten Konzentrierung des Geschäfts auf die weniger risikvollen Arbeitszweige und der Expansion auf die drei großen Lebensfirmen der einstigen Favag-Gruppe. Dafür hat man aber auch Opfer gebracht und bringen müssen: Man hat die aus der Favag-Masse erworbenen Aktien der Frankfurter Lebensversicherung-AG, die im Interesse der Übertragung des Portefeuilles auf die Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank AG mit dieser ohne Gegenwert fusioniert wurde, unter Verwendung der aus dem Gewinn für 1928/29 geschaffenen Organisationsreserve von 500 000 RM abgeschrieben. Offenbar war das Opfer in Wirklichkeit noch größer als 0,5 Mill. RM; Klarheit darüber wird aber nicht gegeben.

Durch die Erweiterung bei der Favag-Katastrophe und durch Fusion mit der Düsseldorfer Rückversicherung ist eine starke Konzernerweiterung erfolgt (Neue Frankfurter Allgemeine, Karlsruher Leben, Vereinigte Berlinische und Preußische Leben, Hammonia-Hamburg), so daß die Festlegung von Mitteln in Versicherungsaktien enorm gestiegen ist, und zwar bilanzmäßig um fast 22 Mill. RM Buchwert (dies nach Vollabschreibung der Aktien der Frankfurter Leben) auf 55 Mill. RM (gegen 43,3 Millionen Ende 1928/29 und 33,7 Millionen Ende 1927/28). Über dieses Riesenportefeuille werden leider wiederum keine Ertragsnachweisungen im einzelnen, sondern nur die Gesamtzahlen der Vermögenserträge (13,1 gegen 10,5 Mill. RM) mitgeteilt. Die Publizität würde man übrigens auch sonst gerne erweitert sehen; die Münchener Rück kommt gerade in den Konzernfragen den recht dringlichen Anforderungen verstärkter Informierung der Öffentlichkeit nur zögernd entgegen. Das ist insoweit begreiflich, als sich gewisse ausländische Geschäftsbeziehungen sicherlich nicht zur Veröffentlichung in einem deutschen Bericht eignen. Aber die Zurückhaltung geht doch zu weit, wenn die Ge-

Bayerische Vereinsbank

Kredit- und



Hypotheken-Bank

Niederlassungen an allen
größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern

1) Auf die jungen Aktien für ein Vierteljahr.

(Mill. RM)	Bilanz				
	30. 6. 26	30. 6. 27	30. 6. 28	30. 6. 29	30. 6. 30
Aktiva					
Noch nicht eingezahltes Aktienkapital	—	—	—	4,000	4,000
Grundbesitz	6,005	6,005	6,005	6,005	7,568
Hypotheken	0,135	0,117	0,117	0,117	2,615
Wertpapiere und Beteiligungen	22,737	30,692	42,019	59,648	72,392
Beschlagnahmtes Vermögen in U.S.A.	5,000	5,000	5,000	5,000	1,000
Guthaben					
Banken	1) 9,208	1) 10,251	8,965	10,734	9,594
Versicherungsunternehmen	29,601	29,153	33,572	19,087	22,750
Fällige Zinsen	0,461	0,315	0,214	0,342	0,371
Prämienreserven in Händen der Zedenten					
Lebensversicherung	83,371	122,434	143,812	190,691	246,499
Unfall- und Haftpflichtversicherung	1,421	1,901	1,529	1,607	2,337
Prämienüberträge in Händen der Zedenten	10,164	10,384	12,369	10,807	13,044
Kasse und Postscheckkonto ..	—	—	0,190	0,196	0,210
Sonstige Aktiva	—	—	0,152	—	0,381
Passiva					
Aktienkapital	12,008	12,008	12,008	20,008	20,008
Gesetzliche Reserve	2,000	2,000	2,000	6,992	7,152
Spezialreserve	3,000	3,000	3,000	3,000	5,000
Reserve für Kursverluste	—	—	—	—	2,000
Reserve für beschlagnahmtes Vermögen in U.S.A.	5,000	5,000	5,000	5,000	1,000
Hypotheken	1,082	1,082	0,318	0,318	0,315
Prämienreserven für eigene Rechnung					
Lebensversicherung	44,425	73,886	85,376	121,066	152,096
Unfall- und Haftpflichtversicherung	0,947	1,247	1,556	1,871	2,686
Prämienüberträge für eigene Rechnung					
Unfall-, Haftpflicht- u. Autokaskoversicherung	8,054	8,891	10,496	12,898	14,936
Transportversicherung	1,776	2,092	2,857	2,674	3,324
Sachversicherung	17,750	17,700	19,298	21,618	23,799
Reserven für schwebende Versicherungsfälle für eigene Rechnung					
Lebensversicherung	1,117	1,467	1,540	1,627	1,776
Unfall-, Haftpflicht- u. Autokaskoversicherung	5,924	7,571	9,961	15,024	20,246
Transportversicherung	3,492	3,683	6,061	7,199	8,777
Sachversicherung	6,818	8,001	6,557	10,106	9,721
Guthaben anderer Versicherungsunternehmen					
Guthaben der Retrozessionäre für einbehaltene Prämienreserven und -überträge ..	37,503	46,058	54,572	60,537	86,965
Sonstige Passiva	0,273	0,339	0,213	0,351	0,823
Gewinn	1,412	1,706	2,095	2,351	2,309

1) Einschl. Kasse.

sellschaft über ihren riesigen Bestand an Versicherungsaktien lediglich mitteilt, daß 53,3 Millionen auf Beteiligungen mit 10 % und mehr, 1,6 Millionen auf Beteiligungen mit weniger als 10 % des Kapitals der betreffenden Gesellschaften entfallen, und daß sich die Beteiligungen mit 30,1 Mill. RM auf 28 deutsche Firmen, mit 24,9 Mill. RM auf 67 Firmen in 25 fremden Ländern verteilen. Vom *Amerikavermögen* wurden diesmal 4 Mill. RM vereinnahmt und je zur Hälfte zur Verstärkung der Spezialreserve und zur Schaffung einer Reserve für Kursverluste verwendet.

Eingehend sind die Darlegungen des Berichts über die einzelnen Versicherungszweige und über die Gesamtlage des direkten und des Rückversicherungsbetriebs. Es wird z. B. darauf hingewiesen, daß bei dem raschen Wiederaufbau des Versicherungsgeschäfts nach der Stabilisierung Fehler unterlaufen sind, deren Korrektur man ursprünglich später vornehmen wollte, tatsächlich aber in vielen Fällen unterließ, da der Konkurrenzkampf zu heftig war. Die Transportversicherung sei zum großen Teil in die Hände der Makler geraten, die durch das Auspielen von allen möglichen in- und ausländischen Konkurrenzofferten und Kombinationen den Geschäftsleitern die Bestimmung über die Geschäftsbedingungen mehr und mehr entzogen. Das Verhältnis zwischen Erstversicherer und Rückversicherer habe sich besonders durch die äußerste Ausnutzung des Rückversicherers durch den Erstversicherer umgestaltet; schlechte und untertariferte Risiken sind in der Absicht, sie auf den Rückversicherer abzuladen, angenommen worden, Prämienteile wurden durch die Erhebung besonderer Teuerungszuschläge dem Rückversicherer vorenthalten, und normale Rückversicherungsverträge wurden häufig nur im Zusammenhang mit solchen Verträgen, bei denen der Rückversicherer verlieren mußte (besonders mit Transportversicherungsverträgen) geschlossen. Immerhin wird gleichzeitig festgestellt, daß sich erste Direktversicherer zunehmend vom Betrieb des Rückversicherungsgeschäfts zurückziehen und dieses den dafür geschaffenen Spezialinstituten überlassen. — So gibt der höchst instruktive Bericht der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft einen großen und breiten Überblick über die Lage des deutschen und zum Teil auch des internationalen Versicherungsgeschäfts.

Marktberichte

Die Konjunktur

Für die Überwindung der Depression ist der Abbau der Lager sowohl bei den Fabrikanten wie bei den Händlern von großer Bedeutung. Von den niedrigen Vorräten, die eine prompte Belieferung der Käufer erschweren, kann der Anreiz zu größeren Bestellungen und zu Produktions-erweiterungen ausgehen. Gegenwärtig sind die Lager in wichtigen Industriezweigen, z. B. im Kohlenbergbau, zweifellos überfüllt. Im Handel schreitet jedoch der Lagerabbau rasch fort. Nach den neuesten — von der Forschungsstelle für den Handel (Nr. 2 der FfH-Mitteilungen) veröffentlichten — Zahlen sind die Wareneingänge im dritten Quartal 1930 gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsabschnitt um 19,3 % zurückgegangen; die Umsätze nahmen jedoch nur um 11,6 % ab. Diese Differenz beruht allerdings nicht nur auf einer Abnahme der Lagerergänzungen, sondern auch auf dem Rückgang der Großhandelspreise, der bisher noch nicht zu einer entsprechenden Senkung der Einzelhandelspreise führte.

Immerhin hat auch der Kleinhandel die Preise vieler Produkte herabgesetzt; die *Umsatzminderung* des Einzelhandels im dritten Quartal 1930 muß deshalb zu einem beträchtlichen Teil — nach der Forschungsstelle für den Handel: zu mehr als der Hälfte — durch den Preisrückgang, nicht durch einen mengenmäßigen Rückgang der

Umsätze erklärt werden. Der hohe Anteil der fixen Kosten im Einzelhandel hat jedoch eine entsprechende Senkung der *Gesamtkosten* verhindert. In den Monaten August und September 1930 betrug die Kosten etwa 99,4 % der entsprechenden Vorjahrszeit; die Umsätze machten hingegen 85,2 und 90 % der Vergleichsmonate aus. Je Umsatz haben sich also die Kosten erhöht. — Bei den *Großunternehmungen* ist der Umsatzrückgang wieder viel geringer als bei den Spezialgeschäften. Sowohl die Umsätze der Warenhäuser wie die der Konsumvereine liegen weit über dem Durchschnitt.

Die Tendenz der allgemeinen *Preissenkung* hält an. Sie wurde allerdings in der letzten Oktoberwoche durch eine gewisse Preiserhöhung unterbrochen, die in einem Anstieg des amtlichen Großhandelsindex um 0,7 % zum Ausdruck kam. Abgesehen von den jahreszeitlichen Einflüssen (Steigerung der Butter- und Eierpreise) ist diese Ercheinung hauptsächlich auf die Zollerhöhung für Weizen zurückzuführen, die den Index der pflanzlichen Agrarstoffe um 1,4 % steigen ließ. Von den übrigen Preisbewegungen ist vor allem eine Senkung der Preise für Nichteisen-Metalle um 3 % und eine Erhöhung der Kautschukpreise um 4,8 % zu erwähnen.

Der Reichsindex für die *Lebenshaltungskosten* stand im Durchschnitt des Monats Oktober auf 145,4. Er ist damit unter den bisherigen Tiefpunkt (seit August 1927!) gesun-

ken, den er im Mai dieses Jahres mit 146,7 erreicht, in den späteren Monaten aber überschritten hatte. Der Rückgang wurde hauptsächlich durch die sinkenden Ernährungsausgaben verursacht. Außerdem haben sich die Preise für Bekleidung und die Ausgaben für „sonstigen Bedarf“ (Seifenpreise) gesenkt. — Der vom Institut für Konjunkturforschung errechnete Index der *reagiblen Warenpreise* ist in der letzten Woche um 1/2 % auf 87,9 gefallen.

Eine Senkung der Preise (Gebühren) ist neuerdings auch von der *Deutschen Reichspost* in Aussicht gestellt worden. Offenbar hofft sie dadurch eine weitere Senkung des Postverkehrs, wie sie aus dem Bericht für das dritte Quartal 1930 hervorgeht, aufhalten zu können. Alle Dienstzweige, mit Ausnahme der Ein- und Auszahlungen, des Postscheck- und des Nachnahmebriefverkehrs, wiesen in diesem Zeitraum einen Verkehrsrückgang auf.

In den einzelnen *Industriezweigen* ist die Depression nach den übereinstimmenden Berichten aus allen Branchen weiter fortgeschritten. Eine nennenswerte Belebung kann — abgesehen von der Zuckerindustrie — nur im Bekleidungs-gewerbe und den unmittelbar mit ihm verbundenen Industrien festgestellt werden. Sie ist rein saisonmäßig zu erklären. Die Beschäftigung in diesen Gewerben ist jedoch infolge der kurzen Lieferfristen sehr unregelmäßig; eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarkts ist deshalb mit dieser Belebung im ganzen nicht verbunden.

Neuerdings macht sich in *Gemüse- und Obstkonserven* eine etwas lebhaftere Nachfrage bemerkbar. Nachdem die Fabrikation dieses Jahres größtenteils beendet ist, soll dank der Produktionseinschränkungen bereits jetzt in einzelnen besseren Qualitäten ein gewisser Mangel bestehen.

tober-Ultimo um 703 (im Vorjahr um 662) Millionen zu-genommen hat. Dabei wurde schon die vorjährige Beanspruchung außergewöhnlich hoch empfunden.

Stillstand der Emissionstätigkeit

Auch auf dem Kapitalmarkt hat sich die Lage nicht verbessert. *Auslandsanleihen* können einstweilen nicht aufgenommen werden. Es ist charakteristisch, daß das amerikanische Konsortium, das Ende Juni dem Bayerischen Staat eine Anleihe von 30 Mill. \$ grundsätzlich zugesagt hatte (wovon 20 Mill. \$ zur Konsolidierung eines kurzfristigen Dollarkredits und der Rest für die bayerischen Großwasserkraftwerke vorgesehen war), jetzt nicht an die Auflegung einer Anleihe zu denken scheint, obwohl die damals festgelegten Voraussetzungen der Anleihegewährung — der Ausgleich des bayerischen Haushalts — inzwischen erfolgt ist. Für Bayern entsteht daraus insofern keine Verlegenheit, als der schon im Juni fällig gewesene kurzfristige Kredit um ein Jahr verlängert worden ist. Die Aussichten auf Anleiheunterbringung sind auch im übrigen gering, wenn man von Sonderfällen (z. B. der schweizerischen Anleihe des Kraftwerks Recklinghausen) absieht.

Minimal sind auch die *inländischen Emissionen*, sowohl an festverzinslichen Werten wie an Aktien, wovon die im folgenden wiedergegebene Emissionsstatistik der „Frankfurter Zeitung“ eine Vorstellung gibt. Gleichwohl haben die Realkreditinstitute das Abkommen, wonach sie weiter am 7%igen Emissionstyp festhalten, auf zwei Monate verlängert (vgl. S. 2079). In dieser Zeit werden sie also, falls sich nicht der Kapitalmarkt stark entspannt, praktisch fast gar keine Emissionen vornehmen können.

Die deutschen Emissionen im In- und Ausland

(Mill. RM)	Anleihen		Neu-Emissionen der Realkredit-Institute			Aktienemissionen ¹⁾		
	Ausland	Inland	Komm. Oblig.	Pfandbriefe	Insgesamt	Erhöhen-Anträge	Gründung.	Insgesamt
1926 insgesamt	1516,80	1305,60	465	1628	2093	1212,24	75,00	1287,24
1927	1886,00	993,60	349	1597	1946	932,90	137,89	1070,79
1928	1648,60	1081,20	491	1477	1938	984,25	180,90	1165,21
1929	639,3	584,50	255	887	1142	512,90	153,18	666,08
1929								
Oktober	35,70	—	9	54	65	11,54	3,33	14,87
November	—	2,00	6	53	59	69,85	6,45	76,80
Dezember	4,50	2,00	21	72	72	11,48	1,66	27,54
1930								
Januar	0,85	9,20	19	136	155	5,88	0,51	6,39
Februar	155,70	52,00	35	144	177	21,27	2,70	23,97
März	107,60	16,4	39	284	326	15,42	4,28	19,70
April	120,80	35,00	102	207	309	16,11	1,51	17,62
Mai	37,82	17,00	87	15	2,9	6,8	3,61	10,28
Juni	545,80	43,00	55	127	182	3,87	0,75	4,62
Juli	42,81	5,09	73	205	278	5,65	1,76	7,41
August	—	1'000	34	118	152	9,58	3,31	12,92
September	18,80	10,0	.	.	.	6,23	2,70	8,93
Oktober	18,00	18,50	.	.	.	1,03	2,59	4,91

¹⁾ Ohne Sacheinlagen und Fusionsaktien.

Der Geld- und Kapitalmarkt

Schwerer Oktober-Ultimo

Obwohl der Ultimo Oktober zu den leichteren Terminen zu zählen pflegt, war diesmal die Anspannung des Geldmarkts stark und langdauernd. Noch am 5. November kostete *tägliches Geld* 6—7 1/2 %. Der *Privatsatz* blieb unverändert 4% %, während sich der Satz für *Monatsgeld* auf 6—7 % belief. Das Angebot an *Auslandsgeld* ist nur bei wenigen Stellen wieder gewachsen; im allgemeinen verhält sich das Ausland reserviert. Monatsdollars sind zu 3 1/4—4 %, Dreimonatsdollars zu 4—4 1/4 % umgesetzt worden. Die Devisenkurse blieben relativ stabil.

Berlin Frankfurt a.M.

1930	Privatdiskont		Tägliches Geld	Monats-geld	Waren-wechsel	Scheck-tausch	Waren-wechsel
	lange Sicht	kurze Sicht					
30 10	4 7/8	4 7/8	5 1/2—7 1/2	5 3/4—7	5 3/8	4	5 3/8—5 1/2
31 10	4 7/8	4 7/8	6—7 1/2	6—7	5 3/8	5 1/2	5 1/2
1 11	4 7/8	4 7/8	6—7 1/2	6—7	5 3/8	6	5 1/2
3 11	4 7/8	4 7/8	6—7 1/2	6—7	5 3/8	5 1/2	5 1/2
4 11	4 7/8	4 7/8	6—7 1/2	6—7	5 3/8	5	5 1/2
5 11	4 7/8	4 7/8	6—7 1/2	6—7	5 3/8	4 1/2	5 1/2

Der Reichsbank-Ausweis von Ende Oktober zeigt zum ersten Mal einen sichtbaren *Devisenzufluß* von 36 Mill. RM bei unverändertem Goldbestand und anscheinend unverändertem Bestand an unsichtbaren Devisen. Trotz dieser Entwicklung war die *Kreditbeanspruchung* außerordentlich hoch. Es wurden 362 Mill. RM Wechsel (im Vorjahr 468 Mill. RM) und 256 Mill. RM Lombards (im Vorjahr 65 Mill. RM) eingereicht. Auch die sonstigen Aktiven sind nach Abzug der darunter verbuchten Rentenbankscheine um 81 (im Vorjahr um 54) Millionen gestiegen, so daß der Umlauf an Noten, Scheinen und Giro Guthaben am Ok-

Berlin	Mittelkurs:	30 10	31 10	1 11	3 11	4 11	5 11
New York	4,197	4,197	4,197	4,199	4,198	4,199
London	20,39	20,39	20,39	20,39	20,39	20,39

Die Warenmärkte

Auch im laufenden Erntejahr zeichnen sich die letzten Monate des Kalenderjahrs wieder durch eine starke

Unentschlossenheit auf den Getreidemärkten

aus, weil in dieser Zeit die Ernten auf der südlichen Erdhälfte heranreifen. Im laufenden Jahr wird diese Unsicherheit dadurch gesteigert, daß man sich unmöglich ein Bild von der russischen Leistungsfähigkeit machen kann. Trotz gelegentlicher Gerüchte über Verladeschwierigkeiten ist der Umfang der Abladungen seit mehreren Wochen gleichmäßig hoch geblieben; man kann es deshalb verstehen, daß gelegentlich mit Getreideabladungen von insgesamt etwa 3 Mill. t aus Rußland gerechnet wird. Da die gesamte im zwischenstaatlichen Handel bewegte Getreidemenge etwa 40—50 Mill. t beträgt, besagt eine Summe von



Brinkmann Tabak

schmeckt immer und bekommt so gut

3 Mill. t nicht eben viel; aber das russische Angebot kam völlig *unerwartet* und es fällt in eine Zeit, in der sich die Zuschußgebiete von Monat zu Monat stärker abschließen. Das ist in *Deutschland* besonders stark der Fall, wo das Ende der Vorwoche eine beträchtliche Erhöhung des Weizen- und des Gerstenzolls, die Berichtszeit die Einstellung der letzten Einfuhrscheine (auf Mühlenerzeugnisse) und die Schließung der Königsberger Transitlager brachte. Daß diese Maßnahmen zunächst zu kräftigen Preiserhöhungen von Weizen führten, war selbstverständlich. Gegen Ende der Woche ließ das Geschäft aber an Lebhaftigkeit merkbar nach, obgleich zu den Bedarfskäufen der Mühlen vorübergehend noch Deckungen und Meinungskäufe auf den Zeitmärkten getreten waren: Das Weizenmehlgeschäft hatte sich nämlich vorübergehend kräftig erholt. — Der Markt für *Roggen und Roggenmehl* wurde von den Vorgängen auf dem Weizenmarkt leicht mitgezogen. Das Geschäft in *Futtergetreide* und Futtermitteln blieb leblos, weil infolge der riesigen Kartoffelernte und der Unmöglichkeit, auch nur einigermaßen entsprechenden Absatz zu finden, die Verfütterung von Kartoffeln in Mischungen zunimmt; wie es heißt, werden jetzt sogar Pferde häufig mit solchen Mischungen gefüttert.

• In *Kanada* ist von Regierungsseite den Gerüchten, daß die Banken jetzt auf die Regierungsgarantie zurückzugreifen beabsichtigen, energisch widersprochen worden. Aber weder die Regierung noch der Pool haben sich bisher darüber geäußert, was man eigentlich gegenüber den Verlusten auf den Beständen aus früheren Ernten zu tun gedenkt. (Der Abschlagspreis betrug damals 1 \$, ohne Zinsen, Spesen usw., gegenüber Winnipeg Kursen von 70 bis 80 Cents.) Die Landwirte des Reichs haben wieder einmal eine Abordnung zur Regierung geschickt, in der sie eine Bundesbürgschaft für einen Mindestpreis von 115 Cents fordern. — Die Ernteaussichten in *Australien* sind weiter sehr gut; die Ernte scheint überdies außergewöhnlich zeitig zu beginnen. Klagen über Rost in *Argentinien* kamen aus Chicago und wurden aus dem Land selbst nicht bestätigt.

Die allgemeine Lage wird durch eine Statistik gekennzeichnet, die der englische Fachmann Broomhall kürzlich aufgemacht hat. Er schätzt die Bestände am Anfang des letzten Vierteljahres während der Jahre 1926 bis 1930 auf 225, 237, 317, 507 und 543 Mill. Quarters: Das bedeutet eine stetige Zunahme selbst in den Jahren, in denen große Überschußgebiete schlechte Ernten hatten, eine Zunahme überdies für das letzte Jahr (Durchschnittsgesamternte!) auf nahezu 120 Mill. t, obgleich die Ernten der südlichen Erdhälfte noch nicht berücksichtigt sind.

Die Kolonialwarenmärkte

lagen während der letzten Wochen im allgemeinen ziemlich fest, besonders der *Kautschukmarkt*. Besondere Gründe für diese Preissteigerungen lassen sich nicht anführen; die Fachberichte sprechen von Meinungskäufen und weisen vor allem auf (nicht näher umrissene) Schwierigkeiten in den Eingeborenen-Pflanzungsbezirken in Ostasien hin. Wahrscheinlich ist der wichtigste Grund darin zu suchen, daß sich die französischen Verbraucher in der Erwartung eines hohen Zolls stark vorversorgt haben. Das läßt sich u. a. daraus entnehmen, daß der Markt zum Schluß wieder recht still und schwächer wurde.

Auf die neuen Versuche, eine internationale Vereinbarung über *Zucker* zustande zu bringen, wurde bereits hingewiesen. Dieser sogenannte Chadbourne-Plan hat bisher ein recht eigentümliches Schicksal gehabt. Der kubanische Präsident hat ihn gezeichnet und dem Kongreß vorgelegt; dieser aber hat ihn bis auf die Zeit nach den Wahlen vertagt. Der Präsident hat inzwischen ein Ausfuhrverbot erlassen, von dem man bisher in Europa nicht klar feststellen konnte, ob es sich auf die nach dem Plan beiseite zu setzenden 1,5 Mill. t bezieht und unbefristet ist, oder ob es sich um eine vorübergehende allgemeine Sperre bis zum Zusammentritt des Kongresses handelt. Kurz vor Mitte November sollen die Vertreter Kubas (Chadbourne vertritt übrigens eigentlich die amerikanischen Geldgeber) ihre

Reise nach Europa antreten; bisher ist diese Reise schon dreimal verschoben worden. — Nicht mit Unrecht weist die Alhacomag auf einen grundsätzlichen Unterschied im kubanischen und javanischen Zuckerbau hin, der es den Javanern ziemlich schwer machen würde, allgemeine Einschränkungen vorzunehmen: In Java besteht nämlich eine zum Teil gesetzlich geregelte Fruchtfolge, bei der die Felder nach der Ernte völlig von Zuckerrohr geräumt werden müssen.

Die *Kaffeemärkte* sind unter Schwankungen etwas schwächer geworden. Das wird zum Teil damit zusammenhängen, daß sich anscheinend die Revolution in Brasilien durchsetzt, deren Führer ein Gegner der Paulistaner Kaffeepreise ist. Die Lage in den Kaffeestaaten und bei der Kaffeekasse ist im übrigen unklarer als je; auch die statistischen Angaben widersprechen einander um viele Millionen Sack. — Die letzte

Herabsetzung des Kupferpreises

hat die Kauflust in einigen Ländern des europäischen Festlandes, besonders in Deutschland, angeregt. Daß sich die deutschen Käufe überstürzen, während sich die übrige Welt zurückhält, und daß das Kartell diese Kaufbewegung benutzt, um durch Einschränkung der Freigabe die Stimmung weiter nervös zu machen, ist keine neue Erscheinung. Neu war vielleicht nur, daß diesmal sogar abgelehnt wurde, freie Mengen von England auf Deutschland zu übertragen. In der Union ist der Absatz ausgesprochen schlecht.

Diese gewisse Anregung war auch auf den meisten anderen Metallmärkten festzustellen; sie hat fast überall zu bescheidenen Preiserhöhungen geführt. Auf den *Kupfer-Standard-Märkten* setzten sich die Steigerungen in allmählich abnehmendem Maße fort. Von den übrigen Metallen fand *Blei* etwas größere Beachtung; es scheint sich aber dabei fast ausschließlich um Meinungskäufe gehandelt zu haben, ähnlich wie beim *Zink*, wo von einzelnen Seiten wieder einmal etwas größere Hoffnungen auf das Zustandekommen eines Kartells geäußert wurden. Auch *Zinn* war etwas fester, da einige Posten aus englischen Lagerhäusern nach Amerika verschifft wurden.

Die Festigkeit der Baumwollmärkte

hielt an. Man verweist besonders auf die Belebung des amerikanischen Börsengeschäfts und auf größere Spinner-Entnahmen. Es dürfte sich in der Hauptsache um Meinungskäufe handeln, die durch die lebhaftige Kampagne des Farmamtes für scharfe Einschränkung des Anbaus angeregt wurden. Außerdem scheint das Farmamt — mindestens vorübergehend — unmittelbar gestützt zu haben.

Auf den Wollmärkten

hat sich der Preisstand vom Schluß der letzten Londoner Versteigerungen etwa behauptet; bei den kleinen Versteigerungen in Übersee war das Geschäft zeitweilig sogar ziemlich lebhaft. Nach den Angaben, die an das JIJ gekommen sind, schätzt die australische Regierung die Schur im laufenden Jahr auf knapp 400 Mill. kg, die neuseeländische auf 100 Mill. kg. Argentinien rechnet mit etwa 155 Mill. kg.

Die Effektenmärkte

Berliner Börse

Rückgänge auf Spezialgebieten bei stillem Geschäft

Die Umsätze sind in der abgelaufenen Woche weiter zurückgegangen, so daß sich das Geschäft wieder zum überwiegenden Teil innerhalb der Kulisse abspielt. Äußere Faktoren allgemeiner Art beeinflussen die Entwicklung kaum, abgesehen von der *Bankenkrise in Paris*, die zeitweise französische Abgaben in Kaliwerten und Balkanrenten auf den hiesigen Märkten zur Folge hatte. In stärkerem Maße wirkten dagegen Erörterungen über die Dividendaussichten einzelner Gesellschaften auf die Börse zurück und gaben Anlaß zu förmlichen Baisseattacken der Spekulation. Die schon seit einiger Zeit im Gange befindliche Diskussion über die voraussichtlichen Dividendensenkungen bei den deutschen Großbanken verursachten weitere Kursrückgänge auf dem *Bankaktienmarkt*, besonders für die *Danat-Aktie*. Ferner entstand neuerdings der

Eindruck, daß auch in der Groß-Elektro-Industrie, vor allem bei *AEG* und *Siemens*, mit niedrigeren Ausschüttungen gerechnet werden muß. Daß die Beschäftigung der Elektroindustrie im Zusammenhang mit der Stockung im Wachstum der Energieerzeugung und mit der zwangsläufigen Investitionsdrosselung bei den Kommunen zurückgegangen ist, ist seit langem bekannt. Inzwischen dürfte aber die Elektrotechnik auch an ihren Kupfer- und sonstigen Metallvorräten Lagerverluste erlitten haben. Mit der Möglichkeit einer Dividendenreduktion muß daher — besonders bei den Starkstromgesellschaften (*AEG* und *Siemens-Schuckert*), weniger dagegen bei *Siemens & Halske* — ernsthaft gerechnet werden. Der Kursrückgang für Elektro-Aktien scheint also nicht unbegründet zu sein. Er kam in bezug auf *Siemens* später zum Stillstand, als Gerüchte auftauchten, daß die Gruppe *Kreuger-Ericson* auf dem *Siemens*-Markt als Käufer auftrete. Die Werte der *Energieerzeugung* waren — mit Ausnahme des *Elektrizitätswerks Schlesien* — von der rückläufigen Kursbewegung nicht in gleichem Maße betroffen. Diese Gesellschaft hat aus der Energieerzeugung und dem Bahnbetrieb gute Erträge erzielt, aber der vor einigen Jahren erfolgte Erwerb der *Wenceslaus-Grube* hat sich als schwerer Fehlschlag erwiesen. Diese zum Niederschlesischen Notstandsgebiet gehörende Grube, die von jeher wenig rentabel war, hat kürzlich ein schweres Grubenunglück gehabt; im Zusammenhang damit mußten die Sicherheitsmaßnahmen so verschärft werden, daß der Weiterbetrieb der Grube nunmehr auch für das *Elektrizitätswerk Schlesien* (das als Selbstverbraucher bescheidene Rentabilitätsmaßstäbe anlegen kann) unmöglich geworden ist. Die an die Grube gewährten Betriebskredite scheinen deshalb gefährdet zu sein; um sie abschreiben zu können, muß beim *Elektrizitätswerk Schlesien* die Dividende für 1930 ausfallen (im Vorjahr betrug sie 8 %). Diese überraschend kommende Nachricht hat einen Kurssturz der Aktien von etwa 75 % auf etwa 60 % herbeigeführt.

Dividendenzweifel waren auch für einen weiteren Rückgang der *Schiffahrtsaktien* maßgebend. Es wird behauptet, daß *Hapag* und *Lloyd* bei gleichbleibenden Abschreibungssätzen diesmal aus dem Betrieb kaum einen Gewinn erzielen; es soll nur noch die Möglichkeit bestehen, die Freigaberlöse zur Gewinnausschüttung heranzuziehen. *Deutsche Linoleum* waren unter dem Einfluß der in der Vorwoche geschilderten Diskussionen weiter etwas gedrückt. Für *Zellstoffwerte* bestand ebenfalls Angebot, da die deutschen Zellstoff-Unternehmungen auf Grund der Beschlüsse der Welt-Zellstoff-Konferenz voraussichtlich demnächst eine 15 %ige Produktionseinschränkung vornehmen müssen. Auch bei *Schultheiß* vollzog sich ein Baissevorstoß, obwohl von der Verwaltung erklärt wurde, daß in der bevorstehenden Aufsichtsratssitzung wieder 15 % Dividende vorgeschlagen werden sollen.

Befestigt war dagegen — besonders in den letzten Tagen — die *Farben-Aktie*. Die Börse erwartete, daß das Com-muniqué über die Verwaltungsratssitzung am 6. November wieder 12 % Dividende ankündigen werde. Diese Hoffnung ist freilich nicht erfüllt worden. Die Folge war am Donnerstag eine Baisse, die von der *Farben-Aktie* ausging. Ferner waren *Karstadt-Aktien* etwas beachtet. Es erfolgten spekulative Käufe unter Hinweis auf den guten Erfolg der Einheitspreis-Läden.

Frankfurter Börse

Die schwere Krise der Pariser Börse hat bis jetzt keine direkten Folgen für den Frankfurter Platz gehabt, nachdem die großen Geldabzüge des September die Beziehungen haben lockerer werden lassen. Indessen belastete die Pariser Situation stimmungsmäßig doch den hiesigen Markt. Man hielt einige Rückflüsse deutscher Aktien aus Frankreich zu Mobilisierungszwecken für möglich; ein stärkerer Einfluß war zeitweilig auf dem Markt für Mexikaner festzustellen, auf dem unter der Wirkung der Pariser Baisse die 5%igen Silbermexikaner bis auf 9% % zurückfielen (später erholt auf etwa 9% %) und 5%ige Goldmexikaner sich von dem Tiefstand von 18 % kaum (bis 18% %) erholen konnten, obwohl für die nächsten Tage in der Arrangementfrage befriedigende Meldungen aus Mexiko erwartet werden. Auf dem Rentenmarkt enttäuschte im übrigen sehr stark die vorübergehende Anatolier-Baisse (bis auf 9% %, später erholt auf 10% %) infolge des Zahlungsaufschubs der Türkei (vergl. S. 2082).

Auf dem Aktienmarkt wirkte sich die nervöse Gesamt-tendenz zunächst in immer neuen Baissevorstößen aus, denen im Regelfall verhältnismäßig spät entgegengearbeitet wurde. So kam es zu einem neuen Sturz der Waldhof-Aktien bei Dividendenunsicherheit, der Linoleum-Kurs fiel zeitweise wieder etwas zurück (später etwa 129 %), unter Mitwirkung eines französischen Postenverkaufs. Auch für Elektrowerte wurde die Dividendenfrage unter der Wirkung eines französischen Postenverkaufs zu einem Baissemoment, übrigens bei weiteren amerikanischen Positionslösungen in *AEG*-Aktien. Dann kam es, als die Wahrscheinlichkeit erheblich niedrigerer Großbankdividenden für 1930 ausgesprochen war, zu einem erheblichen Druck auf die Bankaktien, der sich auffallenderweise besonders bei der *Danat-Aktie* zwar spät, aber relativ energisch zeigte (übrigens ohne besondere Begründung). Aber auch mittlere Werte standen unter dem Druck der Dividenden-ermäßigungen, so *Metallgesellschaft* und *Süddeutsche Zucker AG*.

Auf dem Schiffahrtsmarkt war aus ähnlichen Gründen ein beträchtlicher Rückgang festzustellen. Von Nebenwerten waren u. a. angeboten *Hanfwerke Füßen* (bis 52 nach 57 %) und besonders *Heidelberger Cement* (vorübergehend bis 86 %); *Otavi* konnten sich auf die Veränderung der Kupferpreise auf erhöhtem Niveau gut behaupten (35½ nach 30 RM). In dieser Woche der allgemeinen Depression, in der sich zum Schluß allerdings die Märkte unter Deckungen etwas erholen konnten, zeigte sich die *Farben-Aktie*, offenbar bei Marktfürsorge, recht gut behauptet, mit einem kleinen Saldogewinn bis 144% %. *Junghans* und *Dyckerhoff* konnten zu Ende der Berichtszeit mangels ausreichenden Angebots nicht notiert werden.

Auf dem Einheitsmarkt ist das Geschäft wieder außerordentlich still geworden. Für *Löhnberger Mühle* wurde am 31. Oktober die letzte Notierung mit 22 % festgesetzt. Etwas höher stellten sich nach einer Pause *Armaturenfabrik Hilpert* (bis 78 nach 72 %). *Motorenfabrik Darmstadt* blieben bei 50 %, obwohl aus Liquiditätsgründen auf eine Dividende verzichtet werden soll (zuvor 5 %). Ohne Material und Notiz gesucht waren *Badische Bank*. Ohne Aufnahme waren dauernd oder zeitweise gestrichen bzw. nur teilweise abgenommen *Eisenbahnbank* (am 30. Oktober 7 nach 7½ % bei 60 % Abnahme, dann 6½ %), *Andreae*



Rohre aller Art

nahtlos bis 650 mm ϕ

überlappt geschweißt von 300 bis 4000 mm ϕ

Schmiedeeiserne Fässer / Lichtmaste / Leitungsmaste
Grob-, Mittel- und Feibleche

MANNESMANNRÖHREN-WERKE / DUSSELDORF



Noris Zahn (später 101 %), Cementfabrik Karlstadt, Schneider & Hanau, Keramische Werke Offstein Taxe 70 nach 85, Sinalco, Heidelberger Straßenbahn (später 20 nach 25 %), Nähmaschinenfabrik Kayser (später 5½ nach 11½ %, dann wieder 7 %), Marswerke, Feinmechanik, Jetter & Scheerer (später 58 nach 67½ %), Wilhelm Wolff AG, Pforzheim (letzter Kurs 70 %), Vorzugsaktien der Vogtländischen Maschinenfabrik, Bayerische Spiegelglasfabriken wurden am 30. Oktober mit 39 nach 42 % wieder notiert, später 41 %. In den Aktien der Chemischen Fabrik Goldenberg, Geromont & Cie. wirkt sich der Vergleich mit dem früheren Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Neuberg günstig aus; der Kurs stieg von 50 bis auf 58 RM. Tellus AG, Frankfurt a. M., fielen auf die Abwicklung der Firma Beer, Sondheimer & Co. zurück (92 nach 96 %). Im freien Verkehr hörte man Kleyer-Aktien mit nur noch 45 %.

	30. 10.	31. 10.	1. 11.	3. 11.	4. 11.	5. 11.
Dt. Effecten- u. Wechselbank	100	100	100	—	99	95 3/4
Frankfurter Bank	93	93	91	91	92	93
Frankfurter Hypotheken-Bank	163 1/4	152 1/2	152 3/4	153	152	152
Cementwerk Heidelberg	89	—	89 1/2	81	86	81 1/4
Scheideanstalt	—	135	135 1/4	131	133 3/4	133 3/4
Frankfurter Hof	43	46	46	46	46	46
Hanlwke, Füssen-Immenstädt	57	55	55 3/4	55	50	52
Henninger Brauerei	139	139	—	138	—	63 1/4
Hochtiel	62 1/2	62	62	6 3/4	—	62 1/4
Holzverkohlung-Industrie	86 1/2	85 1/2	—	86	85	85 1/4
Main-Kraftwerke	71	71	73	73	—	—
Metallgesellschaft	87	85	—	87	88	87
Maschinenfabrik Moenus	25	25	—	25	25	25
Ludwigsfelder Walzmühle	85	85	85	85	85	85
Tellus Bergbau u. Hüttenind.	96	96	97	—	95	92
Verein f. chem. Industrie	61	60	—	60	61	61 1/2

Hamburger Börse

Die Börse war in der Berichtswoche unter kleinen Schwankungen *schwächer*. Die mattere Stimmung war durch mehrere unerfreuliche Dividendenschätzungen bedingt, die nacheinander für Werte des Elektro-, des Montan-, des Schifffahrts- und des Bankenmarkts laut wurden. Erst am Schluß der Berichtswoche trat eine gewisse Erholung ein.

Auf dem *Schifffahrtsmarkt* standen Hapag und — in etwas geringerem Umfang — Lloyd-Aktien unter beträchtlichem Abgedruck. Der Hinweis einer Zeitung, daß die Großreedereien aus den Geschäftsergebnissen bestimmt nicht die Vorjahrsdividenden ausschütten können und in irgendeiner Form die Amerikaentschädigungen für die Aktionäre heranziehen würden, wurde stark erörtert. Die Börse reagiert auf derartige Feststellungen scharf, obwohl die meisten Börsenbesucher nichts Neues durch sie erfahren. Für Hapag und Lloyd handelt es sich lediglich darum, wieweit die notwendigen Abschreibungen aus den Betriebsergebnissen des laufenden Jahres vorgenommen werden können. Da das Passagegeschäft immerhin mengenmäßig nicht ungünstig war, erwartet man, daß die stillen Reserven für die Abschreibungen nur zum kleineren Teil herangezogen zu werden brauchen. Hapag und Lloyd schlossen mit 75, also durchschnittlich 3½ % niedriger, nachdem sie vorübergehend bis auf 73 gesunken waren. *Hamburg Süd* gaben den vorwöchigen Gewinn von 5 % wieder her; sie schlossen mit 160 %. Das Geschäft war nicht groß, es wurden aber erstmalig wieder Bremer Käufe bemerkt. *Hansa Aktien* gingen um 2 % auf 122 zurück; es wurden nur Kleinigkeiten gehandelt, die für Bremer Rechnung aus dem Markt genommen wurden. *Flensburger* Werte hatten keinen Kurs. Es ist anzunehmen, daß sich der innere Wert der Schuldreedereien nach dem jüngsten Abkommen mit der Hapag-Lloyd-Union erhöht hat. *Afrika-Reedereien* waren unverändert mit 50 angeboten. — *Hochbahn* und *Lübeck Büchener* gingen um je 1 % zurück. Die Aktien der *Bergedorf Geesthachter Eisenbahn* blieben umsatzlos. Die Abweisung der Anfechtungsklage durch das Reichsgericht hat keinen großen Eindruck gemacht, da die Klage lediglich aus formalen Gründen abgewiesen wurde.

Von *Bank-Aktien* lagen Hamburger Hypothekenbank mit 139 abermals 2 % fester; dagegen waren Vereinsbank mit 100 um 4½ % niedriger. Lübecker Commerzbank gingen um 2 % auf 104 zurück. Von sonstigen Werten hatten Kar-

stadt vorübergehend lebhaftes Geschäft. Gerüchte, daß seitens der Verwaltungsbanken Optionen auf Karstadt-Aktien nach Amerika gegeben seien und daß nun durch Kursstützungen die Aktien optionsreif gemacht werden sollten, sind unrichtig. Auch die aufs neue auftauchende Vermutung, daß bei einer Erhöhung des Epa-Kapitals auch außerhalb der Verwaltung stehende Kreise beteiligt würden, scheint falsch zu sein. — Das Geschäft in HEW ist kleiner geworden; der Kurs ging weiter auf 114¼ zurück. In Nordsee-Aktien hat das Geschäft fast ganz aufgehört, es kam lediglich zu kleineren Kasseabschlüssen. Im übrigen waren fester Wiemann Leder 105 (+ 5 %), Nordwestdeutsche Kraftwerke 161 (+ 2 %), Hochofenwerk Lübeck 112 (+ 2 %); schwächer lagen hingegen Bavaria-Brauerei 161 (– 9 %, auf Bericht über ungünstige Geschäftsentwicklung), Kühltransit 102 (– 3 %), Elbschloß-Brauerei 114 (– 1 %), Ottensener Eisen 72 (– 1 %), Ruberoid 40 (– 1 %), Harburg Phönix 52½ (– 1 %).

Auf dem *Kolonialmarkt* blieb das Geschäft ruhiger, zumal die Nachfrage nach Otavi nachgelassen hat. Schantung waren mit 86 um 1 % höher. Deutsche Handels- & Plantagen wurden mit 67 (+ 2 %) gesucht, während Genußscheine unverändert blieben. Von den *unnotierten Werten* standen sehr fest Deutsche Togo. Nachdem das Angebot, das in der letzten Woche den Kurs unter Druck hielt, untergebracht war, zogen die Aktien um 20 % auf 160 an. Bibundi notierten 10 (+ 2 %), Ekona 24 (+ 2 %), Kamerun Kautschuk dagegen 20 (– 2 %) und Dekage 30 (– 3 %). Von sonstigen unnotierten Werten waren Deutsche Petroleum 69 (+ 6 %), Deschimag 24 (+ 4 %) und Klöpffer 75 (+ 2 %) fest. Schwächer lagen dagegen Sloman 71 (– 4 %), Unterelbe Brikett 57 (– 2 %), Deutsche Gasolin 34 (– 2 %) und Altonaer und Hansa Hochseefischerei 79 (– 1 %).

	30 10	31. 10.	1. 11.	3. 11.	4. 11.	5 11.
Deutsch-Ostafrika-Linie	50R	50B	50B	50R	5 B	51B
Weyermann-Linie	51B	50B	50B	50B	51B	51B
Flensburger Dampfcomp.	—	—	—	—	—	—
Bavaria-u. St. Pauli-Brauerei	—	—	—	150G	150G	160 3/4
Bill-Brauerei	225B	225B	224	223B	222B	221
R. Dolberg	80G	80G	—	—	—	80
Eisenwerk Nagel & Kaemp.	100G	100G	—	—	—	100
Flensburger Schiffbau G.	—	—	—	—	—	—
Lederwerke Wiemann	100G	100G	100G	105	105G	105G
Chem. Hell & Sthamer	53B	53B	52B	53B	53B	53
Chem. Fabr. Hamburg-Staßfurt	34 1/2G	34 1/2G	34 1/2G	34 1/2G	34 1/2G	34 1/2G
H. Schlieck & Cie.	80G	80G	80G	80G	80G	80G
Transp.-AG. (vorm. Hevecke)	54	54G	54 1/2	54G	54G	53G
Malzfabrik Hamburg	111G	114G	116B	115G	115G	115
Schwartauer Werke	23	23	23G	21G	24G	24
Jalull-Gesellschaft	48G	47G	50	52G	55G	55
dt. Genußscheine	45	50	50B	46	45	45
Deutsche Hand. u. Plant. Ges.	65	60G	67	65G	65G	67G
dt. Genußscheine	60	65	65	65	65	65

Pariser Börse

Waren es in den vorangegangenen Wochen die fortschreitenden Liquidationen der großen amerikanischen Investmenttrusts und anderer vom Ausland gehaltener Positionen, darunter auch mehrfach solcher aus deutscher Hand, die die Kurse in langsamem, aber stetigem Abwärtsgehen sinken ließen, so hat diesmal die Baisse in Paris selbst ihren Ursprung gehabt und Ausmaße angenommen, wie man sie nach der vorangegangenen Abwertung kaum mehr für möglich gehalten hatte. Die Pariser Finanzpresse hebt mit besonderer Genugtuung hervor, daß die Börse von einer Panik, die der Zusammenbruch eines so bedeutsamen Unternehmens wie der Oustric-Gruppe (vgl. S. 2081) befürchten ließ, verschont geblieben sei und der Katastrophe gegenüber eine bemerkenswerte Ruhe und Widerstandskraft an den Tag gelegt habe. Was aber wohl geschehen ohne die von der Regierung im Einvernehmen mit der Bank von Frankreich angeordneten Schutzmaßnahmen? Diese Intervention hat zwar in Börsenkreisen heftigste Kritik erfahren; in Wirklichkeit aber gab es wohl kaum einen anderen Ausweg, um die Rückwirkungen der Krise auf die Gesamttendenz des Markts einzudämmen. Nach den inzwischen vom Syndikat der Kulissenmakler veröffentlichten Zahlen lagen in dem Augenblick, da die Suspendierung der Terminnotiz erfolgte, folgende Aufträge für die Oustric-Werte vor:

Werte	Kaufaufträge	Verkaufsaufträge
Huanchanca	4500 Aktien	44 000 Aktien
Holfra	1150 „	48 500 „
Paris-Foncier	25 „	10 750 „
Extension	25 „	5 750 „

Ohne die getroffenen Maßnahmen wären die Kurse danach wahrscheinlich ins Uferlose gesunken. Die Gesamthöhe der aus den laufenden Engagements zu gewärtigenden Verluste wird heute auf 90—100 Mill. Fr veranschlagt.

Die von Amts wegen für die Oustric-Werte angeordnete Liquidation auf dem Weg über den Kassamarkt, die überdies auf den Handel in sofort lieferbaren Stücken beschränkt ist, hat die Schwierigkeiten im übrigen keineswegs gelöst, sondern nur vertagt. Die Frage, wieweit die Bank Oustric, die in den letzten Wochen als Hauptkäuferin ihrer eigenen Werte aufgetreten ist, in der Lage sein wird, die geschuldeten Differenzen zu zahlen, ist im Augenblick noch völlig ungeklärt. Ist sie dazu nicht in stande, dann wird nach den an der Pariser Börse geltenden Bestimmungen die Gruppe der mit ihr arbeitenden Kulissenhäuser für sie einzuspringen haben, so daß unter Umständen mit neuen Zusammenbrüchen gerechnet werden muß, wenn nicht, wie dies vielfach bereits empfohlen wird, das Kulissensyndikat als solches den in Mitleidenschaft gezogenen Firmen durch Emission einer solidarisch garantierten Anleihe zu Hilfe kommt. Außer der Bank Adam ist auch das Pariser Bankhaus St. Phalle ein Opfer des Krachs geworden. Es hat Anfang der Woche seine Schalter geschlossen, wird aber wahrscheinlich gleich der Firma Adam von einem Konsortium Pariser Großbanken über Wasser gehalten werden.

Trotz der Versuche, die Rückwirkungen der Krise auf die übrigen Werte nach Möglichkeit einzudämmen, waren die Verluste durchweg recht empfindlich. Die Pariser Börse hat die früheren Exzesse der Spekulation teuer bezahlen müssen; das Schlimmste ist, daß das Vertrauen der Kundschaft abermals eine derartige Erschütterung erfahren hat, daß selbst die besten Papiere zu den gegenwärtig weit unter ihrem inneren Wert liegenden Kursen keine Abnehmer mehr finden. Technisch ist die Situation zwar heute so, daß schon die geringsten Symptome einer Besserung zu überstürzten Deckungskäufen führen und damit eine Hausse automatisch im Gefolge haben müssen. Einstweilen aber dominiert die Skepsis.

Selbst die französischen Renten folgten diesmal der allgemeinen Tendenz. Sie waren mit Ausnahme der sechsprozentigen Renten von 1927, die in dieser Woche zum Terminhandel zugelassen worden sind, durchweg um 1 bis 2 Punkte schwächer. Ausländische Fonds waren völlig vernachlässigt. Türken fielen erneut ab, nachdem nunmehr feststeht, daß die Regierung von Angora nur einen Teil der für die Einlösung des November-Kupons notwendigen Summen deponieren wird. Dagegen waren Brasilianer leicht befestigt. Französische Banken haben schwere Einbußen erlitten. Die Bank von Frankreich hat innerhalb einer Woche neuerdings 900 Fr verloren; der Crédit Lyonnais 80, die Union Parisienne ebenfalls 80, die Banque de Paris 150. Chemische, elektrische und metallurgische Werte waren wiederum, namentlich vom Ausland realisiert, besonders Air Liquide, die um fast 200 Fr tiefer notierten. Auch auf den übrigen Märkten waren lediglich Kursverluste zu verzeichnen.

	29. 10.	30. 10.	31. 10.	3. 10.	4. 10.	5. 10.
3% Staatsrente 1)	86,50	84,3	84,00	85,50	85,80	85,80
6% (1927)	102,40	102,54	102,95	103,15	103,10	103,00
Banque de France 2)	21055	21930	20740	20000	20200	19810
Credit Lyonnais 3)	2 35	27,0	2080	2415	2 40	2410
Banque de Paris et des Pays-Bas 4)	2485	2175	2151	2410	2360	2400
Paries-Lyon-Mediterranee 5)	1580	1580	157	1580	1580	1577
Schneider & Cie (Creusot) 6)	1580	1600	1600	1488	1475	1486
Aleider & Cie 7)	1980	1951	1950	1925	1921	1910
Mines de Lens 8)	1040	1015	1010	975	990	971
Ch. Paris. le Distrib. d'Electr. 9)	2115	21 5	2110	2050	2055	2045
Thomson-Houston 10)	685	675	670	645	641	618
Installations Kuhlmann 11)	725	714	705	697	705	695
Air Liquide 12)	1341	1310	1275	1170	1165	1169
Pechiney 13)	2325	2290	2240	2230	2231	2180
Citroen 14)	675	660	630	610	610	600

Nominalwert der Stücke: 1) Fr 100, 2) Fr 1000, 3) Fr 500, 4) Fr 400, 5) Fr 250

Londoner Börse

Auch über den Ultimo ist der Geldmarkt flüssig geblieben, und am Freitag, dem 31. Oktober, wurde die neue Schatzwechselemission in Höhe von 40 Mill. £ zu einem Satz von £ 2/1/2,78 aufgelegt, der in diesem Jahr nur ein einziges Mal, Ende August, unterschritten worden ist. Erst zu Beginn der neuen Woche machte sich auf dem Markt für tägliches Geld eine leichte Versteifung bemerkbar, die indessen kaum von Dauer sein wird. Andererseits wird auch mit einer Diskontsenkung vor Jahresende kaum noch gerechnet, es sei denn, daß die Kriegsanleihekonzersion zu einer solchen Maßnahme führen sollte. Vom Standpunkt der Devisenlage gibt die Abschwächung des Pfund-Kurses gegen den Dollar und den französischen Franken jedenfalls Veranlassung zu erhöhter Vorsicht. Dagegen ist allerdings der Goldbestand wieder um über ½ Mill. £ gewachsen, und für Bankabteilung und Emissionsabteilung zusammengerechnet ist die 160-Millionen-Grenze bereits sehr weit überschritten. Auch in dieser Woche sind darüber hinaus größere Beträge sowohl aus Australien als auch Brasilien eingetroffen.

Das Börsengeschäft war außerordentlich gering, da sich das Publikum stark zurückhielt. Größere Kursveränderungen sind ausgeblieben, abgesehen davon, daß die erneute Hausse auf dem Markt der goldgeränderten Werte weiter anhält, da die geplante Anleihekonzersion und die Flüssigkeit auf dem Geldmarkt zu Anlagen in diesen Werten anregt. So kam es bei der 3½ %igen Konversionsanleihe zu einer Kurssteigerung von 80 1/16 auf 83 1/16 und bei der 4 %igen Fundierungs-Anleihe von 93 1/16 auf 96. 2 1/2 %ige Consols stiegen weiter von 57 1/4 auf 59, ebenso erholten sich die Brasilianer-Werte weiter: die 5 %igen Fundierungs-Bonds von 80 1/4 auf 81 1/4. Dagegen verloren Braz. Traction von 28 1/2 auf 27 1/2, während Saõ Paulo von 160 auf 162 1/2 anziehen konnten. Unter den übrigen Auslandsanleihen war die feste Haltung chinesischer Werte bemerkenswert, die 5 %ige Reorganisationsanleihe notierte 66 1/2 nach 64 1/2, die 5 %ige Anleihe von 1912 47 1/2 nach 44 1/2. Auch heimische Bahnenwerte konnten sich gut halten (Great Western 71 statt 70 1/4, London Midland 35 statt 34 1/4), ebenso südamerikanische Bahnenwerte (Buenos Great Western 67 statt 65, Buenos Great Southern 78 1/2 statt 76 1/2), schwächer dagegen Antofogasta (53 statt 54). Schwach wie in New York waren im allgemeinen internationale Werte (U. S. Steel 150 statt 157 1/2, Radio Corp. 20 1/4 statt 22 3/8), etwas besser gehalten nordamerikanische Eisenbahnen (Canadian Pacific 44 1/4 statt 44 1/2). Minenwerte waren überwiegend rückgängig (Union Corp. 50 statt 53/9), abgesehen von einzelnen Ausnahmen, wie Otavi (von 31/3 auf 32 1/2). Ölwerte waren wenig geändert, Gummiwerte entsprechend dem neuerlichen Fall des Gummipreises gedrückt (Rubber Plant. 23/6 nach 23/9). Einzelne Zinnwerte waren in geringem Umfang gebessert.

Der Markt der Industriewerte lag ruhig. Einige Nachfrage bestand für Elektroanteile. Zu stärkeren Kurssteigerungen kam es bei Courtaulds, dagegen gaben Snia Viscosa (8/6 nach 9/3) und British Enka im Kurse nach. Deutsche Werte zogen im allgemeinen an, Young-Anleihe bis auf 79 1/4, die Hamburger Anleihe von 85 auf 86 1/2, die Köl-

	29. 10.	30. 10.	31. 10.	3. 11.	4. 11.	5. 11.
4% Funding Loan.....	94 1/4	94	94 5/8	95 1/4	96	95 11/16
London Midl & Scot. Ord.	34 1/2	34 1/2	34 1/2	34 1/2	35	35 1/2
Central Argentine Ord.	67 3/4	67 1/2	67 1/2	67 3/4	68 1/2	69
De Beers Cons. Mines Del	61 1/2	61 1/2	61 1/2	61 1/2	61 1/2	61 1/2
Burmah Oil Co.	39 1/2	40	40	40	40	41 1/2
Anglo Dutch Plantation ..	29 1/2	29 1/2	29 1/2	29 1/2	29 1/2	29 1/2
Courtaulds	43 1/2	43 1/2	43 1/2	43 1/2	43 1/2	43 1/2
Imperial Chemical Industr.	20 1/2	20 1/2	20 1/2	20 1/2	20 1/2	20 1/2
Vickers	7 3/4	7 3/4	7 3/4	7 3/4	7 3/4	7 3/4
Rio Tinto 'Ord.	31 1/2	30 1/2	30 1/2	30	30	30 1/2
Aktienindex 1928=100 ..	75,9	76,2	76,3	76,5	77,1	—
Abschlüsse total	5800	5522	5151	65,6	5462	—
Staats- u. Kommunalanl.	1427	147 1/2	15 8	1927	184	—
Verkehr u. Public Utilities	970	1080	951	1212	1031	—
Handel Industrie	1745	1810	1640	1985	1729	—
Bank. Versicherung	563	593	49 1/2	647	626	—
Minenwerte	503	514	514	403	321	—
Getwerte	123	106	119	174	101	—
Gummi, Tee, Kaffee	158	185	154	223	114	—

ner Pfund-Anleihe von 85 auf 83½, während die Münchener mit 80 unverändert blieb und die Berliner Anleihe von 79½ auf 78¾ zurückging.

New Yorker Börse

Die Berichtswche zeichnete sich durch schwache Haltung der Börse aus. Insbesondere erfolgte am 31. Oktober ein stärkerer Rückschlag, nachdem sich schon am Tage vorher das Kursniveau ziemlich erheblich gesenkt hatte. Zu Beginn des neuen Monats setzte eine leichte Erholung ein, jedoch blieb die Tendenz weiter schwankend und uneinheitlich, wozu auch die Ungewißheit über den Ausgang der Wahlen an dem — börsenfreien — Dienstag beitrug. Die Nachrichten über die Konjunktur lauteten im allgemeinen wieder etwas schlechter als in der Vorwoche, wenn sich auch im ganzen nichts Entscheidendes geändert hat. Vor allen Dingen hat die Erklärung des Präsidenten von Bethlehem Steel über die Lage in der Eisenindustrie stark verstimmt; einige andere Quartalsausweise amerikanischer Gesellschaften wirkten in der gleichen Richtung. Dagegen blieben der Monatsbericht der National City Bank, in dem die Meinung vertreten wird, daß der Tiefstand der Depression bereits erreicht sei, und einige Äußerungen von Otto H. Kahn sowie von dem Leiter des Büros für Innen- und Außenhandel im Department of Commerce über baldige Besserung der Wirtschaftslage ohne entscheidenden Einfluß. Hinzu kommt, daß in der nächsten Zeit mit wachsenden Abgaben aus steuerlichen Gründen zu rechnen ist.

Auch diesmal sind die New Yorker Börsenkredite weiter um fast genau 100 Mill. \$ zurückgegangen; sie betragen kaum mehr als 2½ Milliarden \$. Auf dem Geldmarkt hat sich so gut wie nichts geändert, abgesehen davon, daß eine leichte Senkung des Privatkontos für lange Sichten um ½ % auf 2½ % vorgenommen wurde. Aus den Wochenanzeigen der zwölf Bundes-Reserve-Banken geht eine leichte Erhöhung des Goldbestandes hervor, die sich überwiegend aus Auskünften auf Brasilien erklärt, während der Bestand an Wechseln und Wertpapieren insgesamt fast unverändert geblieben ist. Die privaten Wertpapieremissionen in den Vereinigten Staaten sind auch im Oktober — wie überhaupt in den letzten Monaten — niedrig gewesen. Sie liegen mit 422 Mill. \$ auf der Hälfte der Vorjahrszahl.

Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien
28. 10.	194,95	115,23	31. 10.	183,35	112,50
29. 10.	19,74	114,24	1. 11.	184,81	112,66
30. 10.	188,07	113,98	3. 11.	185,39	113,19

Die ungünstigen Nachrichten aus der Eisen- und Stahlindustrie, der erneute Rückgang der amerikanischen Roh-eisengewinnung im Oktober, die starke Einnahmeverminderung der Bethlehem Steel Corp. im dritten Quartal auf fast die Hälfte der Einnahmen des ersten Quartals, das Sinken des Beschäftigungsgrades in derselben Zeit von 97,8 % auf nicht viel mehr als 50 % haben zu stärkeren Kursrückschlägen auf dem Markt der Eisen- und Stahlwerte Veranlassung gegeben. Bethlehem Steel fielen von 74½ auf 70, American Can von 121¼ auf 114¼, U. S. Steel von 152¼ auf 145 ¼. Auch für Dupont de Nemours wurde, wie erwartet, ein relativ ungünstiger Quartalsausweis vorgelegt, der einen Kursrückgang von 96 % auf 90 % verursachte und bei den übrigen chemischen Werten zu ähnlichen Kursverlusten führte: Allied Chemical notierten 202 statt 215, Lambert Co. 84 % statt 87. Unter den Befürchtungen über Stimmengewinn der Prohibitionisten hatten Anteile von Getränkefabriken sehr stark zu leiden, insbesondere Coca-Cola. Dagegen erholten sich Brau-Aktien (die zwar nicht in New York, aber in Pittsburg und St. Louis gehandelt werden). Auch General Motors konnten sich trotz eines die Erwartungen übersteigenden Quartalsausweises nicht voll halten, indessen blieben die Kursrückgänge hier in engeren Grenzen, wie auch bei einzelnen anderen Automobilwerten (Nash).

Eisenbahnwerte waren ebenfalls leicht rückgängig: Union Pacific 196 statt 198½, Canadian Pacific 42 % statt 42½. Public Utilities gaben im allgemeinen im Kurse nach (American & Foreign Power 39 % statt 43%, Western Union 140 statt 143½), ebenso Warenhauswerte (Woolworth 65 statt 65½, Sears Roebuck 49 % statt 51 %) und Anteile der Landmaschinenfabriken (International Harvester 60 % statt 61¼). Deutsche Werte konnten sich vereinzelt leicht befestigen.

	20. 10.	30. 10.	31. 10.	1. 11.	3. 11.	5. 11.
U. S. Steel Corporat.	149¼	146½	144	145¾	145¾	112¼
American Can Co.	118¾	118¾	113¾	114¼	114¼	111½
Anaconda Copper	37½	36¾	35	36¼	36¾	31½
General Motors	38¼	37	34¼	34½	34½	33½
Chrysler	187½	176½	167½	167½	167½	158½
General Electric	52¼	51½	51¼	51½	51½	48½
Am. Tel. & Telegr.	199¾	196¼	184½	185	185	182
Radio Corporation	217½	205½	187½	187½	187½	187½
Allied Chemical	210¾	201¾	190¾	193¼	196½	195
Standard Oil N. J.	54½	53½	52¼	53¼	53½	51½
Woolworth	64½	63¼	61¾	63	63	61½
Pennsylv.-Railr. Co.	67	67¼	65	65¼	65¼	61½
Aktienumsatz (1000)	1667	1907	2242	999	1250	2140

Statistik

Reichsbank-Ausweis

(MILL. RM)	31. 10. 1930	23. 10. 1930	30. 9. 1930	31. 10. 1929
Aktiva				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile	177.212	177.212	177.212	177.212
2. Goldbestand (Barrengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1392 RM berechnet und zwar:	2.180.215	2.180.353	2.478.893	2.229.123
Goldkassenbestand	1.958.839	1.958.977	2.319.045	2.079.935
ausl. Zentralnotenbanken	221.376	221.374	149.788	149.788
3. Deckungsfähige Devisen	19.481	192.533	170.913	358.000
4. a) Reichsschatzwechsel	23.500	—	62.0	92.190
b) Sonstige Wechsel und Schecks	2.300.825	1.938.555	2.096.590	2.449.988
5. Deutsche Scheidemünzen	15.481	183.920	148.662	148.662
6. Noten anderer Banken	5.324	22.874	4.811	4.811
7. Lombardforderungen	317.731	61.574	290.332	106.613
darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel	0.001	0.001	0.001	4.919
8. Effekten	1) 102.475	1) 102.475	1) 102.666	92.562
9. Sonstige Aktiva	528.901	493.943	685.632	650.002
Passiva				
1. Grundkapital:				
a) begeben	122.788	122.788	122.788	122.788
b) noch nicht begeben	177.212	177.212	177.212	177.212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds	53.915	53.915	53.915	48.797
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung	46.224	46.224	40.224	45.811
c) sonstige Rücklagen	271.000	271.000	271.000	226.000
3. Betrag der umlaufenden Noten	4.674.481	3.900.705	4.741.470	4.833.005
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	388.055	419.856	472.082	559.997
5. Sonstige Passiva	267.520	251.739	274.190	353.003
Bestand an Rentenbankscheinen	8,8	5,0	5,1	11,2
Umlauf an Rentenbankscheinen	439,4	392,2	442,5	407,1
Deckungsverhältnis %	50,9	56,9	55,8	58,6
Diskontsatz %	6	6	6	6
Lomhardsatz %	6	6	6	6

1) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(MILL. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Württ. Noten-B.
31. Oktober 1930				
Aktiva				
Gold	28.559	21.032	8.124	—
Deckungsfähige Devisen	7.628	10.369	2.498	—
Sonstige Wechsel u. Schecks	50.453	54.184	18.928	—
Deutsche Scheidemünzen	0.045	0.071	0.008	—
Noten anderer Banken	1,63	6,981	0,278	—
Lombardforderungen	1.920	2.444	0.644	—
Wertpapiere	5.204	5.177	7.180	—
Sonstige Aktiva	8.679	10.780	31.642	—
Passiva				
Notenumlauf	69.304	69.101	21.684	—
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	2.159	12.899	8.542	—
Verbindlichkeiten mit Kündigungfrist	0.110	5.412	24.760	—
Sonstige Passiva	3.598	3.409	2.716	—
Weitergegebene Wechsel	5.237	0.001	1.948	—

Berliner Börsenkurse vom 30. Oktober bis 5. November 1930

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

Main table containing various market categories: Heimische Anleihen, Ausländische Anleihen, Kali-Werte, Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien, Maschinen- und Metallw.-Fabrik-Aktien, Montan-Werte, Bank-Werte, Bahnen-Werte, Schiffahrts-Werte, Automobil-Werte, Chemische Werte, Elektrizitäts-Werte, and Sonstige Werte. Each category lists numerous companies and their stock prices across six dates (30.10., 31.10., 1.11., 3.11., 4.11., 5.11.).

1) RM je Stück = 200 Schilling. - 2) Ferner 2% Bonus. - 3) Ferner 0,8% Bonus. - 4) Netto in Gold. - 5) Ferner 1,2% Bonus. - 6) Ferner 1% Bonus.

Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Übersicht werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

Table with columns for 'Einheit', '1929' (October, November), '1930' (September, October, November), and rows for 'Produktion', 'Arbeitslosigkeit', 'Umsätze und Geschäftsgang', and 'Preise'.

Einheit	1929											1930																																							
	Oktober			Nov.	September				Oktober				Nov.																																						
	42.	43.	44.	45.	36.	37.	38.	39.	40.	41.	42.	43.	44.	45.																																					
	Woche			Woche	Woche				Woche				Woche																																						
14.-19.			21.-26.			28. 10.- 31.			4.- 9.			1.- 6.				8.- 13.				15.- 20.				22.- 27.				29. 9.- 4. 10.				6.- 11.				13.- 18.				20.- 25.				27. 10.- 31. 11.				3.- 8.			
Großhandelspreise¹⁾																																																			
Kupfer, elektrolyt., New York...	cts je lb ¹⁰⁾	18,00	18,50	18,00	18,00	10,50	10,75	10,75	10,50	10,00	10,00	10,00	10,00	9,50	9,50	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6	43,12,6														
standard, London...	£ je lqt ¹⁰⁾	73 7/8	71 11/8	71 5/8	69 7/8	47 11/8	47 7/8	46 5/8	45 5/8	43 10/8	43 10/8	42 5/8	42 5/8	43 8/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8												
London, 3 Monate...		73 12/8	71 16/8	71 5/8	69 7/8	47 11/8	47 7/8	46 5/8	45 5/8	43 10/8	43 10/8	42 5/8	42 5/8	43 8/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8	41 17/8										
Zinn, standard, London...		191 2/8	182 0/8	184 5/8	178 10/8	33 12/8	33 12/8	34 5/8	31 1/8	25 5/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	25 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8	22 0/8									
3 Monate		195 15/8	186 0/8	188 5/8	181 15/8	35 7/8	35 7/8	36 17/8	33 10/8	26 15/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	26 15/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8	23 10/8									
Zinn, New York...	cts je lb ¹⁰⁾	6 7/8	6 7/8	6 6/8	6 5/8	4 3/8	4 3/8	4 3/8	4 3/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8	4 2/8										
London, greifb.	£ je ton	22 15/8	22 2/8	22 0/8	21 18/8	16 2/8	16 2/8	16 18/8	16 18/8	16 10/8	14 15/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8	14 3/8	14 10/8									
Blei, New York...	cts je lb ¹⁰⁾	6 9/8	6 9/8	6 7/8	6 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8	5 5/8									
London	\$ je ton	23 5/8	23 1/8	22 17/8	22 1/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8	18 5/8								
Silber, New York...	cts je oz fine ³⁰⁾	50 13	49 98	49 98	49 98	35 75	36 25	36 38	36 38	35 50	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88	36 13	35 88								
Barren ³⁰⁾ London	d	23 1/8	22 5/8	22 5/8	22 7/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8							
2 Monate	d	23 1/4	23 1/8	23 1/8	23 1/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8	16 9/8								
Einzelhandelspreise (Berlin)³¹⁾																																																			
Roggenbrot, ortsbüchlich	RM je kg	0 41	0 40	0 40	0 40	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39									
Schweinefleisch (Bauchfleisch)		2 90	2 60	2 60	2 90	2 12	2 12	2 11	2 11	2 09	2 09	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98	1 98									
Butter (Molkerei-)		4 90	4 30	4 30	4 30	3 45	3 45	3 44	3 44	3 44	3 44	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35	3 35									
Eier	RM je Stok	0 15	0 16	0 18	0 16	0 12	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13	0 13									
Vollmilch, ab Laden	RM je l	0 33	0 31	0 31	0 31	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30											
Brickets, frei Keller	RM je Ztr	1 85	1 85	1 85	1 85	1 75	1 75	1 75	1 75	1 75	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85									
Steinkohle, frei Keller		2 50	2 50	2 50	2 50	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41										
Geld- und Kapitalmarkt																																																			
Tägliches Geld³²⁾																																																			
Berlin	% p. a.	7 75	6 75	8 25	8 19	4 69	2 93	3 54	4 06	5 69	4 56	5 06	4 00	6 11	6 75																																				
London		5 42	5 19	5 37	5 10	1 48	1 68	1 50	1 50	1 70	1 63	1 59	1 33	1 65																																					
Amsterdam		4 21	3 11	4 16	4 71	2 33	2 16	1 90	0 98	1 85	1 28	0 53	0 96	2 00																																					
New York		6 00	5 17	5 92	6 10	2 31	2 50	2 10	2 00	2 00	2 00	2 00	2 00	2 00																																					
Langfristiges Geld³³⁾																																																			
Berlin, Monatsgeld		9 00	9 00	8 85	8 30	4 38	4 13	4 36	5 09	5 33	5 51	6 15	6 12	6 40																																					
London, 2 Mon. Bankkz.		6 00	5 59	5 75	5 68	2 06	2 06	2 06	2 04	2 05	2 05	2 03	2 03	2 05																																					
Amsterdam, Prolongationssatz ³⁴⁾		4 50	4 13	4 38	4 38	1 85	1 75	1 81	1 86	1 78	1 63	1 27	1 47	1 38																																					
New York, 3 Mon. Warenwechs.		6 13	6 13	6 13	5 96	3 25	3 00	3 00	3 00	2 90	2 88	2 88	2 88	2 88																																					
Privatdiskont³⁵⁾																																																			
Berlin		7 25	7 25	7 15	6 88	3 13	3 13	3 15	3 63	3 88	4 25	5 00	4 92	3 88																																					
London		6 20	6 06	5 90	5 78	2 06	2 09	2 19	2 07	2 06	2 58	2 10	2 06	2 06																																					
Amsterdam		5 16	5 06	5 00	4 63	1 84	1 87	2 17	1 93	1 95	1 73	1 37	1 36	1 46																																					
Zürich		3 38	3 38	3 38	3 38	1 50	1 50	1 44	1 38	1 38	1 50	1 25	1 25	1 25																																					
Paris		3 50	3 50	3 50	3 50	2 06	2 05	2 05	1 89	1 88	1 98	1 98	1 97	2 00																																					
New York		5 19	5 02	4 71	4 69	1 94	1 94	1 94	1 84	1 94	1 94	1 94	1 94	1 94																																					
Rendite																																																			
Frankreich, 3% Staatsrente ³⁶⁾		3 80	3 87	3 87	3 79	3 36	3 35	3 35	3 38	3 40	3 41																																								

Preußische Staatsfinanzen im September 1930

(Mill. RM)	Haus- halts- soll + Vor- jahrs- reste	Sept. 1930	Aug. 1930	1. April bis 30. Sept. 1930
A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben)				
Aus dem Vorjahr:				
a) Zur Deckung restlicher Verpflich- tungen aus dem Vorjahr zurück- gestellte Restbestände	177,672			
b) Zur Deckung des Fehlbetrages des Rechnungsjahres 1929 sind er- forderlich	17,640			
Bestand	180,032			
I. Einnahmen				
1. Steuern:				
a) Landesteile (ohne b) 2)	1 840,170	122,418	158,459	769,810
b) Anteile der Gemeinden (Gemeinde- verbände) usw.	1 086,567	100,255	140,211	727,005
Steuern insgesamt	2 926,737	222,668	298,670	1 497,415
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe	89,985	-0,199	-2,492	24,462
davon Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe	1,799	-1,391	-0,633	0,421
Verbleiben	88,186	-0,192	-1,859	24,038
3. Sonstige Einnahmen:				
Justiz	217,753	16,552	14,405	84,806
Wissenschaft, Kunst und Volke- bildung	31,328	1,996	1,365	10,431
Übrige Landesverwaltung 4)	457,516	34,593	26,663	191,8-3
Einnahmen insgesamt	2 614,953	175,746	199,033	1 030,968
(abzüglich der Steuerüberweisungen an Gemeinden usw. und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)				
II. Ausgaben				
1. Justiz 5)	380,535	30,840	28,550	171,544
2. Wissenschaft, Kunst und Volke- bildung	797,212	62,482	63,978	366,704
3. Wertschaffende Arbeitslosenfür- sorge				
4. Wohnungswesen	183,778	6,241	17,572	63,449
5. Schuldendienst	83,798	3,146	3,912	22,326
6. Versorgungsgebühren	209,116	18,041	17,963	107,803
7. Sonstige Ausgaben 4)	935,291	80,189	67,222	412,460
Ausgaben insgesamt	2 589,670	200,939	199,197	1 144,286
Mithin:				
Mehrausgabe		25,193	0,164	63,318
Mehreinnahme	25,283			

B. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen				
Aus dem Vorjahr:				
Mehrausgabe	RM 22,580			
I. Einnahmen				
Insgesamt				58,660
darunter: (Anleihen)				(58,660)
II. Ausgaben				
1. Landeskulturwesen		1,507	9,487	29,076
2. Verkehrswesen		0,336	0,703	2,948
3. Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge		2,342	2,235	20,028
4. Wohnungswesen				
5. Sonstige Aufgaben der Hoheitsverwaltungen				
6. Zuschüsse und Neuinvestitionen für Unter- nehmungen und Betriebe, sowie Vermögen..		0,848	0,150	4,286
darunter: Domänen und Forsten		0,848	0,645	4,204
Bergwerke				
Verkehrsunternehmen				
Elektrizitätswerke				
Ausgaben insgesamt		5,033	12,675	56,338
Mithin: Mehrausgabe		5,033	12,575	
Mehreinnahme				2,322

C. Abschluß				
I. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben				
Bestand aus 1929				180,032
Mehreinnahme April bis September 1930				63,318
zusammen Mehreinnahmen				96,714
II. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen				
Vorschuß aus 1929				22,580
Mehreinnahme April bis September 1930				2,322
zusammen Mehreinnahme				20,258
bleibt Bestand				76,456

D. Stand der schwebenden Schulden Ende September 1930				
Schatzanweisungen				214,448
darunter auf Grund von Anleihegesetzen				11,446

Monatsausweis der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

	31. 10. 1930		30. 9. 1930	
	Schweiz. Fr	%	Schweiz. Fr	%
Aktiva				
Kasse und Bankguthaben	4 628 149	0,3	5 559 832	0,3
Zinsgelder				
a) auf Sicht	28 930 980	1,6	68 857 774	4,0
b) bis zu 3 Monaten	999 134 336	56,0	946 801 071	35,7
c) 3 bis 6 Monate	156 847 238	8,8	153 956 445	9,1
d) 6 bis 9 Monate	—	—	25 211 137	1,5
Rediskontierbare Anlagen (Ein- standspreis)				
a) Handelswechsel und Bank- akzente	224 965 234	12,6	203 707 868	12,0
b) Schatzwechsel	166 547 435	9,3	100 844 774	5,9
Andere Einlagen (Einstandspreis)				
a) bis zu 2 Jahren	190 814 911	10,7	185 769 153	10,9
b) über 2 Jahre	1 049 241	0,1	1 049 050	0,1
Sonstige Aktiva	11 310 570	0,6	8 662 468	0,5
Passiva				
Stammkapital 500 000 000 (begeben 410 000 000)				
davon eingezahlt	102 562 500	5,7	102 500 000	6,0
Besondere Einlagen				
a) Treuhänderannuitäten	154 510 055	8,7	154 332 329	9,1
b) Einlage der deutschen Regie- rung	80 008 044	4,5	79 916 014	4,7
c) Garantiefonds der französi- schen Regierung	68 728 393	3,8	68 715 863	4,0
Einlagen auf Sicht				
a) Zentralbanken				
für eigene Rechnung	74 815 073	4,2	72 546 655	4,3
für Rechnung Dritter	128 410 928	7,2	127 962 406	7,5
b) Sonstige Einlagen	116 418	0,0	118 981	0,0
Einlagen bis zu höchstens 3 Monat.				
a) Zentralbanken				
für eigene Rechnung	351 565 497	20,3	268 854 932	15,8
für Rechnung Dritter	697 035 330	39,1	582 594 888	34,3
Einlagen von 3 bis zu höchstens 6 Monaten				
Zentralbanken				
für eigene Rechnung	103 625 902	5,8	193 206 371	11,4
für Rechnung Dritter	142 903	0,0	39 184 806	2,3
Sonstige Passiva	12 707 052	0,7	10 486 328	0,6
Bilanzsumme	1 784 228 096	100,0	700 419 572	100,0

Monatsübersicht der Deutschen Golddiskontbank

	31. 10. 1930		30. 9. 1930	
	£	sh. d.	£	sh. d.
Aktiva				
Noch nicht eingezahltes Aktienkapital	3 352 800	—	3 352 800	—
Tätlich fällige Forderungen	18 629	9,7	3 407 197	19,2
Wechsel und Schecks	8 968 389	12,9	6 522 508	10,1
Wertpapiere	6 012 438	7,11	4 610 709	16,1
Sonstige Aktiva	416 877	7,8	244 334	11,7
Passiva				
Grundkapital	10 000 000	—	10 000 000	—
Reservefonds	161 593	2,1	161 593	2,1
Sonderreservefonds	2 500 000	—	2 500 000	—
Dolkkrederefonds	500 000	—	500 000	—
Tätlich fällige Verbindlichkeiten	3 302 767	3,1	3 863 394	6,7
Lombard bei der Reichsbank	—	—	—	—
Befristete Verpflichtungen	—	—	—	—
Sonstige Passiva einschl. Gewinn	1 322 749	11,9	1 312 556	9,3
Giroverbindlichkeiten	889 456	11,2	1 163 765	15,4

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Block, Berlin-Wilmersdorf. — Für die Inserate: i. V. E. Schepke. — Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131. Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — Druck: Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Str. 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck Berlin Nr. 149 296.

Schluß des redaktionellen Teils

Finanzanzeigen in diesem Heft:

Braunkohlen- und Brikett-Industrie Aktiengesellschaft (Bubiag): Bilanz und Dividende.

1) Hier sind die planmäßigen Einnahmen und Ausgaben und die außerplanmäßigen Einnahmen und Ausgaben (ausschl. Anleihefonds) berücksichtigt. — 2) Ohne die am Schlusse des Rechnungsjahres 1929 verbliebenen und 1930 zur Ausschüttung kommenden Restbeträge an Kraftfahrzeugsteuer von 4,227 und an Gesellschaftssteuer von 1,338. — 3) Davon 20 794 Überschuß der Forstverwaltung bis Ende März 1930 aus dem seit 1. Oktober 1929 laufenden Forstwirtschaftsjahr 1930. — 4) Ohne Einnahmen bzw. Ausgaben an Steuern und an hinterlegten Geldern bei der allgemeinen Finanzverwaltung. — 5) Ohne Versorgungsgebühren.



In unserer Schriftenfolge erschien:

Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 1

Deutschlands Reparationslast

Ein Vergleich zwischen Dawes-Plan und Young-Plan

M. J. Bonn: Die Bestimmungen des Neuen Plans
Ministerialrat Dr. Fritz Soltau: Der Wohlstandsindex — die Bedeutung seines Fortfalls
Annuitäten und Kapitalwert auf Grund des Dawes-Plans und des Young-Plans

Umfang 100 Seiten / Preis kartoniert 3,60 RM

Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 2

Ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich?

Von Prof. Dr. L. Albert Hahn, Frankfurt a. M.

Umfang 56 Seiten / Preis kartoniert 2,40 RM

Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 3

Die Schäden der deutschen Milchwirtschaft

Von Prof. Dr. Karl Brandt,

Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Berlin

Umfang 52 Seiten / Preis kartoniert 1,60 RM

Magazin der Wirtschaft Verlagsgesellschaft mbH

Berlin W 62 / Kurfürstenstraße 131 / Postscheckkonto: Berlin 149 296

Bilanz am 30. Juni 1930.

Aktiva	RM
Vorzugsaktienkapital-Resteinzahlung	320 000,—
Anlagewerte	
Grundstücke und Kohlenfelder, Kohlen- abbaurechte, Bergwerkseigentum	10 840 800,—
Werksanlagen Poley	339 942,—
„ Elfriede	157 101,—
„ Milly	1 540 300,—
„ Marie-Anne	3 491 631,86
„ Emanuel	11 684 847,65
Lokomotiven- u. Wagenpark Mückenberg	376 934,08
Verschiedene andere Anlagen	884 152,—
Betriebswerte	
Kassenbestände	63 670,48
Wechsel	2 100,37
Wertpapiere	5 995 861,58
Bestände	1 776 215,71
Außenstände	
Beteiligungen	507 600,—
Laufende Rechnung:	
a) Bankguthaben	4 178 750,41
b) Außenstände	2 767 284,21
c) Bauvorschüsse und Anzahlungen	2 075 690,16
	47 002 881,51

Passiva	RM
Eigene Betriebsmittel	
Aktienkapital: Stammaktien	20 000 000,—
Vorzugsaktien	640 000,—
Rücklagen: Gesetzliche Rücklage	5 366 920,—
Rücklage II	1 900 000,—
Schulden	
Gekündigte Schuldverschreibungen	5 140,38
Schuldverschreibungszinsen	579,94
Eingetragene Grundstücksschulden	1 805 260,97
Nicht eingetragene Grundstücksschulden	723 591,42
Nicht eingelöste Dividendscheine	5 800,—
Wohlfahrtseinricht. f. Beamte u. Arbeiter von Friedlaender-Fuld-Stiftung	300 000,—
Pensionskasse	317 831,74
Noch nicht eingezahlte Beteiligungen ..	2 023 951,84
Bankschulden	252 875,—
Betriebsschulden	2 097 250,—
Zwischenrechnungen	7 511 034,17
Zur Verteilung verbleibender Überschuß	1 720 773,72
Vortrag aus 1928/29	416 805,85
Gewinn für 1929/30	1 915 066,48
	47 002 881,51

Gewinn- und Verlust-Rechnung
für das Geschäftsjahr 1929/30.

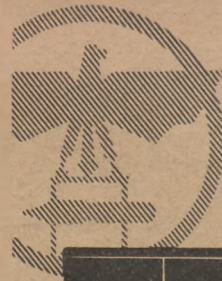
Soll	RM
Steuern und Abgaben	1 635 894,46
Allgemeine Unkosten	1 139 317,33
Abschreibungen	4 000 000,—
Reingewinn	2 331 872,33
	9 107 084,62
Haben	RM
Vortrag aus 1928/29	416 805,85
Geschäftsergebnis	8 690 278,77
	9 107 084,62

Laut Beschluß der heutigen Generalversammlung be-
trägt die **Dividende** für das 30. Geschäftsjahr 10 %, d. s.
RM 50,— je Aktie auf die **Stammaktien**, und 7 % auf den
eingezahlten Betrag der **Vorzugsaktien**. Die Dividende
auf die Stammaktien kann gegen Aushändigung des Ge-
winnanteilscheines Nr. 30 (Geschäftsjahr 1929/30) vom
4. November 1930 ab an der Kasse der **Gesellschaft** in
Berlin, Potsdamer Straße 14, oder bei der **Deutschen**
Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin, der **Berliner**
Handelsgesellschaft in Berlin und dem Bankhause
S. Bleichröder in Berlin abzüglich Kapitalertragsteuer
erhoben werden.

Berlin, 3. November 1930.

Braunkohlen- und Brikett Industrie
Aktiengesellschaft
— **Bubiag** —

Der Vorstand: Dr. Büren.



Sachliche Schönheit
ist das Kennzeichen der neuen

SOENNECKEN - ZWECKMÖBEL

für Büro und Wohnung

Gut zueinander abgestimmte Masse,
ausgesuchtes Material, hand-
werklich und technisch hoch-
wertige Verarbeitung ergeben eine
ausgezeichnete Wirkung

Besichtigung ohne jede Kaufver-
pflichtung bereitwilligst gestattet.

F. SOENNECKEN · BONN · BERLIN · LEIPZIG

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Hamburg-Berlin

Kapital 75 Millionen RM

Reserven 40 Millionen RM

250 Niederlassungen

125 Depositenkassen

Telegramm-Adresse:

HANSEATIC